

HAMBURG Debatte

Nr.1/2010

Schwerpunkt: Wem gehört die Stadt

Inhalt:

Stadtplanung - Wer plant denn da für wen?
Gentrifizierung in Hamburg
Recht auf Stadt oder Recht auf Auto
Beschäftigungspolitik und Stadtentwicklung
Recht auf Stadt - auch für Kinder
Generalverdacht im Gefahrengebiet
BID - Business Improvement Districts
Der Hafen benötigt ein Strukturkonzept
Recht auf Stadt und
Zugang zu Umweltressourcen
Krise der Stadt und Aufruhr der Mitte
Wem gehört die Elbinsel?
Vom Gängeviertel zum Tegelsberg
Moorburgtrasse stoppen - Recht auf Stadt
kontrovers: LINKE Alternativen:
Sanierung der öffentlichen Finanzen - aber wie?
Umverteilung von unten nach oben?

Auf ein neues...Debattenorgan

Die Aneignung und Ausgestaltung demokratischer Pluralität ist von entscheidender Bedeutung für DIE LINKE. Die Mitgliedschaft unserer Partei besteht aus Menschen mit ganz unterschiedlichen politischen Erfahrungen. Haben die Einen schon lange Jahre politischer Tätigkeit in anderen Parteien, Organisationen und Initiativen hinter sich, sind Andere zum ersten Mal politisch aktiv. Es gilt, diese Vielfalt der Erfahrungen, Traditionen und Kompetenzen nicht in ein erstickendes Korsett zu zwängen, sondern sie für ein langfristig tragfähiges und erfolgreiches Projekt fruchtbar zu machen. Als moderne Linkspartei müssen und wollen wir eine offene Organisation sein - offen für Selbstveränderung durch die Mitglieder, durch die Vernetzung mit emanzipatorischen sozialen Bewegungen, durch die Verarbeitung gesellschaftlicher Konfliktlagen und internationale Erfahrungen. Die Partei, die einen gesellschaftlichen Hegemoniewechsel, einen politischen Richtungswechsel will, muss anerkennen, dass wesentliche Impulse dafür von außerhalb ihrer selbst kommen. Sie aufzunehmen ist kein einmaliger Kraftakt, sondern bedeutet, dass sich die Identität der LINKEN in einer Vielzahl langfristiger Prozesse definiert.

Ein Kern linken Selbstverständnisses ist, dass Profitmaximierung nicht als Bewegungsgesetz der Geschichte gelten, nicht das Kapital, sondern der Mensch das Maß aller Dinge sein soll. Ausbeutung und Unterdrückung sind immer damit verbunden, dass die Herrschenden die Fähigkeiten zum selbstbewussten und selbstbestimmten Handeln monopolisieren: Wo sie agieren, sollen andere nur reagieren, wo sie entscheiden, sollen die anderen sich fügen, wo sie schöpferisch sind, sollen andere nur ausführen. Diese Logik gilt es zu durchbrechen.

Und dazu will dieses Debattenmagazin beitragen: offene Räume der Kommunikation schaffen und mit Leben füllen, in denen ein plurales, herrschaftsfreies Zusammenwirken der Individuen Realität wird. Hamburg Debatte will ein Forum für Mitglieder, Freundinnen und Freunde der LINKEN sein - für vertiefte, auch kontrovers geführte Debatten, für die Verknüpfung unterschiedlicher Ansätze, für die gemeinsame Erkundung weißer Flecken auf der linkspolitischen Landkarte.

Herausgegeben wird die Zeitschrift vom Landesvorstand, verantwortet von einer offenen Redaktion. Sie enthält eine Beilage unserer Bürgerschaftsfraktion und widmet sich in jeder Ausgabe mit besonderer Ausführlichkeit einem Schwerpunktthema - in dieser Ausgabe der Frage „Wem gehört die Stadt?“. Im Gegensatz zum Senatskonzept der „wachsenden“ und „kreativen“ Stadt, die bestimmte Cluster fördert, um im Standortwettbewerb besser dastehen zu können, knüpfen wir an die vielfältigen Proteste dagegen an.

Eine Vielzahl oft junger Hamburger Initiativen gegen Gentrifizierung und Privatisierung, gegen Vertreibung und die Vereinnahmung durch Investoren hat sich unter dem Motto „Recht auf Stadt“ vernetzt, das von dem marxistischen Soziologen Henri Lefebvre geprägt wurde. Seine Kernthese besagt: Die Stadt ist kein Raum, den Menschen lediglich bevölkern - die Stadt ist Produkt und Produktionsmittel menschlichen Tuns. Dass die Menschen, die „Stadt“ produzieren und auf sie angewiesen sind, auch über sie verfügen können müssen: dies ist der Leitgedanke, um das „Recht auf Stadt“ kapitalistischen Investoren und einer ihnen hörigen Politik entwinden, es zurück in die Hände der Einwohnerinnen und Einwohner legen zu können.

Einige Beiträge dieser Ausgabe behandeln übergreifende Aspekte des „Rechts auf Stadt“, etwa Probleme der Stadtplanung, Gentrifizierung, Beschäftigungs- und Verkehrspolitik. Andere nehmen spezifische Konfliktlagen in den Blick, wie z. B. die Kontrollregimes in so genannten „Gefahrengebieten“ und „Business Improvement Districts“, die Vernachlässigung kultureller Stadtteilentwicklung an der Peripherie oder die Zerstörung von „Arme-Leute-Parks“ als Kollateralschaden des Vattenfall-Kohlekraftwerks. Zwei Beiträge zur Hamburger Steuerpolitik zeichnen kontroverse Ansätze innerhalb der LINKEN nach. Das Schwerpunktthema konnte schon aus Platzmangel nicht erschöpfend behandelt werden. So fehlen Beiträge zur Frage der Metropolenpolitik, zur detaillierteren Analyse der sozialen Spaltung, vor allem der Armut in den Stadtteilen, zur besonderen Lebenslage der MigrantInnen mit den Folgen des Ausschlusses von Beteiligungen der Menschen ohne deutschen Pass und zur Schul- und Wissenschaftspolitik. Die Ergebnisse der 1. Konferenz zur Sozialen Spaltung, die kurz vor Redaktionsschluss stattfand, konnten nicht mehr berücksichtigt werden. Ein Beitrag zur standortbestimmenden Rüstungspolitik am Beispiel EADS/Airbus, die 25 Jahre lang die Hamburger Stadtentwicklungspolitik beeinflusste, erscheint in der nächsten Nummer.

Wir hoffen, ein Heft gemacht zu haben, das sich für Linke lohnt zu lesen - Euer Feedback ist uns deshalb sehr wichtig. Wir freuen uns auf Eure Kritik in jeder Hinsicht.

Die Redaktion

1. Hamburg Debatte steht allen Mitgliedern und Sympathisierenden offen. Es dient der Aufarbeitung politischer Themen, der Entwicklung, Begründung und Erörterung von Positionen der LINKEN und der Diskussion. Die programmatische Arbeit der LINKEN wird mit dem Debattenorgan dauerhaft begleitet. Im Mittelpunkt jeder Ausgabe soll ein Schwerpunktthema stehen.
2. Hamburg Debatte erscheint einmal im Quartal, ggf. zweimonatlich. Der Umfang beträgt ca. 32 Seiten. Das Heft enthält eine Beilage der Bürgerschaftsfraktion, die von dieser in eigener Verantwortung erstellt wird.
3. Die Redaktion gliedert sich in eine Kernredaktion und eine erweiterte Redaktion. Zu den Sitzungen der erweiterten Redaktion wird parteiöffentlich eingeladen. Kernredaktion wie erweiterte Redaktion treffen Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip. Die erweiterte Redaktion wählt aus ihrem Kreis die Mitglieder der Kernredaktion, legt den Schwerpunkt der jeweiligen Ausgabe fest, macht Vorschläge für einzelne Artikel und spricht Artikel mit potenziellen Autorinnen und Autoren ab. Der Kernredaktion obliegt die Verantwortung für die Fertigstellung einschließlich der presserechtlichen Verantwortung.
4. Anspruch auf Abdruck besteht nicht. Mitglieder der Redaktion, Mandats- oder Funktionsträger/innen genießen keine Priorität. Die Redaktion ist verpflichtet, eine Entscheidung zum Nichtabdruck gegenüber den Autorinnen/Autoren zu begründen.
5. Artikel müssen namentlich gekennzeichnet sein.
6. Die Redaktion nimmt eigenständig Änderungen im Fall von Rechtschreib-, Grammatik- und Syntaxfehlern vor und wirkt auf eine geschlechtergerechte, diskriminierungsfreie Sprache hin. Für darüber hinausgehende Änderungen ist Rücksprache mit dem Autor/der Autorin erforderlich.

Impressum:

Hamburg Debatte

Debattenorgan des Landesverbandes Hamburg DIE LINKE
 Kreuzweg 7, 20099 Hamburg
 E-Mail: debatte@die-linke-hh.de, <http://die-linke-hh.de>
 Kernredaktion: Horst Bethge, Addi Böttger, Tilman Rosenau, Annette Sawatzki, Udo Schuldt
 Erweiterte Redaktion: Kristian Glaser, Ingrid Kurz, Uli Ludwig, Bernhard Müller, Hartmut Obens, Norman Paech
 Mitarbeit an diesem Heft: Jens Bartels, Joachim Bischoff, Gitta Bockwoldt, Günter Busse, Volker Gajewski, Jochen Hanisch, Manuel Humburg, Hans-Jürgen Podszuweit, Ronny Prieß, Bela Rogalla, Rudolf Sergel, Manfred Steglich, Rainer Volkmann
 ViSDP: Tilman Rosenau
Beilage der Linksfraktion
 in der Hamburgischen Bürgerschaft
 ViSDP: Martin Bialluch
 Copyleft: Creative Commons Lizenz (BY-NC-SA- Namensnennung, keine kommerzielle Nutzung, Weitergabe aus dieser Zeitschrift unter gleichen Bedingungen)
 Bestellung und Bezug: gegen Spende in Druck- oder Mailversion, per Post oder in Selbstabholung
 Druck: Print und Copyhaus GmbH

HAMBURG Debatte

Nr. 1/2010

Auf ein neues...	2
Editorial	
Impressum	3
Redaktionsgrundsätze	3
Stadtplanung- Wer plant denn da für wen?	4
von Jochen Hanisch	
Gentrifizierung in Hamburg	8
von Joachim Bischoff	
Recht auf Stadt oder Recht auf Auto?	12
von Jens Bartels	
Beschäftigungspolitik und Stadtentwicklung	14
von Rainer Volkmann	
Programmdebatte	15
von Horst Bethge	
Recht auf Stadt - auch für Kinder	16
von Ronald Prieß	
Generalverdacht im Gefahrengebiet	20
von Bela Rogalla	
Luxemburg	21
Eine neue Zeitschrift	
BID - Business Improvement Districts	22
von Horst Bethge und Gitta Bockwoldt	
Der Hafen benötigt ein Strukturkonzept	23
von Manfred Steglich	
Recht auf Stadt und Zugang zu Umweltressourcen	24
von Rudolf Sergel	
Wem gehört die Elbinsel?	26
von Manuel Humburg	
Krise der Stadt und Aufruhr der Mitte	28
Buchbesprechung von Horst Bethge	
Vom Gängeviertel zum Tegelsberg	29
von Günter Busse	
Moorburgtrasse stoppen - Recht auf Stadt	30
von Volker Gajewski	
kontrovers: Linke Alternativen:	32
Sanierung der öffentlichen Finanzen - aber wie?	33
von Joachim Bischoff und Bernhard Müller	
Umverteilen von oben nach unten?	35
von Hans-Jürgen Podszuweit	

Stadtplanung: Wer plant denn da für wen?

Jochen Hanisch

Die einfache Frage, wer die Stadt nach welchen Kriterien plant, hat ihre Tücken. Was ist denn überhaupt eine Stadt? Eine Stadt, das sind nicht einfach viele Gebäude oder viele Menschen auf engem Raum. Es gibt große Siedlungen, die keine Städte sind, und manch kleine Siedlung, mit wenigen Gebäuden und Menschen ist eine Stadt. Ob etwas Stadt ist, hat mit Geschichte zu tun, mit Ökonomie und politisch-sozialen Funktionen, die über die eigentlichen Stadtgrenzen hinausweisen.

Was ist eine Stadt?

Eine Stadt ist ein sozialökonomisches Gefüge für ganz unterschiedliche Funktionen: Handelsstadt, Festungsstadt, Ackerbürgerstadt, Industriestadt...Stadtgesellschaften haben eines gemeinsam: sie sind hoch arbeitsteilig. Das enge Zusammenleben unterschiedlicher Milieus geht einher mit einem erheblichen Maß an Indifferenz zwischen den Bewohnern ¹⁾.

In Städten konzentrieren sich Einrichtungen, die der Versorgung der Bevölkerung und der Produktionsstätten mit Dienstleistungen aller Art (Bildung, Gesundheit, Verkehr, Wasser, Abfallbeseitigung usw.) dienen und die aufgrund ihrer Kapitalintensität von Siedlungseinheiten mit wenig Einwohnern nicht aufgebracht werden können. Man spricht in diesem Zusammenhang von zentralörtlichen Funktionen einer Stadt. Zahl, Größe und Charakter solcher Einrichtungen in einer Stadt bestimmen ihr funktionales Einzugsgebiet. Eine Universität, ein Universalkrankenhaus mit Spezialabteilungen oder ein Bundesligastadion haben eine größere „Reichweite“ als ein Gymnasium, ein Allgemeinkrankenhaus oder eine Turnhalle.

In Städten leben immer mehr Menschen - bis Ende des 21. Jahrhunderts werden es mehr als 2/3 der Weltbevölkerung sein. Ursache der Verstädterung ist die Landflucht von Menschen, denen der ländliche Raum kein Auskommen durch Arbeit mehr sichert. In vielen Ländern der Dritten Welt sind negative Umweltveränderungen eine Ursache solcher Migrationsströme. Bei weiterem Fortschritt der Klimaerwärmung mit der Ausweitung von Hitze- und Trockenzonen muss auch das nördliche Europa in wachsendem Maße mit „Öko-Migranten“ rechnen.

Stadt ist planbar?

Stadtplanung im modernen Sinne setzte in Deutschland erst Mitte des 19. Jahrhunderts ein. Millionen von ehemaligen Landarbeitern waren mangels agrarischer Arbeitsplätze in die neuen Industriestädte abgewandert. In unmittelbarer Nähe zu den neuen Fabriken errichteten die Industriebosse billige Arbeiterunterkünfte. Die baulichen und hygienischen Verhältnisse waren oft extrem schlecht. Verelendung, Hinfälligkeit, Krankheiten und Seuchen gefährdeten die Grundlagen des jungen Kapitalismus durch die Schwächung der wichtigsten Reichtumsquelle: der menschlichen Arbeitskraft. In dieser Situation schuf der Staat mit dem Polizei- und Ordnungsrecht ein Instrumentarium, um städtische Strukturen an die Erfordernisse der modernen Industriegesellschaft anzupassen. Mindestnormen für den Wohnungsbau, zentrale Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung wurden eingeführt.

Ab Beginn des 20. Jahrhunderts kam das Element der städtebaulichen Vorsorge hinzu: großflächiger Wohnungsneubau (z.B. durch Baugenossenschaften) und öffentliche Infrastruktureinrichtungen (Straßenbau, öffentlicher Nahverkehr, Volksparks) fingen industrielles Wachstum und Bevölkerungszunahme auf und lenkten sie in geordnete Bahnen.

Mit der Charta von Athen (1933) und unter wesentlichem Einfluss von Le Corbusier wurde die Funktionstrennung zum städtebaulichen Leitbild erhoben: Industrie- und Gewerbebezonen sollten nicht mehr Wohngebiete mit Lärm und Schmutz belasten, Wohngebiete wiederum wurden mit öffentlichen Freiräume für Spiel, Freizeit und Erholung untergliedert.

Die voneinander getrennten Nutzungszonen mussten dafür mit leistungsfähigen Verkehrsstrassen verbunden werden – spätere Grundlage für die Ausdehnung der Städte mit einem weit in die Landschaft reichenden suburbanen Speckgürtel und für die Herausbildung des Massenverkehrs.

Durchgesetzt hat sich dieses Konzept in den 50er Jahren, es prägt aber bis heute die gültige Baunutzungsverordnung. Vor dem Hintergrund des aktuellen Wirtschafts- und Sozialstrukturwandels und dem damit verbundenen Zuwachs emissionsfreier Dienstleistungen, die ihre Standorte bevorzugt in Wohngebieten suchen, wurde

¹⁾ Wenn im nachfolgenden Text nur die männliche Form Verwendung findet, dann nicht aus fehlendem Respekt gegenüber den Frauen sondern aus Gründen der besseren Lesbarkeit: Bauherrinnen und Kapitalistinnen liest sich blöd, obwohl dem Autor wohl bewusst ist, dass es auch solche gibt.

die Leipzig-Charta (2007) verabschiedet - Nutzungsmischung und Stadt der kurzen Wege sind zwei Stichworte, mit denen dieses neue städtebauliche Leitbild charakterisiert werden kann.

Die Phase der Vorsorge- oder Aufbauplanung wurde nach dem Abklingen der Wiederaufbauphase Ende der 50er Jahre abgelöst durch den weitergehenden Ansatz der integrierten Entwicklungsplanung.

Hintergrund war die erste größere zyklische Krise, die Anfang der 60er Jahre einsetzte und insbesondere die Montanindustrie im Ruhr- und Saargebiet (Belgien, Nordfrankreich) betraf. Durch gezielte Investitionsplanung sollte eine krisenhafte Entwicklung zurückgedrängt, ökonomisches Wachstum vorangetrieben werden. Das Polizei- und Ordnungsrecht aus dem 19. Jahrhundert wurde abgelöst durch ein Städtebaurecht, das erstmals auch Stadtplanungsinstrumente beinhaltet (Bundesbaugesetzbuch 1960 und dem Städtebauförderungsgesetz von 1971). Der Trend zur staatlichen Regulierung der Stadtentwicklung, von den einen als Schritt zum Sozialismus, von den anderen als Rückfall in Autoritarismus bewertet, kam zu einem vorläufigen Höhepunkt. Mit dem Siegeszug des Neoliberalismus seit Beginn der 1970er Jahre löste dann das Prinzip des „perspektivischen Inkrementalismus“ die integrierte Entwicklungsplanung ab. Der Begriff Inkrementalismus stammt aus dem Englischen und meint die schrittweise Verbesserung einer Ausgangssituation.

Echte und eingebildete Probleme bei der integrierten Entwicklungsplanung führten zu einer gegensätzlichen Pendelbewegung: Plötzlich lag das Heil der Planung in kleinen und übersichtlichen Projekten, die mit größerer Verlässlichkeit geplant und durchgeführt werden konnten. Die Grundannahme: Wenn sich Architekten, Stadt- und Umweltplaner bei jedem Einzelprojekt um die Erfüllung vorgegebener Ziele (z.B. der Nachhaltigkeit) bemühen, könne in der Summe keinesfalls Schlechtes herauskommen. Das Konzept brachte es jedoch mit sich, dass die größeren Zusammenhänge der Stadtplanung aus dem Fokus gerieten. Heute wird wieder offener über die Notwendigkeit integrierender Gesamtplanungen gesprochen, denn immer klarer wird, dass komplexen Problemen wie dem Klimawandel anders nicht entgegengewirkt werden kann. Die stadtplanerischen Bemühungen beschränken sich z. B. diesbezüglich bisher auf die Pflege von Grün- und Freiflächen zur Temperaturdämpfung, auf die Einrichtung von Flutschutzmaßnahmen (Klimaanpassung) und auf überflutungsresistente Bebauungskonzepte. Es wird nicht zu umgehen sein, die ideologische Debatte um Macht und Kompetenzen der Stadt-, Regional- und Landschaftsplanung wieder zu eröffnen.

Was machen Stadtplaner?

Stadtplaner erarbeiten in der Regel Vorschläge und Konzepte für die weitere Entwicklung von Städten und Stadtteilen, sie helfen potenziellen Bauherren durch den Paragraphendschungel des Planungs- und Zulassungsrechtes und sorgen für Planunterlagen, die den Regeln entsprechen und deshalb genehmigt werden können.

Stadtplanung kann gleichgesetzt werden mit „zielgerichteter, an Leitbildern und gesetzlichen Vorgaben orientierter Steuerung und Koordination der vorhandenen und geplanten Bodennutzungen“. Leitbilder und allgemeine Stadtentwicklungsziele (informelle Planwerke) sind Orientierungsrahmen für die konkrete Arbeit der (öffentlichen und privaten) Stadtplaner. Für Hamburg waren bzw. sind das:

- Stadtentwicklungskonzept (StEK) in den 90er Jahren
- Räumliches Entwicklungskonzept REK 1996/REK 2000 für die Metropolregion Hamburg
- Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ (2008)
- Leitbild „Hamburg: Wachsen mit Weitsicht“ (2009)

In ihrem Rahmen werden dann formelle Planwerke erarbeitet: die Bauleitplanung (Flächennutzungsplan und Bebauungspläne), Landschafts- und Artenschutzprogramm.

Stadtplanung heißt im Idealfall, verschiedene Flächennutzungsansprüche so zu organisieren, dass trotz aller



Foto Bela Rogalla

unvermeidbaren Kompromisse alle Beteiligten maximal zufrieden gestellt werden. Der Stadtplanungsprozess ist rechtlich zwar so organisiert, dass die Öffentlichkeit immer beteiligt werden soll. Doch oft ist diese Öffentlichkeit an den Knackpunkten der Planung eben nicht beteiligt - sondern wacht erst auf, wenn die wichtigsten Weichen schon längst gestellt sind. Die Verhinderung von Öffentlichkeit durch eine bestimmte Informationspolitik ist ein Thema, über das zu diskutieren lohnen würde.

Gesetzliche Grundlagen

Aufgabe von Behörden und StadtentwicklerInnen ist es, Planrecht für Projektentwickler zu schaffen. Heißt: Dafür zu sorgen, dass Bauprojekte den bestehenden Zielen und Normen entsprechend geplant und so ausgestaltet werden, dass eine Baugenehmigung erteilt werden kann. Orientierungsrahmen ist die „vorbereitende Bauleitplanung“ (§ 5 Baugesetzbuch/BauGB), mit der die Gemeinde die Grundzüge ihrer Entwicklung durch

Beruft sich ein Grundeigentümer mit seinem Bauantrag auf einen gültigen Bebauungsplan (B-Plan), dann muss die Gemeinde die Genehmigung erteilen - selbst wenn sie inzwischen ihre Planabsichten geändert haben sollte

Beschluss der Bürgerschaft festlegt. Bei der Ausarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen müssen die Experten/-innen die verschiedenen Ziele und Interessen im Plangebiet erfassen und in einem Planentwurf so zu verankern, dass Vorgaben von außen (z.B. übergeordnetes Planrecht, Umweltbestimmungen, soziale Ziele) möglichst vollständig integriert werden können.

Ein Flächennutzungsplan (F-Plan) legt fest, an welchen Stellen des Gemeindegebietes welche Arten von Nutzungen erwünscht oder mindestens möglich sind. Er entsteht in einem einigermaßen komplizierten Verfahren der Verhandlung und Abwägung einzelner Interessen und gilt als Absichtserklärung (= Programmplanung) von eher generalisierendem Aussagewert. Er begründet noch kein vor Gericht einklagbares Recht für den Bau eines bestimmten Gebäudes.

Diesen Grad rechtlicher Verbindlichkeit begründet erst der Bebauungsplan (§ 7 BauGB), der für kleinere Ausschnitt des Gemeindegebietes parzellenscharf festlegt, welche Art der Flächennutzung zulässig ist. Beruft sich ein Grundeigentümer mit seinem Bauantrag auf einen gültigen Bebauungsplan (B-Plan), dann muss die Gemeinde die Genehmigung erteilen - selbst wenn sie inzwischen ihre Planabsichten geändert haben sollte. Sind die Änderungen so gravierend, dass die Baugenehmigung nicht erteilt wird, muss die Gemeinde Schadenersatz leisten.

Gesetzlich vorgeschriebene Umweltprüfungen sind Bestandteil der Bauleitplanung. Ergänzend gibt es als wichtigste Planelemente noch die Landschafts- und Naturschutzplanung. Überschneidungsbereiche gibt es mit anderen Fachplanungen (Verkehr, Wasser, Luft, Land- und Forstwirtschaft usw.).

Die formelle Stadtplanung ist ein äußerst komplexer und komplizierter Vorgang ist, der viel Zeit, personelle und finanzielle Ressourcen beansprucht.

Fassen wir zusammen: F- und B-Plan bilden insgesamt die Bauleitplanung und bringen die Planabsichten der Gemeinde zum Ausdruck, wobei der Bebauungsplan nach außen verbindliches Eigentumsrecht schafft. Veröffentlicht der Senat hingegen ein Papier unter dem Titel „Räumliches Leitbild“, „Stadtentwicklungskonzept“ oder „Sprung über die Elbe“, handelt es sich jeweils um informelle Planwerke. Hier sind die Planautoren freier, nicht unmittelbar an rechtlich oder politisch bindende Normen gebunden. Solche „Pläne“ sind so etwas wie Versuchsballons oder Diskussionsbeiträge für eine allgemeine Leitbilddiskussion. Die Initiatoren testen mit solchen Plänen die öffentliche Akzeptanz der darin zum Ausdruck kommenden Ideen aus.

Kriterien der Stadtplanung

Brasilia wurde als Hauptstadt geplant, um sich nicht für Rio oder Sao Paulo entscheiden zu müssen, Karlsruhe und St. Petersburg als Repräsentanten absolutistischer Kultur. Eisenhüttenstadt als Demonstration der Überlegenheit des Sozialismus, Glückstadt als militärischer Vorposten der Dänen an der Unterelbe (1617).

Die moderne kapitalistische Stadt wird höchstens indirekt von den Kapitalisten geplant. Kapitalisten planen zunächst nur ihre Produktpaletten und ihre Betriebe. Das ist ihre originäre Aufgabe. Jede Art von Produktion und (fast jede) Dienstleistung ist in letzter Konsequenz an einen physischen Standort gebunden. Wenn diese in der Stadt liegen, nimmt der Kapitalist Einfluss auf die betroffenen Kommunen. Jeder kennt mittlerweile die Spielchen: Das Versprechen auf Arbeitsplätze und Gewerbesteuern öffnet fast jede Tür. Er muss dann auf die Willfährigkeit der lokalen Politiker wie auf das Können der eigentlichen Stadtplaner und Architekten setzen, um die Baugenehmigung für den gewünschten Standort zu bekommen (z. B. Airbus-Erweiterung in das Mühlenberger Loch, IKEA-Ansiedlung in Altona, Möbel Höffner in Eimsbüttel).

Großes Gewicht haben auch diejenigen, die Projekte mit großem Prestigecharakter betreiben und durch die Image-Verbesserung den Standort für neue Investoren mutmaßlich attraktiver machen (Beispiel: Airbus mit dem Flair des Hochtechnologie-Standortes).

Das neoliberale Prinzip, dass jede/r für sein Glück und Fortkommen selbst verantwortlich ist, nur im extremen Notfall auf eine minimale Hilfe der Allgemeinheit vertrauen darf, gilt im übertragenen Sinne auch für unsere Städte und Gemeinden. Immer stärker auf sich gestellt versuchen sie mit allen Mitteln, ihre eigenen Besonderheiten und Stärken herauszustreichen. Wem es gelingt, das Image des „coolen Standorts“ zu etablieren, hat schon fast gewonnen. Aus diesem Grund lesen sich in den letzten Jahren Entwicklungs- und Leitbildkonzepte immer mehr wie Public-Relations-Broschüren, ist die Selbstpräsentation durch große Events (Schlager Move, Love-Parade, Alstervergnügen und Hafengeburtstag, dauerhafte Musicals) so wichtig geworden. Nachdem das Thema Klimawandel auf der politischen Agenda nach oben rückte, gelang es dem Hamburger Senat durch cleveres Marketing, sich beim internationalen Städtevergleich (neudeutsch: Ranking/Benchmarking) den Titel der Europäischen Grünen Hauptstadt (Green Capital 2011) zu greifen. Das wohlgemerkt, obwohl hier derzeit ein riesiges Kohlekraftwerk gebaut wird. Image ist zur eigenständigen ökonomischen Größe geworden,

Schein zählt sich oft mehr aus als Sein. Zwar gibt es heutzutage einschlägige Studiengänge „Stadtplanung“ und entsprechende Berufsbezeichnungen, doch wird die Kernfrage, um die es hier nur gehen kann - wer fällt die Entscheidung über bestimmte Arten von Flächennutzung - in Interaktion von vier Akteursgruppen entschieden: private Investoren, Politik (kommunale, ggf. bei übergreifenden Flächennutzungsplänen auch Landes- und BundespolitikerInnen), Öffentlichkeit (Medien und Bürger) und eben die Stadtplaner.

Planungsinstrument Nutzwertanalyse

Dass die bürgerliche Gesellschaft nicht nur blöd, sondern auch zu raffinierten Konfliktlösungsstrategien in der Lage ist, soll mit einer knappen Skizze des nutzwertanalytischen Grundkonzepts der rationalen Entscheidung beschrieben werden. Die Beherrschung dieses Instrumentariums ist auch für die LINKE von elementarer Bedeutung.

Nimmt man die Stadt als das Resultat vieler unterschiedlicher Arten von Flächennutzung, planen eben diejenigen die Stadt, die über die Nutzung von Grund und Boden verfügen - und ihr Hauptkriterium ist in der Regel die optimale ökonomische Verwertung der Lagegunst. Es gibt und gäbe auch weitere Kriterien, z. B. die Repräsentation von Macht und Reichtum, die Sicherung von Freizeit- und Erholungsräumen für die Bevölkerung, Sicherung der Daseinsvorsorge (Bildung, Wasser, Nahrung, Sicherheit vor Naturgewalten). In diesem Zusammenhang spricht man vom unterschiedlichen Nutzen. Das Verständnis für diesen Begriff erschließt sich, wenn man fragt: Was ist es uns wert, als Ziel nicht die maximale Bodenrente sondern die Lebensqualität der Bevölkerung im Stadtteil A zu verfolgen und statt einer Luxuswohnanlage (oder ein Bürogebäude) eine Grünfläche für Freizeit- und Erholungszwecke zur Verfügung zu stellen? Was ist uns eine wohnungsnahe Bildungs- und Gesundheitsversorgung wert?

Stadtplanung heißt auch: Koordination unterschiedlicher Ziele und Interessen. Viele Ziele sind wechselseitig unverträglich. Auf einer Fläche verträgt sich der großflächige Einzelhandel nicht mit den Zielen des Naturschutzes. Unter dem Streben nach maximal profitabler Bodenverwertung würden sich die verschiedenen Bodeneigentümer mit ihren jeweiligen Verwertungsinteressen sehr schnell wechselseitig blockieren. Eine Selbstregulation der Flächennutzung über „Marktprozesse“ ist in diesem Kontext ausgeschlossen. Hier setzen dann staatliche Regulationen ein. Mit einer entsprechenden Gesetzgebung wurde und wird ein Rahmen geschaffen, innerhalb dessen die Austragung der verschiedenen Flächennutzungskonflikte klaren Regeln unterworfen wird (Baugesetzbuch). Diese Regeln folgen dem Grundkonzept der rationalen Entscheidung mit einem nutzwertanalytischen Ansatz. Danach wird eine Entscheidung als rational bezeichnet, wenn sie Maßnahmen (Schritte/Handlungen) festlegt, die bei möglichst geringen „Kosten“ einen maximalen „Nutzen“ stiften. Interessant wird an dieser Stelle, wie Kosten und Nutzen definiert werden. Bei den Kosten wird unterschieden zwischen direkten und indirekten Kosten. Die direkten Kosten umfassen den für ein Projekt notwendigen Kapitalbedarf, die indirekten Kosten erstrecken sich auf Schadensfolgen, die der Allgemeinheit entstehen. Ähnlich beim Nutzen: Der unmittelbare Nutzen für den Investor besteht in seiner profitablen Kapitalverwertung, der mittelbare Nutzen besteht in der Verbesserung der Lebensbedingungen für die betroffene Bevölkerung.

Generell aber gilt, dass jede Art von Nutzenmessung ihre Tücken hat. Dahinter steckt ein Konzept, das die Welt als System einer Vielzahl von hierarchisch gegliederten Teilsystemen betrachtet, von denen jedes einzelne definiert und „bewertet“ werden kann. Diese Form der Abstraktion der Wirklichkeit findet man in vielen Wissenschaftsbereichen. Die Verführung ist groß, für Nutzenentscheidungen ausschließlich Geldwerte einzusetzen.

Weil dieses Prinzip der egozentrisch-nutzwertanalytischen Zerlegung der komplexen Wirklichkeit als naturgegeben akzeptiert wird, fällt es schwer, in alternativen Kategorien zu denken. Es würde sich deshalb unbedingt lohnen, in einer weiteren Debatten-Ausgabe intensiver auf diese Thematik einzugehen..

Alle formellen Entscheidungsverfahren in der Raum- und Umweltplanung sind nutzwertanalytisch strukturiert. Der Vorteil besteht in der Nachvollziehbarkeit eines Bewertungs- und Auswahlvorgangs - deshalb spielt sie auch in Verwaltungsgerichtsverfahren um strittige Entscheidungen eine zentrale Rolle. Wer die Stellschrauben des Systems kennt, kann Bewertungsergebnisse durch Manipulation erzeugen. Auf die Schliche kommt man, wenn man die Logik des Verfahrens durchschaut.

Damit kann man auch eigene Positionen entwickeln. Nehmen wir das für die Hamburger Stadtentwicklung so wichtige Thema Hafen und Elbevertiefung:

- Gibt es Alternativen für eine zukunftsfähige und nachhal-tige Hamburger Hafenentwicklung? - welche unterschiedlichen Ziele gibt es / sind vorstellbar und welche Stratgien zur Zielerreichung können wir uns vorstellen? Wer hätte welchen „Nutzen“ von welcher Art der Entwicklung?
- Welche unterschiedlichen Nutzenvorstellungen gibt es über die künftige Hafenstruktur und welche halten wir für richtig?
- Wie können wir in der politischen Auseinandersetzung diese eigenen Vorstellungen mit anderen Zielkonzepten vergleichen und wie können wir gleichzeitig die jeweiligen Werthaltungen = Interessen identifizieren?

Auf Anhieb wird klar, dass das Projekt Fahrinnenvertiefung in der Elbe einem Strukturmodell des Hafens folgt, das seit rund 150 Jahren gültig ist. Ob dieses Modell für das 21. Jahrhundert beibehalten werden kann oder durch ein neues ersetzt werden sollte, ist nicht geklärt. Die Elbevertiefung jetzt bedeutet die Verschiebung der doch so notwendigen Debatte um die Zukunft des Hafens auf ein nicht definiertes „Später“. Im praktischen Alltag der Stadtplanung im Hafenbereich vollziehen sich aber jetzt schon deutliche Veränderungen: Die HafenCity, die Projekte in Wilhelmsburg und im Harburger Hafen, die architektonische Perlenkette am Hafennordrand sind solche Zeichen der Veränderung, die mit der strukturkonservativen Sicht auf den Hafen fast nichts mehr gemein haben.

Ob Wohl und Wehe der Stadt Hamburg davon abhängt, dass Containerriesen tideunabhängig in den Hafen fahren können, ist unter Ökonomen, Stadt- und Umweltplanern umstritten, selbst wenn Hafengewirtschaft, Senat und politische Parteien so tun, als ob es keine Alternative gäbe. Selbst in der LINKS-Partei stehen noch äußerst anstrengende Diskussionen um die „richtige“ Stadtentwicklungspolitik im Hafen bevor – denn auch hier ist der Strukturkonservatismus noch sehr weit in den Köpfen verankert.

Das Denkverbot in dieser Problemstellung zu durchbrechen um nach Alternativen zu suchen, mit denen die Ökonomie und Ökologie der Untereleberegion (einschließlich Hamburgs) gesichert und entwickelt werden, wäre mit Hilfe einer nutzwertanalytisch strukturierten Vorgehensweise zu entwickeln.

Erstes Fazit

Die Stadt entwickelt sich durch die Projekte ihrer Akteure. Mit den informellen und formellen Formen der Stadtplanung bringt sich ein Konsens über die Leitlinien zur mehrheitlich gewünschten Stadtentwicklung zum Ausdruck. Die starke Position von Investoren (Projektentwicklern, ansiedlungswillige Betriebe, Wohnungsbau-Gesellschaften usw.) verdankt sich historisch dem Umstand, dass die Gemeinden einen wesentlichen Teil ihres Haushalts (Steuern, Abgaben, Gebühren) aus den Gewinnen ihrer Unternehmen generieren müssen. In Zeiten zyklischer Krisen wächst die Abhängigkeit von Investoren ins Unermessliche. Diese Abhängigkeiten entwickeln sich in der Phase einer Finanz- und Wirtschaftskrise zu echten Hemmschuhen für Veränderung: Verbissen kämpft jeder Sektor (sei es die Autoindustrie, die Pharmaindustrie, das Bankwesen...), alle sind bestrebt, die Strukturen aufrecht zu erhalten, die gerade erst als Ursache und Auslöser für die bislang schwerste Finanzkrise ausgemacht wurde.

Literaturhinweise

Albers, G. 1993. Über den Wandel im Planungsverständnis. RaumPlanung Jahrgang 93 [61], 97-103 Dortmund, Informationskreis für Raumplanung e.V.

Bechmann, A. 1978. Nutzwertanalyse, Bewertungstheorie und Planung. Bern, Stuttgart

Evans, R. J. 1990. Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830-1910. Hamburg

Helms, H. G. 1984. Auf dem Weg zum Schrottplatz. Zum Städtebau in den USA und in Canada. Köln

Helms, H. G., et al., 1971. Kapitalistischer Städtebau. Frankfurt/Main

Helms, H. G., et al., 1992. Die Stadt als Gabentisch. Leipzig

Jacobs, J. 1963. Tod und Leben großer amerikanischer Städte. Wiesbaden

Mitscherlich, A. 1970. Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt/M.

Mitscherlich, A. 1974. Thesen zur Stadt der Zukunft. Frankfurt/M.

Weber, M. 1980. Wirtschaft und Gesellschaft - Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen.

Autor: Dr. Jochen Hanisch (SRL), studierter Landschaftsplaner,

Honoraryprofessor für Planungstheorie an der TU Berlin, Vorsitzender des Vereins zur Förderung der angewandten Nachhaltigkeit (VaN) in Hamburg, Mitarbeit in der AG Umwelt und Verkehr der LINKEN in Hamburg

Gentrifizierung in Hamburg

Joachim Bischoff

Proteste gegen Gentrifizierung gibt es in einigen Großstädten der Bundesrepublik. In Berlin wehren sich Stadtteilaktivisten gegen die Yuppisierung im Studentenbezirk Friedrichshain. In Hamburg hat sich - dies ist eine Besonderheit - ein breites Bündnis in verschiedenen Stadtvierteln gegen die Aufwertungs- und Verdrängungspolitik herausgebildet. Selbst die Hamburger Medien veröffentlichen hin und wieder Reportagen über Auswirkungen der Gentrification, also einen Begriff, der der Bundesanwaltschaft vor geraumer Zeit noch als Hinweis für die Zugehörigkeit zur linksradikalen Szene galt.

Der Stadtsoziologe Andrej Holm, selbst Opfer des politischen Kontrollwahns, definiert: „Als Gentrification bezeichnet werden städtische Entwicklungsprozesse der baulichen Aufwertung, der Steigerung der ökonomischen Verwertung und kulturellen Neubewertung, die einen Austausch der Bevölkerung in den betroffenen Wohngebieten bedingen. Die Verdrängung der städtischen Armen ist dabei nicht nur Nebenprodukt, sondern das Prinzip und Ziel solcher städtischen Umstrukturierungen.“

Logischerweise kann diese Tendenz der Aufwertung eines Stadtteils und der Verdrängung von Teilen der angestammten Bevölkerung unterschiedliche Ursachen haben, der Prozess auch höchst vielfältige Formen annehmen. Die Aufwertung eines Quartiers kann von einem sich verstärkenden künstlerischen Milieu ausgelöst werden oder durch einen Zuzug von einkommensstärkeren BürgerInnen im Gefolge erfolgreicher Sanierungsoperationen. Allen Prozessen gemeinsam ist, dass sich letztlich die Stadterneuerung in einer Erhöhung von Boden- und Mietpreisen niederschlägt, die Lebenschancen und Wohnperspektiven vornehmlich für Besserverdienende eröffnet.

In Hamburg stehen die verschiedenen Formen der Aufwertung von Verdrängung im Zusammenhang mit der stadtentwicklungspolitischen Konzeption „wachsende Stadt“, die neuerdings, nach grüner Einfärbung, „Wachsen mit Weitblick“ heißt. Der in den letzten Jahren aufwachsende Wohnungsmangel, eine deutliche Förderung von Eigentumswohnungen und der fehlende Schutz für Gewerbetrieten, vor allem für Kleingewerbetreibende, hat in etlichen Quartieren eine Beschleunigung von Verdrängungsprozessen ausgelöst.

Dazu der Filmemacher Fatih Akin auf die Frage, was dagegen zu sagen sei, wenn die Gegend durch ein paar neue Geschäfte und ein schickeres Publikum aufgewertet würde: „Wer sagt denn eigentlich, dass die Einkaufszone nicht belebt ist? Sie können da in vielen kleinen Geschäften einkaufen. In Ottensen zum Beispiel, gleich nebenan, kann man sich ansehen, wie eine sogenannte Aufwertung aussieht: Da gibt es von 20 türkischen Gemüsehändlern nur noch zwei. Stattdessen überall schicke Sushi-Läden, Bars und Kneipen, Balzac und Starbucks. Niemand braucht das. Aber unsere Gesellschaft ist ja nur auf Wachstum, Wachstum, Wachstum ausgerichtet. Und wir lernen nicht! Wir brauchen kein Wachstum, sondern einen funktionierenden Sozialstaat.“

Die Macher der HafenCity, des Symbols für die Politik der „wachsenden Stadt“, fühlen sich zurecht angesprochen: „Gelegentlich wird Gentrifizierung mit der HafenCity in Verbindung gebracht, da hier hochwertiges Wohnen entsteht und negative Folgen vermutet werden. Allerdings trifft diese Kritik nicht zu. Gentrifizierung bedeutet, seitdem R. Glass diesen Begriff 1964 geprägt hat, die Verdrängung von Haushalten aus ihren angestammten Quartieren durch neue einkommensstarke Bewohnergruppen, die in die Gebäude investieren und damit die Quartiere städtebaulich aufwerten. Dieser Prozess, der in Hamburg für St. Georg, das Schanzenviertel oder St. Pauli beobachtet wird, entsteht allerdings in der HafenCity schon deshalb nicht, weil das Merkmal der Bewohnerverdrängung aus Wohngebäuden aufgrund des fehlenden Wohnungsbestands nicht zutrifft... Die HafenCity leistet so einen Beitrag, Gentrifizierung in Hamburg zu verringern.“

Umgekehrt wird m.E. ein Schuh daraus: In Hamburg dominiert ein quartiersübergreifender Aufwertungsprozess, bei dem nach mehreren innenstadtnahen Vierteln nun auch die Industriebrachen im Hafen und das einstige Armeleutequartier Wilhelmburg in einen beschleunigten Strukturwandel eingebunden werden.

Nicht die Stadt als demokratisches, vielfältiges und integratives Gemeinwesen, als lebenswerte Umgebung für BewohnerInnen steht im Fokus der Stadtentwicklungspolitik, sondern der öffentliche Raum, den es zu „entwickeln“ und zu vermarkten gilt: Wohnungen und Gewerbe werden als Waren einem ökonomischen Aufwertungsprozess unterzogen. Es geht um Preissteigerungen und Vermögensbildung. Das aktuelle Leitbild „Wachsende Stadt mit Weitblick“ steht im Zentrum dieser Strategie. Es ist von einer Unternehmensberatung erstellt worden, ohne Beteiligung der Bevölkerung, und orientiert vor allem auf wirtschaftliches Wachstum. Und es hat einen parteiübergreifenden, neoliberalen Hintergrund.

Anlässlich einer Feier des „Übersee-Clubs“ am 7. Mai 1997 präsentierte der damalige Erste Bürgermeister



Foto Christiane Schneider

der Freien und Hansestadt Hamburg, Henning Voscherau, seinen unter Ausschluss der Öffentlichkeit seit 1991 entwickelten Plan, nicht nur die Speicherstadt, sondern auch den Großen Grasbrook und den Baakenhafen, also das Gebiet von der Kehrwiederspitze bis zu den Norderelbbrücken aus dem Hafengebiet herauszunehmen, um ca. 100 ha Landfläche für die Entwicklung eines neuen Quartiers zur Verfügung zu haben. Ende 2009 leben etwa 1.500 Menschen in der HafenCity, rund 4.000 arbeiten hier.

Die Geburtsstunde der HafenCity schließt auch eine Revolution des Haushaltsrechts ein. Ein „Sondervermögen Stadt und Hafen“ wurde gebildet, in das die Grundstücke und Immobilien des HafenCity-Areals eingebracht wurden. Der Senat hat die Bürgerschaft am 20. Mai 1997 aufgefordert, nachträglich die Beleihung des Sondervermögens im Haushalt 1997 zu bewilligen, um die Hafenerweiterung in Altenwerder zu finanzieren (Bürgerschaftsdrucksache 15/7461). Die Bürgerschaftsmehrheit stimmte erwartungsgemäß zu und beraubte

das Parlament de facto aller Möglichkeiten, die Entwicklung der City zu steuern. Das größte Bauvorhaben Europas, es blieb außerhalb der öffentlichen Beteiligung und Kontrolle, stattdessen regiert das Grundstücksgeschäft und die gesetzliche Bauleitplanung verkommt zur Formalie.

Immer wieder wird von Senatsseite behauptet, sowohl die Modernisierung der Hafenanlagen in Altenwerder als auch die Infrastrukturausgaben würden im Wesentlichen durch die Grundstücksverkäufe aus dem Sondervermögen „Stadt und Hafen“ an private Investoren finanziert, die wiederum gut 5,5 Mrd. Euro in die HafenCity investieren. Diese Behauptung ist falsch. Die große Gentrifizierungsoffensive „HafenCity“ wird im Kern durch öffentliche Mittel und Kredite finanziert.

Zehn Jahre nach Beginn des Projekts, das insgesamt bis 2020/25 laufen soll, erweist sich die Fragwürdigkeit des Konzepts; es ist die Finanzialisierung im Kleinen, die wir auch bei der Finanzmarktkrise und der HSH Nordbank gesehen haben: Die Rechnung für die HafenCity als Public Private Partnership kann nicht aufgehen. Das Sondervermögen schiebt einen Schuldenberg von rund 350 Mio. Euro vor sich her. Die zwischen 1998 und 2008 angefallenen Zinsen liegen bei 112 Mio. Euro. Noch vor Abschluss des Projekts steht fest: Der öffentliche Haushalt wird einen dreistelligen Millionenbetrag zur Entschuldung übernehmen müssen. Allein für den Ausbau des Hafens in Altenwerder wurden 350 Mio. Euro aufgewandt, von denen 236 Mio. Euro aus dem Sondervermögen eingesetzt werden mussten.

Darüber hinaus werden aus Mitteln der einzelnen Fachhaushalte der Freien und Hansestadt Hamburg die Kosten für die externe Erschließung der HafenCity, für Bildungseinrichtungen, wissenschaftliche Einrichtungen, kulturelle Einrichtungen (Elbphilharmonie, Science Center, Internationales Maritimes Museum Hamburg) bestritten. Aus den spärlichen Informationen, die über Kosten und Finanzierung der HafenCity vorliegen, geht hervor, dass insgesamt ca. 1,3 Mrd. Euro öffentliche Aufwendungen privaten Investitionen in Höhe von ca. 4,5 bis 5 Mrd. Euro gegenüber stehen sollen. Die Endabrechnung wird allerdings eine ganz andere Relation ausweisen. Ein Beispiel: Die Elbphilharmonie, das neue Symbol Hamburgs und der Leuchtturm der HafenCity, ein großer Komplex aus Konzertsälen, Nobelhotel und einigen Luxusappartements, sollte die Stadt zunächst nur mit der kostenlosen Überlassung eines Grundstücks belasten. Ende 2008 hatte die Hansestadt dann schon einen Betrag von 323 Mio. Euro zusätzlich zum Grundstück aufzubringen.

Das Sondervermögen ist ein ökonomisch-finanzielles Perpetuum mobile. Der Umbau von Altenwerder und das Mega-Projekt HafenCity werden auf Pump finanziert. Und dieses Verfahren wird immer häufiger angewendet. Nach einem Sonderhaushalt zur Finanzierung der Steuerausfälle von 6 Mrd. Euro tritt jetzt die Regierungskoalition in Hamburg die Flucht in eine reine Schuldenwirtschaft an. Dem Sondervermögen Schule werden Immobilien mit einem Buchwert von 3,9 Mrd. Euro übertragen, das ist der Wert einer Immobilienfläche von 9,1 Mio. qm. Der finanzpolitische Sinn dieses Schattenhaushaltes: Das „Sondervermögen“ kann und soll weitere Kredite aufnehmen, um die Erneuerung und Erweiterung bzw. den Neubau von Schulgebäuden und Turnhallen zu finanzieren. Hier geht es um eine Investition von 4,2 Mrd. Euro.

Die schwarzgrüne Regierung kennt bei der phantasievollen Ausgestaltung ihrer Haushaltspolitik offensichtlich keine Schranken mehr, ja, die Bildung von Sondervermögen wird zum System. Schon kündigt der Senat einen weiteren Schattenhaushalt an: „Unabhängig von den Einsparbeschlüssen wurde in der Senatsklausur vereinbart, ein Sondervermögen ‚Hochschulen‘ einzurichten, um die bauliche Entwicklung Hamburger Hochschulen entscheidend voranzutreiben. Ziel ist es, dem Hochschulbau in einer eigenen Einheit Entwicklungsperspektiven zu geben. So können z.B. die Universitätsgebäude in den kommenden 10 Jahren umfassend saniert bzw. neu errichtet werden.“ Die undemokratische Inthronisierung eines neuen Hochschulpräsidenten war also nur der Auftakt für die Fortführung der Politik der Sondervermögen.

Die zusätzlichen Schulden in Höhe von 10,2 Mrd. Euro vergrößern die Schuldenlast Hamburgs erheblich. Jede/r Hamburger/in ist ohne die Neuverschuldung bereits mit öffentlichen Krediten in Höhe von 15.246 Euro belastet. Jede/r Hamburger/in trägt damit eine höhere Schuldenlast als beispielsweise die BürgerInnen in Dänemark, Schweden, Finnland oder dem Vereinigten Königreich. Es ist bemerkenswert, dass das kleine Bundesland Hamburg mit Schulden in Höhe von 25,2 Mrd. Euro (inklusive Wohnungsbaukreditanstalt) in der Vergangenheit mehr Verbindlichkeiten angehäuft hat als beispielsweise die Länder Bulgarien, Luxemburg, Malta, Rumänien, Slowakei oder Zypern.

Gestützt auf die Realisierung der Umwandlung der alten Hafenfläche nehmen jetzt die politisch führenden Kräfte die Erweiterung des Projekts nach Süden in Angriff. Die HafenCity als einer der teuersten Baugründe Deutschlands liegt nur ein paar Hundert Meter Wasserbreite von der Elbinsel Wilhelmsburg entfernt, auf der die Stadt ebenfalls Grundstücke besitzt. Hier verbirgt sich für die Stadtkasse ein weiteres finanzielles Potenzial, das mit der „Aufwertung“ der Region verbunden ist. Dies kommt natürlich auch den dortigen Haus- und Grundstückseigentümern gerade recht, die vereinzelt schon mit Mieterhöhungen von bis zu 20 % auf die geplanten bzw. absehbaren Entwicklungen in der Region reagieren.

Der schwarzgrüne Senat steht der Aufwertung und der daraus resultierenden Verdrängung in bestimmten innerstädtischen Quartieren wohlgesonnen gegenüber.

"Sprung über die Elbe"

Hinter dem lyrischen Titel verbirgt sich die Ausdehnung wirtschaftlicher Interessen auf die südlich der Elbe liegenden, zunehmend industriell genutzten Stadtteile. Nach Definition der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) beinhaltet der „Sprung über die Elbe“ die räumliche Schwerpunktsetzung des Leitbildes der

„wachsenden Stadt“. Betroffen sind die Stadtteile Wilhelmsburg und Veddel im Bezirk Hamburg-Mitte sowie der angrenzende Bezirk Harburg.

Nun soll diese - obwohl als Deutschlands größte Fluß- insel in der Elbe vis à vis zum Hamburger Rathaus gelegen - über Jahrzehnte vernachlässigte Region im Jahre 2013 Schauplatz und Standort der Internationalen Bauausstellung (IBA) sowie der Internationalen Gartenschau (IGS) werden. Zuvor, d.h. von 2007 bis 2013, wird die IBA bereits als „besonderes Instrument der Stadt- und Regionalplanung mit befristeten Sonderkonditionen“ verstanden und eingesetzt, um erkannte Probleme anzugehen und einen vorzeigbaren „Modellstadtteil“ zu schaffen. Für diese umfangreiche Aufwertungsstrategie steht ein Budget von 148 Mio. Euro zur Verfügung. Für den Zeitraum 2009 bis 2012 hat der Hamburger Senat zudem weitere 120 Mio. im Etat veranschlagt. Hinzu kommen nochmals 22 Mio. Euro für den Ausbau der Harburger Schlossinsel.

Was sich für Wilhelmsburg und die Veddel abzuzeichnen beginnt, ist anderswo längst - allemal für viele betroffene BewohnerInnen bittere - Realität. Der schwarz-grüne Senat steht der Aufwertung und der daraus resultierenden Verdrängung in bestimmten innerstädtischen Quartieren wohlgesonnen gegenüber. „Eine starre Festschreibung der jeweiligen Bevölkerungsmischung ist nicht gewollt und auch nicht möglich“, liest man in einer Antwort auf eine Große Anfrage der LINKEN (Bürgerschafts-Drucksache 19/4468 vom 24.11.2009), ebenso wie von einer „grundsätzlich gewollten Attraktivitätssteigerung“. Und, als Krönung und Affront gegen die um ihr Wohnrecht und ihren Verbleib in St. Pauli, St. Georg, im Schanzenviertel, Altona, Eimsbüttel usw. bangenden MieterInnen, dann auch noch dieses: „Gleichwohl gibt es keine Hinweise darauf, dass in diesen Vierteln aktuell ‚größere Teile der Einwohnerschaft‘ von Verdrängung bedroht wären.“

Schauen wir uns einige Daten genauer an:

- Die Neuvermietungsrenten im Hamburger Bestand frei finanzierter Wohnungen sind seit 2005 um 10%, in den vergangenen beiden Jahren alleine jeweils um durchschnittlich 3,7 % angestiegen.
- Die Mieten in den innerstädtischen Quartieren wachsen schneller. Alleine von 2005 bis September 2009 sind sie in St. Georg um 11,2%, in Ottensen und Altona-Altstadt um 12,2% und in St. Pauli sogar um 27,7 % angewachsen.
- Bei der Vergabe von städtischen Grundstücken werden spätestens seit dem Jahre 2005 private Investoren und Eigentümer bevorzugt, während an Genossenschaften, Baugemeinschaften und soziale Träger nicht einmal 10% dieser Liegenschaften gegangen sind.
- Auf (ehemals) städtischen Liegenschaften ist mit 508.300 qm Bruttogeschossfläche zwischen 2002 und 2008 nahezu drei Mal so viel Gewerberaum entstanden wie für Wohnzwecke (173.800 qm), obwohl das Ziel einer „wachsenden Stadt“ verfolgt wird und bis zu 1 Mio. qm Bürofläche z.T. schon seit langem leer stehen.
- Die Anzahl der Höchstgebotsverfahren hat zugenommen. Wohnbaugenossenschaften haben de facto keine Chance, günstigen Mietwohnraum zu errichten.
- Die Zahl der neu errichteten Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau auf (ehemaligen) Grundstücken der Freien und Hansestadt Hamburg ist von 2.058 im Jahre 1999 auf 341 im Jahr 2009 (I. bis III. Quartal) zurückgegangen.
- Die Zahl der Sozialwohnungen ist von 150.172 (2000) auf 105.873 (2009) um nahezu ein Drittel abgeschmolzen, obwohl die Bevölkerung in diesem Zeitraum um rund 70.000 Menschen angewachsen ist und die Armut sprunghaft zugenommen hat: Die Zahl der TransferleistungsempfängerInnen ist im vergangenen Jahrzehnt um ca. ein Drittel angewachsen.
- In den innerstädtischen, besonders in den vom Prozess der Gentrifizierung betroffenen Stadtteilen sinkt die Anzahl der MigrantInnen (in St. Pauli z.B. von 9.125 im Jahre 2000 auf 5.528 Ende 2008), der Kinder und Familien sowie der älteren MitbürgerInnen. Gleichzeitig nimmt hier der Anteil der Single-Haushalte zu und beträgt in St. Georg mittlerweile rund 66 %.

Der Sinneswandel, der sich in den etablierten Parteien abzuzeichnen beginnt, ist vor allem eine Reaktion auf die in den vergangenen Monaten verstärkt in Erscheinung getretene Bewegung unter dem Titel „Recht auf Stadt“. Der Aufruf „Gegen ein Unternehmen Hamburg! Für eine grundsätzlich andere – soziale und gerechte – Stadt!“ ist mittlerweile von rund 100 Stadtteilinitiativen, Vereinen und nicht zuletzt den Gewerkschaften Ver.di und GEW unterzeichnet worden. Mit den verschiedenen Aktionen macht das Netzwerk quartiersübergreifend deutlich, dass endlich eine andere Stadt(teil)entwicklung her muss, eine Politik, die die Bedürfnisse und Probleme Zehntausender MieterInnen Ernst nimmt. Dafür leisten wir als LINKE in den Quartieren und Bezirken, auf der Ebene der Bezirksversammlungen und in der Bürgerschaft unseren Beitrag.

Recht auf Stadt oder Recht aufs Auto?

Von Jens Bartels

Tritt man in Hamburg ins Freie, fällt der Blick auf Autos. Straßen und Parkplätze nehmen einen ähnlich großen Teil der Hamburger Fläche ein, wie Gebäude. Die Gebäude wiederum sind zu einem großen Teil für Autos konstruiert. Parkhäuser, Garagen, Tiefgaragen und Parkdecks werden unter hohen Kosten erstellt um Autos zu parken, während viele Obdachlose unter der Brücke schlafen müssen, weil es für sie keinen kostengünstigen Wohnraum gibt.

Für die meisten Slumbewohner in Manila würde sich wohl ein Traum erfüllen, könnten sie in solchen Gebäuden leben, die manche Einzelhausbesitzer für ihre Autos bauen. Fast in allen Wohngebieten sind die Parkplätze wesentlich größer als die Kinderspielplätze. Das Spielen auf der Fahrbahn, das noch in den 50er Jahren üblich war, ist heute aufgrund der Automobildichte nicht mehr möglich. Die Menschen können sich im Freien - als Fußgänger - keineswegs frei bewegen, denn wenn sich jemand die Freiheit nehmen würde, sich auf der Fahrbahn aufzuhalten, könnte es ihm im schlimmsten Fall das Leben kosten. In Vororten opfern die Planer, z.B. für Park- und Ride Plätze, riesige Naturflächen mit altem Baumbestand, damit Autos direkt am Bahnhof parken können. Die Innenstadt ist inzwischen so sehr vom Auto überflutet, dass dadurch auch die Bewegungsfreiheit der Autofahrer selbst beeinträchtigt ist, denn sie würden ja viel lieber mit dem Auto direkt vor das Kaufhaus fahren.

Das Auto ist auch der größte Luftverschmutzer Hamburgs. Feinstäube erzeugen eine unbekannte Anzahl von Toten aufgrund von Lungenkrankheiten. Die Freiheit zu Atmen wird eingeschränkt auf die Notwendigkeit das städtische Abgas-Luft-Gemisch zu inhalieren. Da neben den tödlichen Folgen auch die Gesundheit vieler Menschen eingeschränkt wird, weil Abgase Asthma, Pseudokrapp und Allergien fördern, beeinträchtigt das Auto auch die Lebensqualität dieser Menschen. Um Platz für Autos zu schaffen müssen die öffentlichen Verkehrsmittel weichen. Sie werden in der Regel unter die Erde verlegt, mit bis zu 10-mal höheren Baukosten, als bei einer ähnlich leistungsfähigen Straßenbahn. Dieses Geld fehlt natürlich für andere Zwecke, für Büchereien, für Schulen, für Spielplätze und anderes. Einzig die Autofahrer selbst besitzen eine gewisse Freiheit, nämlich die Freiheit ihre Neigung auf Kosten der anderen Gruppen auszuleben.

IKEA in Altona? - Umso absurder, dass im Zentrum Altonas, auf dem Gelände des ehemaligen Frappant-Kaufhauses in der Großen Bergstraße, ein IKEA-Kaufhaus geplant wird. Dies würde zu geschätzten 10.000 bis 20.000 Autofahrten täglich, durch IKEA-Kunden, führen. Hinzu kämen die Anlieferungen und die Fahrten der Angestellten, von der Parkproblematik ganz zu schweigen. Dies würde für die Anwohner Verkehrslärm von 04.00 bis 24.00 Uhr bedeuten - und das bei den winzigen Straßen in der Umgebung des Hauses. Hier soll laut bürgerlicher Politik ein Autobahnzubringer von der A7 zum Bahnhof Altona Abhilfe schaffen, der vermutlich das Verkehrschaos noch vergrößern würde⁽¹⁾. Wie man es auch dreht und wendet: Die Ansiedlung eines solchen Betriebes in einem städtisch hoch verdichteten Bereich wie Altona-Zentrum bleibt verkehrspolitisch völlig sinnfrei!

Welche Maßnahmen könnten geeignet sein, um das Recht auf Stadt für die breite Bevölkerung durchzusetzen? Ich möchte in der Folge einige Maßnahmen diskutieren.

Shared space - Hierbei handelt es sich um ein niederländisches Modell, bei dem alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt den Straßenraum benutzen, der dann keine Höhenunterschiede (Bürgersteig / Straße) und keine Ver- und Gebotsschilder mehr hat. Alle Verkehrsteilnehmer passen sich den vorhandenen Verhältnissen an, der motorisierte Individualverkehr (MIV) muss hierdurch seine Geschwindigkeit verringern, so die Theorie.

„Die Hinwendung zum Thema Shared Space muss in Hamburg trotz einer erheblichen Öffentlichkeitswirkung als ein Experiment angesehen werden, wie es in den vergangenen Jahrzehnten in der Stadtverkehrsplanung viele gab“⁽²⁾. Man kann Shared Space daher als städtebauliche Modeerscheinung bezeichnen, über die in zehn Jahren vermutlich niemand mehr sprechen wird. Darüber hinaus könnte sie die Gentrifizierung, in manchen Bereichen, u. U. sogar noch verstärken, Beispiel Lange Reihe in St. Georg, denn hier soll ein Shared Space-Bereich entstehen.

Umweltzone - Seit Anfang 2008 wurden in der BRD 40 Umweltzonen geschaffen, diese sollen vor allem die Feinstaub- und Stickoxidemissionen verringern helfen. Im Rahmen von EU-Regelungen wurden etwa strenge Grenzwerte für Feinstaub eingeführt. Umweltzonen sind ein Versuch, diesem Problem beizukommen, hierbei werden die Kfz in vier Schadstoffgruppen eingeteilt, drei davon erhalten die sogenannte Plakette (grün, gelb, rot), die vierte und schadstoffreichste Gruppe von Fahrzeugen darf nicht mehr in die Umweltzone fahren, sie erhält keine Plakette. In Hamburg wird die Einführung einer Umweltzone für 2010/2011 erwartet. Die Zonen befinden sich fast ausschließlich in den erweiterten Innenstädten und werden i.d.R. von städtebaulichen Barrieren (Parks, Eisenbahnlinien etc.) begrenzt. In Hamburg könnte diese Begrenzung etwa die Elbe und der

Ring 1 oder 2 darstellen. In Berlin, wo es bereits seit dem 01.01.2008 eine Umweltzone gibt, bildet der innere S-Bahnring die Begrenzung. Hier waren 2008 etwa 7 % des Kfz-Bestandes von der Einführung der Zone betroffen, d.h. sie erhielten keine Plakette. Das Deutsche Institut für Urbanistik schätzt, dass die Verringerung der Verkehrsleistung des MIV durch die Nicht-Erteilung der Plakette lediglich 1 % beträgt. Anfang 2010 wurde in Berlin und Hannover die zweite Stufe der Umweltzone gestartet, d.h. es dürfen nur noch Kfz mit grüner Plakette in die Zone einfahren. Konkrete Messergebnisse, was das bringt, werden voraussichtlich erst in 2011 vorliegen. Laut Umweltbundesamt kann von einer Verminderung der Schadstoffbelastung von bis zu 10 % ausgegangen werden, in der Umweltzone, nicht in der gesamten Stadt. Diese optimistische Einschätzung des UBA kann wohl in Zweifel gezogen werden, wenn man bedenkt, dass die Motoremissionen weniger als die Hälfte der verkehrlich bewirkten Feinstaubbelastungen ausmachen. Mehr als die Hälfte der Belastungen wird nämlich durch den Abrieb von Straßenbelag, Reifen, Bremsen, etc. erzeugt. Die km-Leistung des MIV wird jedoch (s.o.) kaum sinken. So wird aus der Sicht von Kommunalverwaltungen völlig zu Recht argumentiert, „ob eine Änderung der Zulassungsverordnung und strengere Regeln bei der technischen Überwachung von Kfz nicht das besser geeignete Instrument wären“.⁽³⁾

Grundsätzliches Umsteuern - Bei dem Shared-Space-Modell und bei der Umweltzone handelt es sich meiner Meinung nach um zu kurz greifende Konzepte, die keinesfalls ausreichend sind, die eingangs geschilderten Probleme zu lösen. Ähnliches gilt für die City-Maut, die hier aus Platzgründen nicht behandelt werden kann⁽⁴⁾. Einschränkungen des MIV erscheinen hingegen unumgänglich, dies kann einerseits durch zentralstaatliche Steuerung (hier auch buchstäblich Steuern) erreicht werden, andererseits hat aber auch Hamburg selbst diverse Möglichkeiten der Steuerung. Dies sind beispielsweise:

- o Schaffung und Förderung von autofreien Siedlungen.
- o Tempobegrenzung (generell Tempo 30, auf BAB 100 km/h)
- o Verkehrsbeschränkungen und -verbote in hochbelasteten oder sensiblen städtischen Gebieten (die Altstadt von Lübeck kann hier als positives Beispiel gelten).
- o Parkraumbegrenzung und -bewirtschaftung nach den Vorbildern von Amsterdam und Zürich.
- o Förderung von Car-Sharing. Hier etwa, im Gegensatz zum eben genannten Punkt, durch die Bereitstellung von Parkraum.
- o Förderung des Fahrradverkehrs durch Fahrradstreifen, nicht Fahrradwegen. Erstere haben die Vorteile, dass sie billiger sind als Fahrradwege, außerdem behindern sie tendenziell den MIV, da sie die Breite der Fahrbahn für Autos verringern !
- o Verhinderung von Wahnsinnsprojekten wie Ikea in Altona.

Die Förderung des ÖPNV wird in diesem Zusammenhang seit alters her immer wieder gern genannt, was aber nichts an der Richtigkeit dieser Forderung ändert. So ist in HH die Forderung nach einer Stadtbahn (sprich Straßenbahn) eben nicht nur ein Leuchtturmprojekt der GAL, sondern auch ein zukunftsweisendes Konzept, da sie maximal 10 % der Kosten einer U-Bahn-Linie verursacht, gleichzeitig mindestens doppelt so viele Menschen befördern kann wie eine Bus-Linie und außerdem optimalen Fahrkomfort (Barrierefreiheit!) und hohe Betriebssicherheit bietet⁽⁵⁾.

Wie auch immer, es bleibt viel zu tun, um das Recht auf Stadt auch für diejenigen zu sichern, die nicht mit einem SUV (sport utility vehicle) die Straßen unsicher machen.

(1) www.kein-ikea-in-altona.de, „Verkehrschaos“, Eingriff am 09.01.2010

(2) Grischa Bertram und Uwe Altmann: Renaissance der Stadt, Kurzstudie für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2009, S.25

(3) Michael Lehmbrock und Cornelia Rösler: Umweltzonen als Instrument der Luftreinhaltung, S. 13 - 25 hier speziell S. 22 in Tilman Bracher, Michael Lehmbrock (Hrsg.): Steuerung des städtischen Kfz-Verkehrs, Deutsches Institut für Urbanistik, Difu-Impulse, Berlin 2008

(4) VCD-Position: City-Maut, Berlin 12/2008

(5) Winfried Wolf: Verkehr.Umwelt.Klima, Wien 2007, S. 379f

Jens Bartels ist ein Sprecher der AG Umwelt, Energie und Verkehr



Beschäftigungspolitik und Stadtentwicklung

Rainer Volkmann

1. Auf Antrag der „AG 50000 korrekte Jobs“ hat der Landesparteitag beschlossen, am 24. April eine arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Konferenz durchführen.

2. Die Konferenz wird u.a. „Möglichkeiten und Grenzen regionaler Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik“, klären wollen. Daher vorweg zur Präzisierung: Mit „Arbeitsmarktpolitik“ werden politische Aktivitäten bezeichnet, die unmittelbar am Arbeitsmarkt ansetzen. Dies ist aber auch die Ansatzebene des Neoliberalismus, dessen „Löhne-runter“-Ruf allseits bekannt ist. Sein „empirisches“ und theoretisches Scheitern beruht ja darauf, dass Arbeitsmarktpolitik allein zu kurz greift, um Produktion und Reproduktion einer Volkswirtschaft zu „sanieren“. Gleichwohl ist Arbeitsmarktpolitik das Feld, Qualifikation zu besorgen, armutsbringende Entlohnung zu korrigieren und Diskriminierung zu bekämpfen. Nur: Zusätzliche Arbeitsplätze sind allenfalls marginal zu erwarten; dies ist nicht primär Gegenstand der Arbeitsmarktpolitik, sondern eben der Beschäftigungspolitik. Diese besteht darin, die Güternachfrage und damit zusätzliche Produktion zu initiieren, zu deren Erstellung zusätzliche wertschöpfende Arbeitsplätze notwendig sind.

3. Für unsere sozialorientierte Politik kommt es darauf an, wie wir die Arbeitslosigkeit verursacht sehen: Wenn sie Folge von Krisen ist, muss an den Ursachen angesetzt werden - und die sind nicht am Arbeitsmarkt und bei den Arbeitslosen selbst zu finden (das ist die neoliberale Schuldzuweisung), sondern in den Funktionsdefiziten der Gütermärkte durch unzureichende Nachfrage (private und staatliche) und „falscher“ Einkommensverteilung. Aber bereits bei den Stichworten „Armut“ und „gespaltene Stadt“ müssen wir klären: Wird dies quasi „automatisch“ überwunden, wenn expansive Maßnahmen zur Stadtentwicklung, die von uns vorgeschlagen werden, über Komplementäreffekte das Entwicklungsgefälle unterschiedlicher Stadtteile und dort Wohnender abbauen oder besorgen gerade diese Maßnahmen die Ausbildung von Wachstums-, Entleerungs- und Schrumpfungsbereichen in der Stadt? Gefragt ist also nach Ursachen und Verlauf räumlicher Differenzierungsprozesse, ihrer Folgen usw. Ein hier nicht möglicher Verweis auf umfangreiche Forschung zu diesen Fragen möge die Dimension unserer Problemstellung andeuten.

4. Damit wird das gesamte Vorhaben komplizierter: Es ist möglichst ursachenadäquat und mit regionalen Bezügen vorzugehen. Ersteres Kriterium würde bei den recht spielerisch gehandhabten Kapitalismus“konzepten“ (Finanz-, finanzmarktgetriebener, Casino-, usw.) wohl nochmals erinnern müssen, dass wir vor Ort es mit dem „normalen“ Kapitalismus zu tun haben. Weder können die finanzmarkttreibenden Elemente schon in Hamburg eingefroren werden, noch hat sich das kapitalistische Grundkalkül geändert: Wenn aus Umverteilung, Umstellung auf kapitalgedeckte Altersversorgung (was in den USA z.B. der Immobilienerwerb bringen sollte) und Haushaltskonsolidierung riesige Ersparnisse - dazu gehören statistisch auch die einbehaltenen Gewinne - weltweit zur Anlage stehen, entscheiden Renditevergleiche über Finanz- oder Realanlage. So hatten bereits 1975 (!) deutsche Kapitalgesellschaften ihre Vermögensbildung hälftig in Sach- und Fondsanlagen aufgeteilt (Bundesbank: Finanzierungs- und Vermögensbildung der Unternehmen). Wir werden in der Stadtentwicklung also nicht herum kommen, renditelohnende Aktivitätsfelder beispielsweise für die lokale Ökonomie zu entwerfen. So haben wir auch in unserem Papier zu den 50.000 Jobs das örtliche Klein- und Handwerksgewerbe hofieren müssen mit Aufträgen.

5. Bei politischen Forderungen, bei Finanzierungsfragen spielt häufig die Vermittelbarkeit eine entscheidende Rolle. Zu fragen ist aber: Ist also der Adressat der Forderung womöglich überfordert - oder soll dieses Argument die unzulänglichen Vermittlungsfähigkeiten des Agierenden schützen? Trifft letzteres zu, ist der Agierende um Aufbesserung seiner qualifikatorischen Vermittlungsfähigkeiten aufgefordert. Daher ist auf der Konferenz die Einheit von politischer und fachlich abgesicherter Forderung anzustreben.

6. Mit Letzterem hängt zusammen: Auch aufgrund finanzwirtschaftlicher Grenzen der betrachteten Region Hamburg werden wir entweder hierin gewisse Grenzen unserer Gestaltungsvorschläge akzeptieren müssen, oder wir werden sensibler für die Berücksichtigung indirekter und induzierter Folgen unserer Forderungen. Da sind Andere schon weiter: Die Theorien der innovationsorientierten Regionalökonomik (Stichworte „industrieller Distrikt“, „Cluster“, „innovatives Milieu“, „Lernende Regionen“, Netzwerke“, „neue ökonomische Geografie“), oft bei verspielten Wortschöpfungen zu ertappen, lehren zumindest, das endogene Potential zu nutzen, zu fördern und zu koordinieren. Da sie über das Wirtschaftliche hinaus auch sozio-kulturelle Komponenten

haben, sind sie offen für eine Nutzung durch uns, eben auch die wirtschaftlichen Ineffizienzen von Armut, Diskriminierung und Entwicklungsbrüche durch Inhomogenität der „gespaltenen Stadt“ zu berücksichtigen. Unverhofft kann damit die Gesamtheit der Hamburger Bevölkerung in ihrer ethnischen, geschlechterspezifischen Heterogenität berücksichtigt werden, denn allen diesen Konzepten ist eins gemein: Sie kritisieren die im Neoliberalismus unterstellten Prämissen von vollkommener Konkurrenz, Rationalität der Handelnden etc. Dies ist zunächst nicht leicht handhabbar, könnte aber gegebenenfalls weiter führen.

7. Was damit auch angesprochen ist, habe ich vor kurzem in einem Papier in der AG „Wirtschaft, Finanzen, Haushalt“ (dort im Netz nachzulesen) zu Haushaltsumschichtungen fest gehalten: Das Finanzierungsinstrument der Haushaltsumschichtung sollte seriöserweise auch berücksichtigen, welche Abzugs- und damit Arbeitsplatzverluste sich bei Umschichtungen zwingend ergeben, da hiermit immer auch Streichungen verbunden sind. Ein fachlicher Anspruch verlangt das; die Überzeugungskraft der eigenen Argumente gewinnt dadurch.

8. Die Konferenz wird auch „Wachstum“ mittels höherer Beschäftigung thematisieren. Also: Stadtentwicklung bei gegebenem Wachstum - oder Stadtentwicklung als Quelle für qualitatives Wachstum? Errechnet man den sog. Korrelationskoeffizienten der Wachstumsraten Hamburgs und der Bundesrepublik, kommt ein Zahlenwert von rd. 0,95-0,98 (je nach Rechnung) heraus. Interpretiert heißt das in der richtigen Reihenfolge (sonst umgekehrt): Die Wachstumsrate Hamburgs wird fast „zur Gänze“ durch die Wachstumsrate des übergeordneten Nationalstaates „erklärt“. So wie es dann unzutreffend wäre, normalerweise eine wesentlich andere Wachstumsrate Hamburgs als für den Bund zu prognostizieren, wird auch zu überlegen sein, ob unsere Konzepte aus der Konferenz eine systematisch andere Wachstumsrate für Hamburg ermöglichen könnten.

9. Über vielen Überlegungen zur aktiven Stadtentwicklung liegt möglicherweise ein Dilemma: Verfolgt man teilweise die fachliche Diskussion um Metropolen, Großstadtentwicklung, Stadtregionen etc, finden sich viele sprachliche Versuche des Einfangens dessen, um was es geht. Da ist von „Multifunktionalität“, „Großstadt als Ort höchster nationaler und internationaler politischer, ökonomischer und vor allem kultureller Zentralität“, „höchst variantenreicher, ausdifferenzierter öffentliche Räume“ usw. die Rede. Man muss sich Solches nicht aneignen; es sind halt Umschreibungen von hoher Heterogenität der anzutreffenden Kultur, Architektur, Beschäftigungsfeldern, sozialen Lebenslagen, Netzwerken und vieles mehr. Dies mag wohl auch die „Attraktivität“ der Großstadt, von Stadtteilen im Vergleich zum Land und Landleben ausmachen, ohne dass dies quantifizierbar ist. Aber diese Heterogenität darf nicht zur Rechtfertigung von folglich unterschiedlichen Lebenschancen werden; sondern da ist unstrittig, möglichst gleiche Teilhabe aller in Hamburg lebender Menschen zu erkämpfen. Ich habe aus dem Wahlkampf „damals“ zur Hamburger Bürgerschaft (konkret in Altona) von Genossen und Genossinnen aber auch die Sorge vernommen, dass unser Wahlprogramm ein Bild von Hamburg vermittelt, das insofern nicht vollständig ist, als es Erfahrungen vieler heute und die prognostizierten Veröffentlichungen über die zukünftige Entwicklung teilweise nicht erfasst. So wäre auch denkbar, im Rahmen der Konferenz zu reflektieren, welche Stadtentwicklung „wir“ als Linke wünschen, umgekehrt aber auch, was auch die Attraktivität des gegenwärtigen Hamburgs ausmacht. Das ist sicherlich auch eine haushaltspolitische Frage, aber ebenso die Frage nach Erklärung, Lebensweise und Umgang mit Heterogenität der Lebensstile, Einkommens- und Berufsperspektiven.

Rainer Volkmann ist Sprecher der LAG Wirtschaft, Haushalt, Finanzen

Programmdebatte

Die Debatte über das künftige Grundsatzprogramm der LINKEN intensiviert sich, auch in Hamburg. Die auf Bundesebene gewählte Programmkommission hat jetzt einen ersten Entwurf fertig gestellt, der ab März in mehreren überregionalen Veranstaltungen zur Diskussion gestellt werden wird. 2011 wird der Bundesparteitag dann das neue Programm verabschieden. Die bisher vorliegenden Thesen und Wortmeldungen zur Programmdebatte sind zu finden unter:

<http://die-linke.de/partei/weitere.strukturen/berufene-gremien/programmkommission/wortmeldungen>

Auf Landesebene arbeitet ein offener Programm-Arbeitskreis, koordiniert von Zaman Masudi, Uli Ludwig, Wolf von Matzenau, Kris Glaser und Horst Bethge, dessen jüngste Beratungen sich mit der Krisenanalyse Elmar Altvaters und Oskar Lafontaines Rede zur Parteistrategie vom 19.1.2010 befasste. Auch in drei Ortsverbänden und zwei Bezirksmitgliederversammlungen gab es bereits Diskussionen dazu. Wer sich beteiligen oder über künftige Diskussionen in den Orts- und Bezirksverbänden informiert werden möchte, kann eine Mail an ak-programm@lists.die-linke-hh.de schicken - oder einfach zum AK-Treffen kommen, das immer am 2. Dienstag im Monat stattfindet. Wer sich inhaltlich beteiligen möchte, schreibe an: koo-ak-programm@die-linke-hh.de. Die in Hamburg erarbeiteten Papiere und AK-Protokolle sind demnächst auf der Website des Landesverbandes zu finden.

Recht auf Stadt - auch für Kinder

Erste Thesen zur Debatte über die Situation der Kinder in der Stadt

von Ronald Prieß

Bis jetzt kreist die Diskussion um das Recht auf Stadt im Wesentlichen um die Frage der Entwicklung der „Kreativwirtschaft“ und darin eingebettet um die städtebauliche Entwicklung Hamburgs. Dabei wird vor allem das Auseinanderfallen von Stadtteilen ins Visier genommen. Die einen werden aufgewertet und es wird, so die Argumentation, ein Prozess der Vertreibung in Gang gesetzt. Die anderen Stadtteile werden abgehängt und verarmen immer weiter. Dem Senat wird vorgeworfen, den sozialen Wohnungsbau zu vernachlässigen, nach dem Höchstgebot Grundstücke zu verschleudern und einseitig auf Leuchtturmprojekte zu setzen. Im Dokument des Aufscheis der Gruppe „Not in our name“ wird die von mir skizzierte Beschreibung in folgenden Sätzen zusammen gefasst. „Wir sagen: Eine Stadt ist keine Marke. Eine Stadt ist auch kein Unternehmen. Eine Stadt ist ein Gemeinwesen. Wir stellen die soziale Frage, die in den Städten auch eine Frage von Territorialkämpfen ist.“⁽¹⁾ Damit ist ein Ausgangspunkt beschrieben, von dem weitere genauere Untersuchungen und Positionsbeschreibungen vorgenommen werden können und müssen, um zu einer wirklichen Bewegung Aller zu kommen, die ihre Stadt nicht als Unternehmen geführt wissen wollen, die sich das Recht nehmen, in dieser Stadt soziale Orte zu besetzen, um sich so Lebensmöglichkeiten zu eröffnen. Dabei geht es nicht nur um Wohnen und Einkommen, sondern auch um den Zugang zu Ressourcen wie der frühkindlichen Bildung.

Zu dieser Debatte möchte ich einen Beitrag leisten und zwar einen aus Sicht der Situation der Familien mit Kindern und den Beschäftigten in den Kindertagesstätten. Dieser Beitrag kann nur ein weiterer Mosaikstein sein. Es wird vor allem darauf ankommen, ob es gelingt, ein gemeinsames Bündnis mit den Akteuren aus den „abgehängten Stadtteilen“, den sozialen Brennpunkten dieser Stadt, zu schmieden. Die Einbeziehung der Kindertagesstätten kann dabei helfen, einen Zugang in diese Stadtviertel schaffen

Der Ausgangspunkt: Das Leitbild der dynamischen Stadt

In der Vergangenheit hat es von Seiten des Senates eine deutliche Konfrontationsstrategie bezogen auf die „abgehängten Stadtviertel“ gegeben. Beispiele hierfür: Der soziale Wohnungsbau wurde auf fast Null heruntergefahren. Die sozialen Einrichtungen in den abgehängten Vierteln wurden massiv beschnitten (z.B. Kürzungen 2002). Im Jahre 2004 wurden massive Kürzungen im Kitahaushalt vollzogen. Dabei hervorstechend auch die Haltung gegenüber den Migranten in der Stadt. Im Rahmen der Privatisierung der Kindertagesstätten zum Beispiel verloren tausende von Migranten und Arbeitslosen auf Grund der Änderung der Bewilligungskriterien für die Vergabe von Kitaplätzen ihren Anspruch auf Betreuung. Das vom Senat vertretene Leitbild der „dynamischen Stadt“ soll zwar „für alle Bürgerinnen und Bürger eine hohe Lebensqualität bieten“⁽²⁾, aber die Realität sah und sieht anders aus. Der Senat betrieb in verschärfter Form in den Jahren von 2001-2008 und in etwas abgeschwächter Form als schwarz-grüne Koalition eine Politik der sozialen Spaltung. Die Politik des jetzigen Senates entspricht dabei nicht einmal den Vorgaben, die Richard Florida in seinen Schriften beschreibt, obwohl zumindest die GAL mit ihrem Leitbild „Kreative Stadt“ sich inhaltlich auf ihn bezieht.⁽³⁾ So erläutert Richard Florida, dass Städte, denen es nicht gelingt, eine ausgeprägte Schwulen- und Einwanderungskultur zu etablieren, dazu verdammt seien, zu Verlierern im globalem Wettlauf um ökonomische Entwicklung zu werden. In einem Interview mit der Welt am Sonntag vom 14.7.2002 erklärt er: „Beides sind Indikatoren dafür, dass eine Stadt das richtige Ökosystem für Kreativität bietet. Schwule und Bohemiens treiben nicht unbedingt selbst die Wirtschaft voran. Aber wo sie sind, finden sich Innovation und wirtschaftliches Wachstum. In den USA zum Beispiel in San Francisco und New York.“ Dabei ist allerdings auch festzustellen, dass Ole von Beust oder auch die GAL durchaus die Gefahren sehen, die sich aus ihrer Sicht als Folge der eigenen Politik in den abgehängten Stadtteilen entwickeln können. Stellvertretend dafür ist eine Äußerung des Bürgermeisters aus einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 7.1.2010. Auf die Frage nach dem Scheitern der Schulreform gibt Ole von Beust zu Protokoll: „Wir machen die Reform ja nicht zum Spaß, sondern weil es zu viele Schulabbrecher gibt, weil wir viel zu wenige Kinder haben, die nicht aus Akademikerkreisen stammen und studieren, und weil wir zu wenig qualifizierte Jugendliche haben, die später dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Wir kriegen ein gesellschaftliches Problem, wenn tausende Jugendliche chancenlos sind. Das kann zu einem Sprengstoff werden wie in den Banlieues in Frankreich.“⁽⁴⁾ Auch die GAL versucht zu reagieren. Sie hat in der Tradition ihres Leitbildes „Kreative Stadt“ eine Studie „Kreative Milieus und offene Räume in Hamburg“ in Auftrag gegeben, um auf die aufgetretenen Probleme zu reagieren.⁽⁵⁾ Die in Auftrag gegebene Studie zielt auf die Spaltung der Bewegung Recht auf Stadt. Die „Kreativen“ sollen in Teilen befriedet werden, indem man ihnen Angebote macht, während Ole von Beust für die Primarschule kämpft, um die katastrophalen Ergebnisse im Bereich der Bildung zu verbessern. In Hamburg verlassen rund 30% der Schulabgänger die Schulen ohne Chance auf irgend eine Perspektive. Sie landen in Warteschleifen und leben bestenfalls von Hartz 4. Ohne die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen in Bildung von Anfang an wird dies nicht gelingen. Das gilt nicht nur für die

Primarschulreform, sondern auch für die Idee „Horte an Primarschulen“ zu installieren. Hier plant der Senat, wie in Berlin den Zugang zu den Horten zum Rechtsanspruch auszubauen. Dadurch sollen anstatt jetzt 25% demnächst rund 40% der Kinder eines Jahrgangs bei gleichem Haushaltsmitteleinsatz betreut werden. Die Idee ist unter diesen Voraussetzungen nicht nur für die Beschäftigten, die den Ausbau des Systems wieder einmal mit Personalstandardabsenkungen bezahlen sollen, unannehmbar, sondern sie wird die Kostenentwicklung in den nachgelagerten Sozialsystemen nicht stoppen, denn es handelt sich um eine ausschließliche Aufbewahrung der Schulkinder. Zwar hat der Senat die Reform auf 2013 verschoben, aber unter der Hand werden Träger gesucht, die zu diesen Bedingungen „Horte an Primarschulen“ aufbauen wollen. Bei der Gebührenpolitik für die Horte an Primarschulen hat der Senat sich überlegt, einen weiteren Einstieg in die Politik der Kopfpauschalen zu starten. Jetzt soll es nicht nur beim Essen Pauschalen geben, sondern auch für die Ferien und für Zeiten vor 8 Uhr und nach 16 Uhr. Die prekär Beschäftigten, die Schichtarbeiter, die Erzieherinnen oder Verkäuferinnen sollen die Entlastung der übrigen Eltern bei den Elternbeiträgen finanzieren. Auch die vorgeschlagenen Kürzungen im Kitabereich zeigen, wie begrenzt das Denken und die Handlungsoptionen des Senates sind.⁽⁶⁾

Über den Zusammenhang von Wirtschaftspolitik und Sozialstruktur

Die jetzt Jahrzehnte währende neoliberale Wirtschaftspolitik hat auch in der BRD tief greifende Umbrüche in der Sozialstruktur mit sich gebracht. Deregulierung der Arbeitsmärkte haben Arbeitsplätze in großem Maßstab flexibilisiert und einen Niedriglohnsektor geschaffen. Hier waren die Hartzreformen ein wesentliches Element der staatlichen Maßnahmen zur Unterstützung dieser Entwicklung.

War in den ersten Jahrzehnten der Existenz der BRD noch der 8-Stunden-Männerarbeitstag vorherrschend, der den Frauen ihren Platz in der Haus- und Erziehungsarbeit zuwies, entwickelte sich in der BRD in den folgenden Jahrzehnten eine ganz neue Sozialstruktur. Es kam zu einer Auflösung der Alleinernährer-Familie als Gesellschaftsmodell. Diese Auflösung ist begleitet von steigender Berufstätigkeit von Frauen im Allgemeinen und von gut ausgebildeten Frauen im Besonderen. Vor allem in den großen Städten führte dies zu neuen Sozialstrukturen. Steigende Zahlen vor allem von allein erziehenden Frauen waren eine Folge, aber auch eine zunehmende Ökonomisierung der Haus- und Erziehungsarbeit. Angestoßen durch die Kritik der Sozialbewegungen der 70iger und 80iger Jahre – unter anderem durch die Kinderladenbewegung – kam es zu einem radikalen Wandel des Alltags bei den Kindern. Noch in den 60er und 70er Jahren war die Kindertagesstätte eher die Ausnahme, wenn es um den Alltag der Kinder ging. Kinder spielten auf der Straße, trafen sich im Viertel auf Spielplätzen oder im Wald und auf wildem Gelände. Einen ersten Einschnitt in dieser Entwicklung brachte die Diskussion um das Recht auf einen Kindergartenplatz in den 80/90er Jahren. Dies war auch eine Folge des zunehmenden ökonomischen Existenzdrucks, der auf den Familien lastete. Die Arbeit von Frauen war eben nicht nur gewählte Selbstverwirklichung, sondern in vielen Fällen auch ökonomischer Zwang, um sich und die Kinder oder auch die Familie (mit)ernähren zu können. Diese Diskussion führte zu einem zusätzlichem Bau von Kindertagesstätten - erstmal nur in den Städten, später auch auf dem Lande. Heute ist die überwiegende Zahl der 3-6jährigen Kinder in Kindertagesstätten untergebracht. Seit rund fünf Jahren vollzieht sich der gleiche Vorgang auch bei den bis zu dreijährigen Krippenkindern. Die Entwicklung der Krippen ist eng mit dem Namen der ehemali-gen Familienministerin von der Leyen verbunden. Parallel dazu entwickelte sich eine Diskussion um die Kitas als Bildungseinrichtungen. Die Erziehungsarbeit, die bis in 70er und auch noch in die 80er Jahre hinein die Frauen in den Familien umsonst machten, wurde zunehmend zur Lohnarbeit gemacht. Der steigende Bedarf an Erzieherinnen entsprach dieser Entwicklung, die parallel zunehmend mit einer Debatte um früh kindlichen Bildung verknüpft wurde. Die gleiche Entwicklung vollzog sich bei der Hausarbeit. Im Zuge der zunehmenden Berufstätigkeit - vor allem bei gut qualifizierten weiblichen Arbeitskräften - wurde auch die Hausarbeit in diesen Haushalten ökonomisiert. Hier arbeiten vor allem (illegale) Migrantinnen oder Au-Pair-Mädchen. Dieser Prozess wird jetzt auch zunehmend von Soziologen in den Fokus genommen. So schreibt der Soziologe Wolfgang Streeck vom Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung in Köln: „Die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse ist eng verzahnt mit der Flexibilisierung der sozialen Verhältnisse, also der Auflösung der Alleinernährer-Familie als Gesellschaftsmodell“⁽⁷⁾.

Für die Kinder bedeutete diese Entwicklung, dass sie aus dem Stadtbild verdrängt wurden. Der Individualverkehr hatte einfach Vorrang. Es wurden für die Kinder Räume (Spielplätze) bestimmt, an denen sie sich aufhalten durften. Dabei galt und gilt das Prinzip: Die Familie, die mehr Geld hat, kann mehr Räume besetzen als derjenige, der weniger Geld hat. Anders ausgedrückt: Ein Großteil der Aktivitäten in Clubs oder in Kursen ist an Mitgliedsbeiträge oder Gebühren gebunden. Für die von Armut betroffenen Familien blieben eigentlich nur noch die Angebote der offenen Jugendarbeit oder die öffentlichen Bücherhallen, deren Angebote immer weiter gekürzt wurden. Hier muss gegengesteuert werden. Kinder und Jugendliche müssen zum Beispiel, wenn es in ihrem Interesse ist, in (Sport)vereinen unterkommen können und zwar generell umsonst.

Die von mir beschriebene Entwicklung ist aus meiner Sicht tief greifend, erfasst alle gesellschaftlichen Strukturen und erfordert neue Antworten. Sie ist nicht mehr umkehrbar, wie manche Kirchenpolitiker glauben machen wollen. Sie erfasst alle gesellschaftlichen Strukturen. Die Veränderungen beim Ladenschlussgesetz sind hier genauso einzuordnen wie die weiteren Entwicklungen im Bereich von Bildung. So beschreibt Streeck die Geburtenentwicklung als eine direkte Folge dieser gesellschaftlichen und ökonomischen Parallelenentwicklung. Arbeit rund um die Uhr erfordert voll flexibilisierte Reproduktionsbedingungen für die Ware Arbeitskraft.

Diese Entwicklung ist nicht am Ende, sondern gerade in vollem Gange. Am Ende dieser Entwicklung stehen voraussichtlich Kindertagesstätten, in denen rund um die Uhr gearbeitet wird oder Kinderhotels für die Rundumbetreuung am Wochenende und ähnliches mehr. Der Zerfall der fordistischen Kleinfamilie ist nicht mehr aufzuhalten. Die ökonomische Entwicklung unserer Gesellschaft zerstört dabei nicht nur die herkömmlichen Kleinfamilienstrukturen, sondern auch Nachbarschaftsstrukturen und soziale Milieus. Für die Partei DIE LINKE ist die Frage, was kommt danach. Dazu mehr an anderer Stelle.

Der „Mythos“ vom schlanken Staat

Ein weitere interessante Entwicklung vollzieht sich in diesem Zusammenhang in Bezug auf den Staat. Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, insbesondere der Arbeitszeiten, und die daraus resultierenden Veränderungen der Sozialstrukturen sorgten an dieser Stelle nicht etwa für einen „schlanken Staat“, wie er von Förderern der Deregulierung immer wieder gerne propagiert wird, sondern es wurden der staatlichen Verwaltung neue Aufgaben und auch Kosten zugewiesen. Der Ausbau der Kindertagesstätten muss(te) finanziert werden. Aber auch steigende Kosten, die der Zerfall der gesellschaftlichen Strukturen mit sich bringt, müssen erbracht und finanziert werden. Auswirkungen wie zunehmende Armut in den Familien oder eben die gewollte Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse erfordern mehr staatlichen Einsatz.⁽⁸⁾ Ein großer Teil der Kinder lebt in Hartz 4 Familien. Arbeit rund um die Uhr führt zu gigantischen gesellschaftlichen Entfremdungsprozessen. Selbsterstörungsprozesse und zunehmende Gewalt in den Familien prägen das Bild unserer Gesellschaft. Viele Frauen machen da nicht mehr mit und leben lieber allein als mit einem schlagenden Partner.

Bildung und Recht auf Stadt

Der Staat hat auf diese Entwicklung mit dem Mittel der Privatisierung von Bildung reagiert. Im Bereich der Kitas, also der frühkindlichen Bildung, hat das Bundesland Hamburg sich als Vorreiter betätigt. Der Hamburger Senat hat im Jahre 2003 ein Kitagutscheinsystem geschaffen, welches die gesamte Landschaft der Kindertagesheime privatisiert hat. Die Stadt hat sämtliche Leistungen in Gebäude-, Personal- und Sachkosten pauschaliert. Die ehemals staatliche Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten wurde in eine gemeinnützige GmbH umgewandelt. Alle Kitas erhalten einheitliche Pauschalen, mit denen sie auskommen müssen. Damit hat die Stadt Hamburg diesen Markt genau wie den Gesundheitsbereich prinzipiell auch für Konzerne geöffnet. Dass dies bisher noch nicht erfolgt ist, liegt an der Größe des Marktes. Die Frage des Einstiegs von Konzernen in diesem Bereich wird dann interessant, wenn andere Bundesländer das Gutscheinsystem übernehmen. Zur Zeit ist der Markt noch zu klein für die „Big Player“⁽⁹⁾. Der Zugang zu den Plätzen in den Kindertagesstätten wird in Hamburg über „Bewilligungskriterien“ geregelt, die ausschließlich an Arbeit gekoppelt sind. Das bedeutet, dass Kinder von Arbeitslosen und Migranten, bei denen oft aus verschiedenen Gründen ein Elternteil ohne Arbeit ist, in der Regel außerhalb eines Rechtsanspruchs von 5 Stunden für ihre 3-6-jährigen Kinder keinen Platz bekommen können. Der Zugang zur Ressource Kita ist dabei so streng geregelt, dass selbst die Anzahl der Stunden, die von Eltern gearbeitet werden, Einfluss auf die Anzahl der bewilligten Stunden in der Kita haben. Prekär Beschäftigte erhalten also weniger Stunden als Vollzeit Beschäftigte. Wenn das Arbeitsverhältnis wechselt, wechselt auch das Betreuungsverhältnis des Kindes. Pädagogische Überlegungen spielen überhaupt keine Rolle in diesem System. Allerdings können Leistungen zugekauft werden. Das bedeutet, dass die frühkindliche Bildung nach dem Prinzip des Einkommens geregelt wird. Menschen mit mehr Einkommen erhalten bessere Bildungschancen als Menschen mit geringerem Einkommen. Dazu hat der Senat auch noch begonnen wie im Gesundheitsbereich beim Essen Kopfpauschalen in den Kindertagesstätten einzuführen. Jede Familie zahlt den gleichen Betrag. Vermögende Haushalte erleben diese Regelung als Subventionierung, für die Armen ist dies in vielen Fällen sogar ein Grund, das Kind abzumelden. Da alle Gutscheine den gleichen Personalwochenstundenwert haben, spielt es keine Rolle, ob ein Kind auf Grund von spezifischen Problemen zusätzlicher Betreuung bedarf oder nicht. Das führt dazu, dass Kindertageseinrichtungen in sozialen Brennpunkten bei gleicher Auslastung kaum noch ihrem pädagogischen Auftrag nachkommen können, während in gut situierten Stadtvierteln das System blendend funktioniert. Allein bei Kindern mit Behinderungen gibt es festgelegte Zuschläge. Die Diskussion in Hamburg um das Kitagutscheinsystem ist deshalb so bedeutend, weil hier ein Feld des Kampfes um wesentliche Einkommens- und Zugangsressourcen stattfand und -findet. Die Erhöhung des Essengeldes in den Kitas ist eine weitere Verschärfung der Gangart in diese Richtung. Das Ergebnis auf Seiten der Beschäftigten: Extrem prekäre Beschäftigungsverhältnisse⁽¹⁰⁾ und immer niedrigere Einkommen bei - vor allem in den sozialen Brennpunkten - weiter verdichteter Arbeit. Dies ist der Hintergrund, auf dem nach dem DGB-Index „Gute Arbeit“ nur 26% aller Erzieherinnen erwarten, gesund die Rente zu erreichen. Auf Seiten der Kinder bedeutet es oft den Verlust verlässlicher Beziehungen zu Kindern und Pädagoginnen. Der Platz und die Zeit, die sie in der Kita verbringen, hängt von der Arbeit ihrer Eltern ab. Hier gibt es nur eine Richtung für DIE LINKE: Es muss Ganztagesplätze in den Kitas geben. Das Kitasystem in Hamburg muss so umgestaltet werden, dass wieder Tariflöhne gezahlt werden und die neoliberalen Privatisierung beseitigt wird. Frühkindliche Bildung ist eine Ressource, zu der alle den gleichen Zugang haben müssen. Es ist ein Recht für jedes Kind, denn die Kita ist in der jetzigen gesellschaftlichen Situation der soziale Ort, an dem Kinder leben (müssen).

In Berlin, wo es seit dem Jahre 2006 auch ein Gutscheinsystem gibt, existiert unter Rot-Rot ein ähnliches

System. Dabei handelt es sich um eine leicht verbesserte Version des Hamburger Modells. Dort gibt es generelle Zuschläge für erhöhten bzw. wesentlich erhöhten Förderbedarf oder für Sprachförderung. Die Bewilligungskriterien sind nicht so streng auf Arbeit ausgelegt. Es wird nur einmal ein Antrag auf Förderung gestellt. Der Umfang der Förderung wird danach nur noch auf Wunsch der Antrag stellenden Elternteile verändert. Außerdem wurde im Herbst vergangenen Jahres beschlossen, den Rechtsanspruch für 2jährige Kinder von Migranten auf 5-7 Stunden zu erhöhen. Diese Regelung soll parallel auch für die 3-6jährigen Kinder gelten.⁽¹¹⁾

Grundstücksbewertung und Kitas

Ein weiteres Problem der Bewertung der Stadt als Unternehmen ist im Kindertagesheimbereich der Bau von Kitas. In den letzten zwei Jahren sind alleine mir über 20 Kindergärten bekannt geworden, in denen der (Aus) Bau von Kindertagesstätten - vor allem in den Vierteln der Vermögenden - be- oder verhindert wurden. Die wesentlichen Begründungen sind: Der Bau und vor allem der Betrieb von Kitas sorgt für zu viel Lärm und/oder Verkehrsaufkommen. Die nachbarlichen Grundstückswerte werden gemindert. Die Kita passe nicht ins Wohngebiet. Die Verhinderung von Aus- und Neubauten trifft alle Träger der Kita-Landschaft, wie eine Liste des Senates belegt, die auf eine Schriftlichen Kleinen Anfrage der SPD Abgeordneten Carola Veit zurückgeht. Die Debatte um den Ausbau von Kindertagesstätten in Hamburg zeigt den erreichten Zustand neoliberaler Stadtentwicklung in besonders grellem Licht. Hier wird von einer kleinen radikalen Minderheit eiskalte Interessenpolitik vollzogen. Der Senat zeigt sich bis heute unfähig, eine Verordnung zu schaffen, die Kindergärten auch an der Alster oder in den Elbvororten möglich machen. Die Bewertung von Grundstücken steht vor dem Recht auf Bildung. Die gleichen bzw. ähnlichen Argumente finden sich aber auch zunehmend beim Bau von Altenheimen wieder. Dies zeigt, wie weit der Zerfall gesellschaftlicher Strukturen schon voran geschritten ist. Dass der jetzige Senat sich so schwer tut, hier eine neue Richtlinie zum Bau von Kitas durchzusetzen, zeigt, wie sehr der Senat die Stadt als Unternehmen sieht und insgeheim mit den Anliegen der Anwohner sympathisiert.

Ausblick

Gegen diese Entwicklung muss die Partei DIE LINKE Stellung beziehen. Recht auf Stadt bedeutet für alle Kinder das Recht auf einen sozialen Ort, an dem sie selbst bestimmt sein, spielen und lernen können und verlässliche Beziehungen pflegen können. Hier gilt es anzusetzen und die Kitas zu Nachbarschaftszentren auszubauen und mit anderen Einrichtungen im Stadtteil (z.B. Sportclubs) zu vernetzen. Dabei gilt es, jetzt den qualitativen Ausbau der Kitas nicht zu vernachlässigen und eine Schule für Alle zu schaffen, die nicht nur als Strukturreform daher kommt, sondern auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellt. Und es geht natürlich auch um bessere tarifliche Bezahlung und Arbeitsbedingungen für die dort Beschäftigten. Das wird nur durch eine andere Steuerpolitik möglich werden. Dazu müssen die Vermögenden in dieser Stadt endlich zur Kasse gebeten werden. Auch eine steigende Anzahl von Steuerprüfern wäre hilfreich, um endlich den Sumpf der Steuerhinterzieher trocken zu legen. Nur so lässt sich eine andere Sozial- und Beschäftigungspolitik, Bildung von Anfang an wirklich finanzieren.

Anmerkungen:

- (1) Gruppe „Not in our name“ zitiert nach Hamburger Abendblatt vom 31.10.10
- (2) siehe Drucksache 19/4468 Antwort des Hamburger Senats auf die Große Anfrage Fraktion DIE LINKE vom 28.10.09
- (3) Richard Florida ist unter Anderem Autor des Sachbuchbestsellers „Der Aufstieg der Kreativen Klasse“. Zu seinen Schriften und der Rezeption in der BRD verweise ich auf zwei Beiträge von Thomas Wagner in der Jungen Welt vom 5.5.07 (Kreativität als Herrschaftsideologie) und 7.5.07 (Avantgarde des Sozialraubs)
- (4) zitiert nach JW vom 5.05.2007
- (5) siehe u.a. taz-nord vom 20.01.10 Offenheit im Standortwettbewerb von Gernot Knödler
- (6) siehe hierzu Aufruf des Kitabündnis für mehr Investitionen in Bildung von Anfang an.
- (7) zitiert nach Handelsblatt vom 11.01.10 Seite 22
- (8) mehr dazu: siehe Beitrag vom Volker Vödisch über Mailadresse: rotersterngoli@web.de.
- (9) siehe hierzu genauer: Dr. Martin Schädel Veränderungen in der Trägerlandschaft: Unternehmerisches Handeln, Bildung von Allianzen in Kita event 1/2008 S. 26 ff.
- (10) Selbst die Bertelsmann-Stiftung führt die Extremwerte in Hamburg auf das Gutscheinsystem zurück. Während laut Bertelsmann im Bundesdurchschnitt rund 40% der Beschäftigten Vollzeit arbeiten sind es in Hamburg rund 30%
- (11) siehe hierzu Kita event 1/2008 Martin Hoyer Einblicke in das Kita-Gutscheinsystem von Berlin und Pressemitteilung des Landeselternausschuss von Berlin vom 27.10.09

Ronald Prieß ist Fachreferent für Kinder und Jugend der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE

Generalverdacht im Gefahrengebiet

Ausgrenzung und Kriminalisierung durch die Konstruktion gefährlicher Stadtteile

Bela Rogalla

„Anhalten - Polizeikontrolle! Wo wollen Sie hin? Ihren Personalausweis! Öffnen Sie ihre Tasche! Sie befinden sich in einem Gefahrengebiet!“ Stellen Sie sich vor, Sie gehen mit ihrem Hund spazieren und werden von zwei Zivilpolizisten mit diesen polizeilichen Aufforderungen konfrontiert. Das ist keine Seltenheit in Hamburg, wenn Sie sich in einer polizeilichen Sonderrechtszone mit dem Namen „Gefahrengebiet“ aufhalten, dort arbeiten, wohnen oder leben.

Seit der Verschärfung des Polizeigesetzes im Juni 2005 hat die Polizei das Recht aufgrund ihrer „Lageerkenntnisse“ sogenannte Gefahrengebiete zu definieren, in denen sie verdachtsunabhängig „Personen kurzfristig anhalten, befragen, ihre Identität feststellen und mitgeführte Sachen in Augenschein nehmen“ darf. (§ 4 Abs. 2 PolDVG)

Seitdem hat die Polizei 38 Gefahrengebiete in Hamburg auf die Stadtkarte gezeichnet. Ganze Stadtteile unterliegen dem polizeilichen Ausnahmezustand, um Identitätsfeststellungen, Befragungen, Durchsuchungen, Platzverweise und Aufenthaltsverbote zu begründen.

Zu Beginn der Kampagne gegen Gefahrengebiete der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE bestanden in Hamburg zeitgleich acht Gefahrengebiete: in Bergedorf, in Lurup und Osdorf, im Schanzenviertel, in St. Georg, St. Pauli, St. Pauli (Vergnügungsviertel) und St. Pauli Nord.

Die gesetzliche Grundlage für diese verdachtsunabhängigen Kontrollen wurde mit dem „Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit und Ordnung“ vom 16. Juni 2005 geschaffen, das die CDU-Bürgerschaftsfraktion als „schärfstes Polizeigesetz in Deutschland“ feierte.

DIE LINKE hingegen kritisiert die polizeiliche Einrichtung von Gefahrengebieten, weil sie einen Generalverdacht gegenüber allen Menschen konstruieren, die sich in bestimmten Stadtteilen aufhalten, die dort leben, wohnen oder arbeiten. Gefahrengebiete sind die Voraussetzung für verdachtsunabhängige Personenkontrollen, die einen gravierenden Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung darstellen.

Besonders betroffen von den polizeilichen Kontrollen sind Flüchtlinge, MigrantInnen und Jugendliche, die in Stadtteilen mit hoher Armut leben und von der Polizei als „Bürger zweiter Klasse“ diskriminiert werden.

DIE LINKE hat mit ihrer Plakatkampagne „Achtung Gefahrengebiet! Grundrechte verteidigen!“ und zwei Diskussionsveranstaltungen in Bergedorf und St. Pauli auf die drastischen Grundrechtseingriffe der Polizei vor

Ort aufmerksam gemacht. Auf der Pressekonzferenz zum Start der Kampagne und bei den Veranstaltungen vor Ort referierte der Rechtsanwalt Dirk Audörsch über sein Gutachten zur Verfassungswidrigkeit der Gefahrengebiete, das die Bezirksfraktion Bergedorf in Auftrag gegeben hatte.

In der Bürgerschaft und der Bezirksversammlung Bergedorf wurde der CDU-GAL Senat aufgefordert, die verdachtsunabhängigen Kontrollen sofort auszusetzen und bei der anstehenden Novellierung der Polizeigesetze zu streichen.

Auf der Kampagnenseite www.grundrechte-kampagne.de sind die 38 Gefahrengebiete geographisch und statistisch ausgewiesen, die von der Polizei weder bei der Einrichtung des Gefahrengebiets noch im Nachhinein veröffentlicht werden. Flankiert durch fünf kleine Anfragen und eine Großen Anfrage zum Thema „Grundrechtswirklichkeit in Hamburg - Generalverdacht in den Gefahrengebieten“ haben wir das Ausmaß und die Hintergründe der verdachtsunabhängigen Kontrollen öffentlich gemacht.



Foto Bela Rogalla

Das Beispiel Bergedorf/Neuallermöhe/Nettelburg zeigt die Kriminalisierungs- und Repressionsstrategie der Polizei gegenüber Jugendlichen: Aufgrund ihrer Lageerkenntnis „Gewaltkriminalität“ hat die Polizei von 5.12.2006 bis zum 27.9.2009 verdachtsunabhängig (!) insgesamt 7.889 Personen angehalten, 972 Personen durchsucht, gegenüber 2.188 Personen Platzverweise erteilt und 114 Personen in Gewahrsam genommen. In den drei Jahren hat die Polizei insgesamt 5.312 Strafanzeigen gestellt.

Dieser polizeilichen Repression stehen im Jahr 2008 nur zwei Freiheitsstrafen, davon eine zur Bewährung sowie drei Jugendstrafen, sieben Geldstrafen und drei Erziehungsmaßregeln vor Gericht gegenüber. Freigesprochen, eingestellt oder erledigt haben sich sieben Verfahren vor Gericht. Signifikant ist auch die Zahl von 56 Einstellungen gemäß § 170 StPO sowie neun Einstellungen nach § 153 StPO durch die Staatsanwaltschaft. (BüDrs. 19/3198 und 19/4214)

Der exemplarische Vergleich dieser Zahlen zeigt deutlich, dass die Polizei durch die Konstruktion gefährlicher Stadtteile eine Ausgrenzung und Kriminalisierungsstrategie verfolgt, die vor den Gerichten keinen Bestand hat.

Die politische und juristische Aufklärungskampagne der Fraktionen DIE LINKE in der Bezirksversammlung Bergedorf und der Bürgerschaft war jetzt erfolgreich: das Gefahrengebiet Bergedorf/Neuallermöhe wurde von der Innenbehörde aufgehoben.

Aber in den Stadtteilen St. Pauli, St. Georg und dem Schanzenviertel wird das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung nach wie vor ausgehebelt. Auch bei Fußballspielen oder Demonstrationen deklariert die Polizei ganze Stadtteile zu Gefahrengebieten, um verdachtsunabhängige Kontrollen durchzuführen.

Beispielsweise wurden am 15.12.2007 parallel zur Demonstration „Gegen Sicherheitswahn und Überwachungsstaat“ in der Innenstadt 730 Personen mit dem Hinweis auf ein Gefahrengebiet aufgehalten und 34 Durchsuchungen durchgeführt. Zur Begründung diente der Innenbehörde die selbstgefertigte Lageerkenntnis „Versammlung mit einem prognostisch gewaltsamen Verlauf“, obwohl die Veranstalter der Demonstration vor dem Verwaltungsgericht Hamburg eine Demonstrationsroute durch die Innenstadt rechtlich erfolgreich durchgesetzt hatten.

DIE LINKE fordert deshalb die Aufhebung aller Gefahrengebiete und die verfassungskonforme Novellierung der Hamburger Polizeigesetze:

* Gefahrengebiete ermöglichen der Polizei verdachtsunabhängig die Identität von Personen festzustellen, sie anzuhalten, zu befragen und zu durchsuchen,

* die Polizei hat die Definitionsmacht darüber, ob ein Gebiet als Gefahrengebiet ausgewiesen wird, und entscheidet damit selbständig über die Ausweitung ihrer Eingriffsbefugnisse,

* ohne konkrete Verdachtsmomente existieren keine sinnvollen Kriterien für die Auswahl der zu kontrollierenden Personen. Die Ermittlungstätigkeit wird von Vorurteilen geleitet, so dass bestimmte Personengruppen, insbesondere Flüchtlinge, MigrantInnen, DrogenkonsumentInnen und DemonstrantInnen diskriminiert und kriminalisiert werden,

* die Ursachen von Kriminalität werden durch die Konstruktion von Gefahrengebieten nicht behoben. Es erfolgt ein Zuschreibungsprozess, der die Stadtteile als „Gefährliche Orte“ stigmatisiert und die Vertreibung „unerwünschter Personen“ oder „Störer“ mit Hilfe von Platzverweisen und Aufenthaltsverboten rechtfertigen soll.

Die Kampagne „Grundrechte verteidigen - Gefahrengebiete aufheben!“ der Fraktion DIE LINKE will die Grund- und Menschenrechte stärken und richtet sich gegen die Konzeption eines präventiven Überwachungsstaats. Im Internet haben wir deshalb die Gefahrengebiete auf der Seite www.grundrechte-kampagne.de geographisch dargestellt und informieren aktuell über weitere Auseinandersetzungen im Politikfeld von Grundrechten und Demokratie.

Bela Rogalla ist persönlicher Referent von Christiane Schneider, innen- und rechtspolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE

Luxemburg

Luxemburg - Gesellschaftsanalyse und linke Praxis heißt die neue Theorie-Zeitschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die das bisherige Periodikum „Utopie kreativ“ ersetzt. Das etwa 160 Seiten starke Heft erscheint vier Mal im Jahr und hat in seiner jetzt erschienenen zweiten Ausgabe die „Umkämpfte Demokratie“ zum Schwerpunkt. Beiträge darin analysieren u. a. die Folgen des Regierungswechsel zu Schwarz-Gelb für die weitere Entwicklung zur „Postdemokratie“ (Crouch), den Aufruhr an den Universitäten und die Vermarktung der Demokratie. Internationale AutorInnen zeichnen kontrovers den Weg „von Seattle nach Kopenhagen“ nach. Neben grundsätzlichen Überlegungen Frank Deppes zu „Kapitalismus und Demokratie“ finden sich ebenso Beiträge zur US-Gesundheitsreform und zur Landnahme in Afrika wie ein Vergleich der deutschen und britischen Krisenpolitik. Wer theoretisches Begriffsbesteck nicht scheut, findet hier interessantes Lesefutter.

Bestelladresse: VSA-Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Einzelpreis 10.- € Normalabo: 30.- € ermäßigt: 20.- €

BID-Business Improvement Districts

Preisfrage: Was unterscheidet die Straßen Neuer Wall, Lüneburger Straße in Harburg, Alte Holstenstraße, Hohe Bleichen/Heuberg und den Wandsbeker Markt vom Saseler Markt, der Möckebergstraße und der Ottensener Hauptstraße? Erstere sind BIDs, letztere öffentliche Straßen und Plätze.

Wie schon oft, gelingt es dem modernen Kapitalismus, der wegen der Verwertungsschwierigkeiten des akkumulierten Kapitals händierend neue Anlagemöglichkeiten und Verwertungsfelder sucht oder darüber sinnt, wie er Extraprofit machen kann, diese zu finden. Dabei adaptiert er in der Zivilgesellschaft entstehende Ideen, sogar solche aus genossenschaftlichen Zielen heraus und durchsetzt sie mit betriebs- und marktwirtschaftlichen Prinzipien. Als sich 1970 in Toronto im Stadtteil „Bloor West Village“ Laden- und Grundbesitzer zusammantaten, um in gemeinsamer Anstrengung ihren Einzelhandelsstandort aufzuwerten, um die Ansiedlung eines Einkaufszentrums nebenan zu verhindern, war das BID geboren. Anstatt sich gegenseitig tot zu konkurrieren, waren sie gemeinsam erfolgreich. Die Idee des BID bestand aus den Elementen

- Eigeninitiative mehrerer in gleicher Lage
- Selbstverpflichtung, bestimmte Kostenanteile selber zu übernehmen
- Public-Private-Partnership mit der Stadt, die ihr Eigentum an Strassen und Plätzen zur freien Nutzung dem BID überlässt
- BID übernimmt dafür Gestaltung und Straßenmöblierung, „Hausrecht“ mit Verantwortung für Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung
- Vertragsdauer: meistens fünf Jahre.

Das Modell reussierte in Nordamerika - heute gibt es dort 1200 BIDs. Zweifellos das zeitgemäßere Modell gegenüber dem Versuch Saseler Geschäftsleute in den Sechzigern, gemeinsame den Bau des „Alster-Einkaufszentrums(AEZ)“ zu bauen. Sie wollten verhindern, dass ECE, die Otto-Tochter, als weltweit größter Betreiber von Einkaufszentren dies errichtete. Das machte damals der Hamburger SPD- Senat zunichte. Er zog die Sache an sich, evozierte und schlug ECE das AEZ zu. Der Senat arbeitete lieber mit dem Großkonzern zusammen als mit dem kleinen Mittelstand.

Problem bei BIDs - Nr. 1:

Was tun, wenn sich ein Geschäftsinhaber oder Grundbesitzer weigert, sich freiwillig zu beteiligen und an den Kosten zu beteiligen? Oder, wenn in einer Strasse nicht nur Läden, sondern auch Wohnhäuser sind, die keine Umsatzstärkung nutzen können? Nach der Praxis in den USA wurden auch in der BRD spezielle Landesgesetze erlassen, die die notwendigen Mittel durch eine gesonderte Zwangsabgabe allen Grundeigentümern des Quartiers zweckgebunden abverlangt. Die Kommune zieht sie mit den Grundsteuern zusammen ein und gibt sie an den BID weiter. Dadurch erhält der eine verlässliche, mehrjährige Einnahmequelle zur Finanzierung von Veranstaltungen (Events), Werbung und Marketing, Verkehrsverbesserungen, Sicherheits- und Ordnungsdiensten, Beleuchtung, Straßenbelag und Straßenmöblierung, Besucherbetreuung, Bewirtschaftung von Parkplätzen, Regelung von Reinigungs- und Ordnungsdiensten, Ausübung des Hausrechts. Mindestens 50% der Grundbesitzer müssen der Einrichtung eines BID zustimmen. Wohngebäude sind ausgenommen.

Problem Nr. 2:

Ist ein solcher Eingriff in die Nutzung des privaten Eigentums verfassungsrechtlich zulässig? Dies ließ das Land NRW damals prüfen - und gab grünes Licht. Die landesspezifischen Rahmengesetze (Hamburg preschte als erstes Bundesland vor: „Gesetz zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren“ vom 1. 1. 2005) regeln alle Einzelheiten wie

- Stimmen 50% bzw. 35 % der Grundeigentümer (berechnet nach Flächen gemäß Einheitswert) nicht zu, wird kein BID eingerichtet
- Laufzeit in der Regel 5 Jahre, plus Verlängerungsoption

Problem Nr. 3:

Die bisherige Praxis zeigt, dass in einem BID die privat angeheuerten Sicherheits- und Ordnungsdienste Flugblatt- Verteiler, Straßenmusikanten und Bettler vertreiben, weil Kunden verprellt werden könnten und das Einkaufs-Feeling gestört würde. Damit werden gesellschaftliche und politische Probleme verdrängt, ein politikfreier Raum entsteht. Eine konfliktfreie Stadt wird suggeriert, Merkantilisierung und Kommerz vorangetrieben.

Problem Nr. 4:

Wenn sich die BIDs ausbreiten, können Geschäftsleute eine städtebauliche Maßnahme unterlaufen oder unterbinden. Man stelle sich einmal vor, dass in Altona im Falle von IKEA dort vorher ein BID eingerichtet worden wäre. Dann könnten ohne Einfluss der örtlichen oder gesamtstädtischen Gremien (Bezirksversammlung, Bürgerschaft) und Politik alleine die Grundbesitzer die Ansiedlung alleine entscheiden. Mehr noch: Am 1.1.2007 ist in Hamburg als erstem Bundesland das „Gesetz zur Stärkung von Wohnquartieren durch private Initiativen“ in Kraft getreten. Damit können nun erstmalig in Deutschland und Europa sogenannte „Innovationsquartiere“ in Gebieten mit überwiegender Wohnbebauung alleine vom Grundbesitz geschaffen werden.

Damit ist der Weg vorgezeichnet, dass öffentliche Plätze und Straßen, ganze Quartiere den privaten Grundbesitzern zur Gestaltung und Verwertung überantwortet werden. Die Stadt, die politisch und öffentlich verantwortlichen Gremien, die Politik wird aus der Quartiers- und Stadtplanung herausgedrängt und an den Grundbesitz gekoppelt. Privates Kapital hätte ein weiteres Verwertungsfeld erobert. Die „innere Landnahme“ (Rosa Luxemburg) wäre weiter fortgeschritten. Keine Frage, dass DIE LINKE diesem Privatisierungsprozess nicht widerstandslos zusehen kann. Alle haben ein „Recht auf Stadt“. Es gibt zahlreiche Beispiele in dieser Stadt, wo Einwohner in einem öffentlichen Diskurs ihre Vorstellungen von einem lebenswerten Quartier planerisch zu Papier gebracht haben (Wilhelmsburg, Große Bergstrasse, St. Georg, St. Pauli, Saseler Markt). Und zwar in öffentlichen Debatten, vielen Bürgerversammlungen, bis in die parlamentarischen Regional- und Bezirksversammlungen hinein. Demokratisierung der Quartiers- und Stadtplanung ist angesagt, nicht deren Privatisierung.

Horst Bethge unter Verwendung eines Referats und von Material von Gitta Bockwoldt (LAG Wirtschaft, Haushalt, Finanzen; Bezirksabgeordnete der LINKEN in Eimsbüttel)

Der Hafen benötigt ein Strukturkonzept

Manfred Steglich

Der Hafen ist so etwas wie das Herz Hamburgs. Geht es dem Hafen gut, geht es auch der Stadt gut. Insgesamt sind heute ca. 143.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Hafen abhängig. Mit anderen Worten: Nahezu jeder achte Hamburger hat in irgendeiner Weise mit dem Hafen zu tun. Rund 11.500 Mio. Euro der gesamten Wertschöpfung sind auf den Hafen zurückzuführen, 850 Mio. Euro der Steuereinnahmen der Stadt werden hier generiert.

Kein Wunder, dass die Erfolgsgeschichte des „Exportweltmeisters Deutschland“ eng mit der imposanten Entwicklung des Hamburger Hafens verknüpft ist. Rekordumschläge bei Gütern und zweistellige Zuwachsraten im Containerverkehr führten Hamburg bis 2008 zum zweitgrößten Handelszentrum Europas. Doch der Traum immerwährenden Wachstums scheint spätestens mit der schwersten Krise seit der Wirtschaftskrise 1929 ausgeträumt. Insolvenzen, Kurzarbeit, Massenentlassungen. Die Hafenwirtschaft schlägt Alarm, Werften und Reedereien melden „Land unter“. Die gesamte Logistikbranche leidet derzeit unter dem drastischen Verfall der Frachtraten für Container bei gleichzeitig wachsenden Kapazitäten. So ging der Güterumschlag im Hamburger Hafen 2009 um rund 20 %, der Containerumsatz gar um rund 30 % zurück.

Spätestens im Frühsommer 2009 wurde auch denen, die auf eine rasche Erholung der Wirtschaft gehofft und die Krise lange als normale Konjunkturdelle kleingeredet hatten, die Ernsthaftigkeit der Lage bewusst. Immer mehr Hamburger Traditionsunternehmen – wie etwa die Sietas-Werft oder die Hapag Lloyd Reederei - gerieten in schweres Fahrwasser und konnten nur durch schmerzvolle Sanierungsmaßnahmen vor der Insolvenz gerettet werden. Nicht zuletzt deshalb hat die Hamburger Linksfraktion den schwarzgrünen Senat um Wirtschaftsminister Gedaschko wiederholt dazu aufgefordert, endlich ein grundlegendes Konzept zur nachhaltigen Stabilisierung der gesamten Hafenwirtschaft und der Regionalökonomie aufzulegen. Passiert ist aber faktisch nichts. Erst nachdem sich auch in Regierungskreisen die Erkenntnis durchgesetzt hatte, wie extrem abhängig Hamburg vom krisengeschüttelten Welthandel ist und der Druck aus der Wirtschaft, tätig zu werden, immer größer wurde, preschte Anfang Dezember 2009 Senator Gedaschko mit zwei längst überfälligen Projekten vor. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit HPA-Geschäftsführer Jens Meier kündigte er als erste Krisenmaßnahme eine Kostensenkung bei den Hafengeldern an, um dadurch vor allem an Rotterdam und Antwerpen verlorene Marktanteile des Standorts Hamburg zurückzuerobern. In einer konzertierten Aktion mit den Hafenbetrieben sollen nun die Anlaufkosten teilweise reduziert und neue „Anreizsysteme“ geschaffen werden. Damit reagierte Gedaschko unmittelbar auf die wiederholten Klagen von Reedern, nach denen die Gebühren im Hamburger Hafen scheinbar zu hoch sind.

Es hat den Anschein, dass inzwischen also auch der Wirtschaftsminister zur der Einschätzung gelangt ist, dass sich die maritime Wirtschaft nur durch staatliche Eingriffe aus der schweren Krise befreien kann. Leider führt diese Einsicht aber nicht zu den entsprechenden Konsequenzen. Während nämlich aus den Unternehmen ständig neue Hiobsbotschaften über die desolate Auftragslage, grassierende Kurzarbeit und die Kreditklemme kommen, betreibt die schwarzgrüne Regierungskoalition weiterhin ihr Projekt der Schönrederei und des Flickwerks. Perspektivisch hilft es überhaupt nicht weiter, immer nur individuelle Lösungen für einzelne Unternehmen zu entwickeln. Damit werden die Probleme des Hafens nicht gelöst. Da die maritime Wirtschaft aller Voraussicht nach mehrere wirtschaftlich schwierige Jahre vor sich hat, muss ein übergreifendes Strukturkonzept für die Metropolregion Hamburg erarbeitet werden. Die finanzielle Unterstützung angeschlagener Unternehmen ist aus Sicht der LINKEN aber nur mit einer direkten Einflussnahme der Stadt auf deren

Geschäftspolitik machbar. Es ist überfällig, dass Hamburg nicht einfach nur zahlt, sondern sich aktiv in die Unternehmenspolitik einmischt und dafür sorgt, dass die schwere Krise nicht wieder auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird.

Daneben gilt es aber auch ein (bundes)länderübergreifendes Gesamtkonzept zu entwickeln, das arbeitsmarktpolitische, soziale und ökologische Komponenten in angemessener Weise berücksichtigt. Hierbei wird es vor allem darum gehen, eine sinnvolle und strukturierte Arbeitsteilung innerhalb der großen Seehafenstandorte in Hamburg, Bremerhaven, Cuxhaven und Wilhelmshaven aufzubauen, die die überflüssige und unwirtschaftliche Konkurrenz der verschiedenen Standorte beseitigt. Und es werden Grundsatzentscheidungen getroffen werden müssen, welche tief gehenden Containerschiffe in Zukunft überhaupt den Hamburger Hafen anlaufen sollen und welche Investitionen im Seehafen hinterland tatsächlich erforderlich und dabei ökologisch verträglich sind. In diesem Zusammenhang fordert die Linksfraktion eine rasche Überarbeitung des Gutachtens zur sogenannten „Fahrrinnenanpassung“ (Elbvertiefung), in der sowohl die einschneidenden Folgen als auch die daraus gewonnenen Erkenntnisse der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise Berücksichtigung finden. Notwendig erscheint zudem eine Neufassung des 2009 noch vom ehemaligen Verkehrsminister Tiefensee vorgestellten Nationalen Hafenkonzpts. Hier gilt es zukunftsfähige und realistische Lösungen für die sogenannten Hinterlandverkehre zu finden, die umweltfreundliche Transporte wie das Short-Sea-Shipping, also den Kurzstreckenverkehr in Küstennähe und den Schienengüterverkehr fördern. Aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive stehen die Einschränkung und Limitierung von Leiharbeit in den Hafenunternehmen, die Beschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse, wie auch der Kampf gegen Lohndumping und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro im Zentrum.

Manfred Steglich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Linksfraktion,
Referent für norddeutsche Hafententwicklung und Elbe

Recht auf Stadt und Zugang zu Umweltressourcen

Rudolf Sergel

Erstmals in der Geschichte der Menschheit lebt seit etwa 2 Jahren die Mehrheit der Weltbevölkerung in Städten. 2030 werden ca. 5 Milliarden Menschen weltweit in Städten leben. Dieser Verstädterungsprozess betrifft alle Kontinente und wird sich noch über Jahrzehnte erstrecken. UN-Prognosen zur Stadtentwicklung gehen gleichzeitig von einer Zunahme von Armut und Rückgang sozialer Absicherung aus.

Armut nimmt auch in Städten reicher Länder zu. So war im Winter 2003 die Zahl der Obdachlosen in Westeuropa mit 3 Mio. so hoch wie seit 50 Jahren nicht mehr. In Europa leben rund 80% der Bevölkerung in städtischen Gebieten. Soziale Spaltung von Gesellschaften tritt in Städten oft besonders deutlich und brennpunktartig auf. In Zeiten globalisierter Märkte und eines weltweiten Wirtschaftsraumes unterliegen Metropolregionen auch zunehmender Konkurrenz im Wettbewerb als Wirtschaftsstandorte. In den entwickelten Ländern entfallen 80% des Bruttoinlandsproduktes auf Siedlungsballungsräume. Städte sind mit ihrem forcierten und konzentrierten Verbrauch natürlicher Ressourcen und der Belastung biosphärischer und planetarer Systeme wesentlich an der Induzierung globaler Umweltveränderungen wie dem Klimawandel beteiligt. Städte nehmen 2% der Erdoberfläche ein, verbrauchen aber 80% der Ressourcen und verursachen $\frac{3}{4}$ der CO₂-Emissionen.

Vor diesem hier kurz umrissenen Hintergrund erlangen städtische Gemeinwesen, insbesondere grosse Metropolen, auch als politische Gestaltungsräume zunehmende Bedeutung. Das Worldwatch Institute veröffentlichte seinen Bericht „Zur Lage der Welt 2007“ unter dem Titel „Der Planet der Städte“.

Wie für einige andere deutsche Metropolen sind auch in Hamburg in den letzten Jahrzehnten Vorgänge und Erscheinungen sozialer Spaltung und Segregation beschrieben worden. Nach Minister Schäubles Äusserungen über „Slums“ in deutschen Städten, wobei er Neukölln in Berlin und Billbrook in Hamburg nannte, hat eine attac-AG die sozioökonomische Situation der Hamburger Stadtteile analysiert und in einem Index für die Stadtteile berechnet. Darin wurden u. a. Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, Arbeitsloser und Sozialhilfeempfänger, Schulkapazitäten, Handwerksbetriebe, Bevölkerungsdichte, demografische Parameter, Ärzteversorgung, Wahlbeteiligung und anderes einbezogen. Als Ergebnis war dieses festzuhalten: die Stadtteile mit der negativsten Abweichung vom Hamburger Durchschnitt waren Veddel, Wilhelmsburg, Allermöhe, Jenfeld, St. Pauli, Harburg, Dulsberg, Rothenburgsort, Billstedt, Hausbruch, St. Georg, Horn, Steilshoop, Hamm-Mitte und –Süd. Dem standen mit der grössten positiven Abweichung gegenüber: Wellingsbüttel, Nienstedten, Wohldorf-Ohlstedt, Blankenese, Othmarschen, Sasel, Poppenbüttel, Rissen, Gross-Flottbek, Ochsenwerder, Neuen- und Altengamme.

Diese räumliche Segregation und der „abgehängte“ Elbinsel-Mitte-Ost-Gürtel sind als Ergebnis jahrzehntelanger Wirtschafts- und Sozialgeschichte und -politik in Hamburg zu verstehen. Deutliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen sind verbunden mit sehr unterschiedlichen Möglichkeiten gesellschaftliche Teilhabe ihrer Bewohner. Statt dem durch politische Strategien konsequent entgegenzuwirken, wurden aber mit dem neoliberalen Konzept



der „Wachsenden Stadt“ gänzlich andere Ziele verfolgt. Detaillierte Analysen dazu liegen bereits vor

Kaum thematisiert wurde bisher, dass sozialräumliche Segregationen in der Stadtentwicklung neben anderen auch zu deutlichen Unterschieden im Zugang zu Umweltressourcen führen. Liegen in sozioökonomisch belasteten Stadtteilen heute schon überproportional ökologische Nachteile wie Altlasten, Lärm und chemotoxische Immissionen, Kraftwerke, Müllverbrennungsanlagen, Deponien, Spülfelder u. a., wird das Kohlekraftwerk Moorburg noch einmal zusätzlich tonnenweise Feinstaub in die Stadtteile bringen. Der BUND erklärte dazu, diese Anlage „pustet mehr krebserregende Partikel in die Luft als alle Hamburger Müllverbrennungsanlagen und das alte Kohlekraftwerk in Wedel zusammen. Und bei Stickoxiden produziert Moorburg mehr als der gesamte Hamburger PKW-Verkehr“.

Der räumliche Zugriff dieser Segregation erstreckt sich aber nicht nur auf diese Art lokaler Entwertung von Biomedien wie der Luft zu einer Art „Vermüllungsraum“, sondern nimmt weitere Umweltressourcen bereits belasteter Stadtteile in Anspruch. So führen Inhalte und Art der gesamten Wilhelmsburger Stadtentwicklungs- und Verkehrsprojekte daneben u. a. auch zu einer Degradierung der biologischen Vielfalt eines Raumes, der mit der Elbinsel zu einem von acht lokalen Biodiversitätszentren im Raum Hamburg gehört. Dass der Erhalt dieses regionalen biologischen Artenzentrums nicht als ein substanzielles Planungsziel in die gesamten Stadtentwicklungsprojekte der Elbinsel eingegangen ist, stellt ein manifestes Versagen aller damit befassten Ämter und Planer und schlicht eine Schande für eine Stadt dar, die sich demnächst den Titel „Umwelthauptstadt Europas“ umhängen will.

Dass es - natürlich - auch anders geht, zeigt ein Gegenbeispiel im Hamburger Westen, wo für das Projekt „Regionalpark Rissen-Sülldorfer Feldmark/Wedeler Au“ ausdrücklich u. a. „Biotopaufwertung, Biotopverbund, Kulturlandschaftspflege“ übergeordnete Schwerpunktthemen und Handlungsziele darstellen. Dass dieses Projekt um hochwertige Wohnlagen und sozioökonomisch weit über dem Hamburger Durchschnitt liegende Stadtteile realisiert wird, ist sicher kein Zufall: Erleben biologischer Vielfalt stellt auch einen bedeutsamen Bestandteil von Lebensqualität des Menschen dar, was mit der Verankerung biopsychischer und -physiologischer Reaktionsnormen seiner evolutiven Geschichte erklärbar ist. So ergaben z. B. Stichprobenerhebungen für die Aussicht auf Bäume vor Krankenzimmern einen statistisch positiven Einfluss auf Genesungen von Kranken, es wurde die These geäußert, dass das Spielen in wilder Natur für kindliche und jugendliche Entwicklung wichtig ist, und Städte u. a. in Skandinavien erproben, ob mit der Durchgrünung von Siedlungsräumen Kriminalitätsraten und Aggressionspotenziale gesenkt werden können.

Neben dem zerstörerischen Zugriff auf ein biologisches Artenzentrum der Elbinsel entwertet man mit der geplanten neuen Baggergutdeponie auf dem Altspülfeld Kirchsteinbek einen weiteren für biologische Vielfalt im Hamburger Osten bedeutsamen Raum. Auf dem Altspülfeld hat sich in Jahrzehnten mit über 45 nachgewiesenen Rote Liste-Arten ein wichtiger funktioneller Rückzugsraum für gefährdete Tier- und Pflanzenarten im Hamburger Osten entwickelt. Dass man, davon abgesehen, eine Deponie in unmittelbarer Nähe zu Wohnvierteln errichten will, ist ein in Hamburg einmaliger Vorgang. Begleitet wird das alles noch von dem Holzen und Sägen, mit dem die Stadt derzeit über Grünflächen im Bezirk Mitte herfällt: ökologische Funktionen der Grünflächen, etwa als Bestandteil eines Biotopverbundes, tauchen in den Planungszielen nicht auf

Der neoliberale Um- und Ausbau der Stadt führt in der Konkurrenz der Metropolregionen in seinen Kapitalakkumulationsregimen zu einem manifesten Zugriff auf ökologische und „Human“ressourcen- dieser ist aber räumlich sehr ungleich verteilt: ökologische Abwertungen in dem sozioökonomisch abgehängten Mitte-Ost-Stadtteilgürtel stehen ökologischen Aufwertungen als „weicher Standortfaktor“ für ein Eliteklientel des neoliberalen Umbaus im Westen gegenüber.

Recht auf Stadt beinhaltet auch Zugang zu ihren Umweltressourcen wie gesunden Biomedien, Natur, biologischer Vielfalt usw. und damit verbundener Lebensqualität. Daher werden neben sozialen Rechten und bürgerlichen Freiheitsrechten auch ökologische Rechte gegen aggressive und zerstörerische Zugriffe der „Wachsenden Stadt“ zu verteidigen sein.

Wem gehört die Elbinsel?

Manuel Humburg

Wer glaubt, der „Sprung über die Elbe“ sei eine Erfindung des amtierenden CDU-Oberbürgermeisters oder das originäre Vorzeigeprojekt eines quirligen Oberbaudirektors, irrt gewaltig. Mit der „Wachsenden Stadt“, dem Expansionsdrang des mächtigen Nachbarn im Norden, sieht sich die vom Hamburger Stadtzentrum südlich gelegene und einst unabhängige Flussinsel Wilhelmsburg konfrontiert, solange man denken kann.

Wer glaubt, der „Sprung über die Elbe“ sei eine junge Idee, irrt gewaltig. Mit der „Wachsenden Stadt“, dem Expansionsdrang des mächtigen Nachbarn im Norden, sieht sich die vom Hamburger Stadtzentrum südlich gelegene und einst unabhängige Flussinsel Wilhelmsburg konfrontiert, solange man denken kann.

Bereits 1395 erwarb Hamburg die kleine Insel Moorwerder - der heutige Südosten der Elbinsel – mit der Bunthaus spitze als strategischem Brückenkopf und konnte so nach und nach die Verteilung des Elbwassers auf die beiden Elbarme, von denen die Süderelbe damals 75 % aufnahm, zu seinen Gunsten beeinflussen. 1870/71 wurde ein Leitdamm gebaut und damit dem preußischen Konkurrenten in Harburg sprichwörtlich das Wasser abgegraben. Am Bunthaus stationierte Kriegsschiffe halfen den Handelsflotten, den richtigen Weg zu finden und den hamburgischen Aufschwung zu finanzieren.

Mit der Anlage großer Hafenecken am Südufer der Elbe setzt Hamburg Ende des 19. Jahrhunderts zum eigentlichen Sprung über die Elbe an. Die ansässige Bevölkerung im Westen und Norden der Insel weicht der

Expansion von Industrie und Hafen. Der Zustrom von Arbeitskräften vor allem aus dem Osten des deutschen Reiches und aus Polen lässt arbeitsnahe Wohnviertel am Reiherstieg und im Zentrum an der Bahn entstehen. Der ökonomischen folgt die politische Einverleibung -1937 tritt das Groß-Hamburg-Gesetz in Kraft. Die Elbinsel wird endgültig zur Rüstungsschmiede und Ölreserve Groß-Deutschlands ausgebaut.

Als Ort zum Wohnen wurden die industrienahen und flutgefährdeten Niederungen vor den Toren der Stadt schon vorher disqualifiziert. Das Diktum „der Hamburger wohnt auf der Geest“ des Oberbaudirektors Fritz Schumacher prägt bis heute die mental map des Hanseaten. Eigentlich nur konsequent, dass der Hamburger Senat nach der todbringenden Flut von 1962 das westliche Wilhelmsburg als Wohnort räumen und für die Hafenerweiterung platt machen wollte. Ein

kompletter Stadtteil auf dem Abstellgleis - fünfzehn Jahre Planungsunsicherheit, Investitionsstau und Agonie. Erst 1977 bekannte sich der Senat zu Wilhelmsburg als Wohnort. Doch wer daraufhin Wiedergutmachung oder Besserung erwartete, wurde erneut enttäuscht – aus seiner „natürlichen Rolle“ als Hinterhof, Abfallplatz, Durchgangstrasse und Flächenreserve für den Hafen wollte der Hamburger Senat Wilhelmsburg noch lange nicht entlassen:

- 1974: Plan einer zusätzlichen Nord-Süd-Eisenbahntrasse durch den Wilhelmsburger Osten als „Güterumgehungsbahn“
- 1984: Nachweis von Dioxin auf Hamburgs Abfallplatz für Industriemüll in Georgswerder und Überlegungen, die gesamte Bevölkerung zu evakuieren
- 1994: Senatsplan einer Müllverbrennungsanlage „MVA-Wilhelmsburg“
- ab 2003: diverse Planungen für neue Autobahnen - meist als „Hafenquerspanne“ verharmlost.

Dem jahrzehntelangen Kampf der Menschen vor Ort gegen diese stadtentwicklungspolitischen Szenarien, ihrer Verbundenheit mit dieser einzigartigen Insel ist zu verdanken, dass Wilhelmsburg als Wohnort überhaupt noch existiert. Auch die Internationale Bauausstellung (IBA) und die Internationale Gartenschau (IGS) 2013 hätten ohne den Glauben der Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburgern an eine lebenswerte Zukunft nicht hierher gefunden.

Im historischen Blick erweisen sich Hamburgs „Sprünge über die Elbe“ als strategische Hebel im Kontext von Standortkonkurrenz und Weltgeltung – früher mehr regional, heute global. Ist es bei diesem Hintergrund verwunderlich, dass sich das kollektive Bewusstsein der Bewohner hinter den Deichen durch eine gewisse gesunde Skepsis auszeichnet und die Ankündigungen eines neuerlichen „Sprungs“ nicht automatisch auf Begeisterung stoßen. Schließlich hatten auch frühere Hamburger Bürgermeister von der anderen Seite der Elbe stets Großes mit Wilhelmsburg vor: Von Herbert Weichmanns „Die Zukunft Hamburgs liegt im Süden“, über Dohnanyis „Keine weiteren Belastungen für diesen Stadtteil“, Voscheraus „Das Boot ist voll“ bis zu Rundes „Schluss mit dem Gejammer“. Bürgermeister Klose hatte sogar seinen (zweiten) Wohnsitz an den Stübenplatz verlegt.

**Eine Insel kommt unter die Räder
Im Osten rollen die Bagger
Kohle und Feinstaub von Westen
Zollzaun ohne Ende im Norden
Ein Autobahn-Drehkreuz in der Mitte
Wachsende Containergebirge
Die Elbvertiefung
bedroht unsere Deiche**

Zeitenwende 2003?

Im Jahre 2001 hatten aktive Bewohnergruppen nach dramatischen Ereignissen (Tod des kleinen Vulkan u. a.) eine „Zukunftskonferenz Wilhelmsburg“ durchgesetzt. Die in einem „Weißbuch: Insel im Fluss – Brücken in die Zukunft“ zusammengefassten strategischen Überlegungen hatten offenbar neue Impulse für Hamburgs Stadtentwicklung gesetzt. Planer aus aller Welt wurden 2003 im Rahmen des Architektursommers zu einer „Internationalen Entwurfswerkstatt“ mit dem Thema „Sprung über die Elbe“ eingeladen. Die Freiräume waren erstaunlich. Alles schien möglich. Es gab keine Tabus – oder sie wurden, wie die Vorgabe einer „Hafenquerspange“, trotzig ignoriert. Große Teile des Hafens wurden neu erfunden. Die Ufer im Westen, Norden und Süden der Insel standen für Freizeit und Naherholung oder zumindest Mischnutzungen zur Verfügung. Die Vision einer „Grünen Wasserstadt im Herzen der Elbmetropole“ nahm Gestalt an.

Aber nur einen Sommer lang: Dann schlug die Hafenlobby zurück und reklamierte die Flächen bis St. Nimmerlein für sich – die weltweite Containerblase im Rücken, die Hamburg in den letzten Jahren stets zweistellige Zuwachsraten beim Containerumschlag bescherte. Die Senatsbeschlüsse zum „Sprung über die Elbe“ 2004/2005 versuchen dem Konflikt zwischen Hafen- und Stadtentwicklung gerecht zu werden – indem sie ihn weitgehend ignorieren. Statt genau dieses Thema ins Zentrum der Aufgabenstellung für die geplante IBA zu setzen, zog die Stadtentwicklung den Schwanz ein: In den Visualisierungen zum „Sprung über die Elbe“ blieb von den Visionen und der Aufbruchstimmung von 2003 kaum etwas übrig. Von der Stadtentwicklung am Reiherstieg bleibt eine „Perlenkette der Logistik“, der Spreehafen wird von einer Autobahn in Hochlage dominiert, im Osten soll ein „Gewerbe im Park“ begeistern und auf grünen Wiesen im Osten eine Einzelhaussiedlung. Als Ersatz für die Kapitulation vor der Hafenlobby beim Zugang zu den Ufern der Insel sollte ein See in die Wilhelmsburger Mitte gebuddelt werden.

Welche Hypothek für die 2006 an den Start gehende IBA Hamburg, die am Beispiel des globalen Dorfes Wilhelmsburg weltweit beachtete Lösungen für die Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert erarbeiten soll! Eine IBA, als Stadtplanung „im Ausnahmezustand“, braucht in erster Linie freie Luft und freie Räume. Sie braucht Ressourcen – keine Restriktionen.

In der überwiegend freundlichen Aufnahme, die die sympathische und engagierte IBA-Truppe in Wilhelmsburg selbst erfährt, werden hohe Erwartungen der Bevölkerung deutlich. Weniger freundlich sind die restriktiven Rahmenbedingungen, die die IBA akzeptieren soll: Von den ursprünglich sieben Aktionsräumen aus dem „Rahmenkonzept Sprung über die Elbe“ von 2005 wurden gleich zu Beginn drei Bereiche zu Tabuzonen erklärt: der Brückenschlag am kleinen Grasbrook, die „Arbeitswelten am Reiherstieg“ und der „Gewerbepark Obergewerwerder“. Beim Aktionsraum 4 „Wohnen mit der Landschaft“ wird die IBA in eine aussichtslose Kraftprobe mit Naturschutzverbänden und Anwohnern geschickt. Und die Art und Weise, wie die Behörden die IBA im Spreehafen über lange Zeit vorführten, ist peinlich und provozierend zugleich. Während auf der Nordseite im Rahmen der Entwicklung der Hafencity und der Speicherstadt die Zollgrenze kurzerhand in die Mitte der Elbe verlegt wurde, wird am Spreehafen nicht einmal ein weiteres „Schlupftor“ geöffnet. Dabei wurde die Öffnung des Zollzaunes bereits zur Wahl 2004 als „Sofortmaßnahme“ versprochen und IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg appellierte mehrfach, dieses „deutlichste Symbol der Ausgrenzung eines ganzen Stadtteils“ endlich zu beseitigen.

Im Anblick dieses Eisernen Vorhangs zwischen Stadt und Hafen, zwischen Hamburg und Wilhelmsburg erleben die Menschen weiterhin Tag für Tag, welchen Stellenwert die Arbeit der IBA und die Lebensqualität auf der Elbinsel beim Hamburger Senat tatsächlich genießen. Während die IBA Lösungen für den städtischen Klimaschutz und Hochwasserschutz entwickeln soll, genehmigt der Hamburger Senat mit dem Kohlekraftwerk Moorburg den größten vorstellbaren Klimakiller und betreibt mit der weiteren Elbvertiefung ein gefährliches Spiel mit der Deichsicherheit. Von beiden Maßnahmen ist direkt und vor allem die Elbinsel Wilhelmsburg betroffen. Während die IBA den Veringkanal gestaltet und das im Osten angrenzende „Weltquartier“ modernisiert, wächst an seinem westlichen Ufer Wilhelmsburgs neuestes Containergebirge. Während die IBA die Elbinsel als attraktiven und familienfreundlichen Ort zum Wohnen qualifizieren will, rückt der Hafen immer näher: Logistikhallen wachsen am Reiherstieg und auf 44000 m² im Grünen Osten, der unweit der Wohngebiete gelegene mittlere Freihafen soll zu einem neuen Containerterminal ausgebaut werden, immer mehr Container brettern durch die Wohnstraßen. „Schöner Wohnen mit Feinstaub und Lärm, am Kohlekraftwerk und neben Containerlagern“ – besser kann man Familien, die für ihre Kinder eine gesunde Zukunft wünschen, nicht vergraulen.

Bricht die Politik der IBA das Genick?

Die im November 2008 deutlich werdenden Verkehrspläne des neuen Hamburger Senats dürften endgültig über Erfolg oder Scheitern der IBA Hamburg entscheiden. Zur Sicherung ihres letzten noch verbliebenen größeren Gestaltungsraumes in der Wilhelmsburger Mitte hatten die IBA-Macher im März 2008 einen Plan für den Rückbau der Wilhelmsburger Reichsstraße und eine Verkehrsführung im Ring um die örtlichen Wohngebiete vorgeschlagen. Seit November 2008 versucht die IBA – offenbar unter dem Druck der Behörde – einer überraschten Öffentlichkeit die Notwendigkeit einer neuen Autobahn an der Eisenbahn zu vermitteln. Da gleichzeitig die von der inzwischen grün geführten Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) favorisierten Pläne für die sogenannte „Hafenquerspange“ Kontur bekommen, kann sich Wilhelmsburg auf zwei weitere und miteinander verbundene Autobahnen einstellen: eine Autobahn in West-Ost-Richtung im Süden der Elbinsel (die der „Südtrasse“ einer „Hafenquerspange“ entspricht) und eine Autobahn in Nord-Süd-Richtung durch die

Wilhelmsburger Mitte (die im Verlauf der Planungsvariante „Diagonaltrasse Ost“ der Hafenuerspange entspricht). Damit entwickelt sich die Elbinsel zum Autobahn- und Logistik-Drehkreuz des Nordens.

Wenn der derzeitige Zeitplan eingehalten wird, kann die internationale Öffentlichkeit im IBA-Präsentationsjahr 2013 eine Autobahn im Herzen der Stadt als Hamburgs Beitrag zur Baukultur im 21. Jahrhundert bewundern. Spätestens hier wird deutlich: Wenn die IBA mit ihren eigenen Qualitätskriterien von Originalität und Innovation, von Strukturwirksamkeit und Nachhaltigkeit, von Prozessfähigkeit und Präsentierbarkeit noch ernst genommen werden will, muss sie mehr Eigenständigkeit gewinnen und größere Freiräume erkämpfen.

Entschleunigung täte gut, vielleicht auch Verlängerung. Beispielsweise mit der Aufgabe, in einer „Modellregion Elbinsel – im Spannungsfeld von Hafen und Stadt“ innovative Verkehrslösungen zu entwickeln. Gut täte ebenso die Konzentration auf die eigentlichen Stärken einer IBA: Wege ebnen, Tore öffnen, Brücken bauen, Prozesse in Gang setzen. Wie an der Emscher, wo dank des stadtentwicklungspolitischen Ausnahmezustandes einer Internationalen Bauausstellung jetzt deren Früchte reifen, nachdem sie selbst schon weiter gezogen ist. Und eine IBA braucht starke Partner. Vielleicht gelingt ihr doch noch die Orientierung auf den wichtigsten strategischen Partner: die Menschen vor Ort, denen ja eigentlich die Elbinsel gehört.

Manuel Humburg ist Arzt in Wilhelmsburg, u.a. Verein Zukunft Elbinsel, Initiative Wilhelmsburger Ärzteschaft gegen Moorburg

Besprechung:

Krise der Stadt und Aufruhr der Mitte

Zwei (von vielen) Veröffentlichungen, die die konkreten stadtentwicklungspolitischen Auseinandersetzungen Hamburgs in ein neues Licht setzen können: Das mehr als 30 Jahre alte Buch „Aufruhr der Mitte - Modell einer künftigen Gesellschaftsordnung“ der Dänen Meyer/Petersen/Sörensen (deutsch 1978 bei Hoffmann und Campe) und der aktuelle Beitrag „Die neoliberale Stadt in der Krise“ der beiden Frankfurter Humangeographen Bernd Belina und Sebastian Schipper (in „Z - Zeitschrift marxistische Erneuerung“ Nr. 80, Dezember 2009).

„Aufruhr der Mitte“ machte Ende der 70er Furore - besonders in Dänemark, wo in kurzer Zeit 100 000 Exemplare verkauft wurden und zahllose Diskussionskreise entstanden. Insbesondere der 2. Teil des Buchs, der auf der Basis einer libertären Gesellschaftsanalyse „eine dänische Kommune im 21. Jahrhundert“ samt ihrer Akteure beschreibt, wurde heftig diskutiert.

Ausgehend von einer solidarischen Produktionsstruktur entwickeln die Autoren eine neuartige Gewinnaufteilung zwischen Unternehmen, Kommune und Staat, skizzieren Gemeinschaftsbetriebe mit flexiblen Arbeitszeiten von in der Regel 25 Stunden in der Woche, widmen besonderes Augenmerk dem „Zusammenspiel zwischen Ausbildung und Produktion“. Die Banken werden vom Staat verwaltet, in allen anderen Bereichen ist Dezentralisierung angesagt. Auch eine gewaltlose Sicherheitspolitik wird konzipiert. Ideen, die nicht neu, aber keineswegs altmodisch sind - und in der Krise neoliberaler Stadtpolitik wieder aktuell werden können. Lesenswert - auch wenn man bedenkt, dass sich der dänische „Aufruhr“ in Richtung populistischer Anti-Steuerparteien entwickelt hat.

Belina/Schippers untersuchen die Debatten des 35. Deutschen Städtetags auf Brüche in der bisherigen Zustimmung zur neoliberalen Stadtpolitik. Ihr Ergebnis: Die unternehmerische Stadt - im Standortwettbewerb bestrebt, global operierendes Kapital, besondere Fördermittel, einkommensstarke Familien, Konsumenten und Touristen anzuziehen - ist nicht länger unumstrittenes Leitbild. Ihre dem Stadtsoziologen David Harvey folgende Erklärung: Urbane Räume sind nicht nur Orte zur Kapitalanlage, sondern auch Experimentierfelder zur Bearbeitung kapitalistischer Widersprüche. Ihre relative Selbständigkeit durch kommunale Selbstverwaltung einerseits, die finanzielle Abhängigkeit vom Zentralstaat andererseits, führt zu einem gewissen Eigenleben zwischen Kapitalakkumulation und Zivilgesellschaft. Das bedingt Ambivalenzen und Brüche im Handeln städtischer Eliten, die einerseits kommunalen Pflichten nachkommen müssen, andererseits dies angesichts der Krise, wachsender Arbeitslosigkeit und des Abbaus des Sozialstaates kaum mehr bewerkstelligen können. Erhält die konkurrenzorientierte Stadtpolitik Priorität, sind Festivalisierung, Stadtmarketing, Privatisierungen, Public-Private-Partnerships und die Umstrukturierung der Verwaltung nach betriebswirtschaftlichen Kriterien die Folge. Belina/Schipper zufolge wird „ein Umbau der lokalen Armutsverwaltung (...), ein Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau und ein verschärftes Kontrollregime gegenüber marginalisierten Gruppen“ heute aber nicht mehr widerspruchsfrei hingenommen. Reformkonzepte wie „Sozialpolitik als Infrastruktur“ oder „Right of the City“ gewinnen Raum, der Ruf nach Rekommunalisierung wird lauter - auch in offiziellen Bürgermeister-Reden auf dem Städtetag.

Vom Gängeviertel zum Tegelsberg

Günter Busse

Der Tegelsberg ist eine Großwohnsiedlung im Nordosten Hamburgs. Ihr größter Teil gehört zum Stadtteil Hummelsbüttel, ein kleinerer zu Poppenbüttel. Die Siedlung wurde in den 70er Jahren auf der „grünen Wiese“ errichtet. Größter Bauherr war die SAGA, hinzu kamen einige Genossenschaften und einige private Bauherren. Altbausubstanz aus früherer Zeit gibt es nicht.

In den vorwiegend 3- bis 4-geschossigen Häusern mit ca. 1.500 Wohnungen leben etwa 4.500 Menschen. Die Bausubstanz ist (jetzt wieder) relativ gut instand gehalten. Die SAGA führte in den letzten Jahren eine Fassadendämmung durch, auch der kleine zentrale Platz, der lange Zeit etwas heruntergekommen aussah, wurde renoviert und neu gestaltet.

Buslinien verbinden den Tegelsberg mit Fuhlsbüttel, Langenhorn oder Poppenbüttel. Die Fahrzeit mit dem öffentlichen Nahverkehr in die Innenstadt beträgt ca. 45 Minuten.

Für Kinder und Jugendliche ist das Freizeitangebot relativ gut. Es gibt ein Haus der Jugend, einen betreuten Bauspielplatz, einen Park mit Spielplatz, Skaterbahn und Fußballfeld. Vereine der Jugendhilfe haben mit Unterstützung der Behörde eine Spielplatz-Ini, eine Beratungsstelle und eine Einrichtung zur Berufsorientierung organisiert.

Einkaufsmöglichkeiten gibt es im kleinen Zentrum: zwei Discount-Supermärkte, ein Drogeriemarkt, ein Bäcker, ein Lottoladen, eine Änderungsschneiderei, zwei Frisörläden, eine Apotheke, ein Blumenladen, ein Gemüsehändler mit Poststelle und eine Kneipe. Das Angebot kleiner Läden ist begrenzt, da es keine ältere Bausubstanz gibt und die SAGA als alleiniger Vermieter von Gewerbeflächen kein größeres Angebot geplant hat. Die mächtige Konkurrenz des Alstertal-Einkaufszentrums in Poppenbüttel macht es auch den wenigen vorhandenen kleineren Läden schwer, sich zu behaupten. Es kommt immer wieder vor, dass Geschäfte aufgeben und leer stehen. Aktuell steht eine Ladenfläche leer. Seitdem ein China-Restaurant und ein Eis-Café aufgeben mussten, gibt es abgesehen von der einzigen Kneipe keine weitere Gastronomie.

Der Tegelsberg ist eine „Schlafsiedlung“. Die Berufstätigen verlassen morgens das Viertel und kehren abends zurück, für Freizeitaktivitäten müssen sie ihr Viertel wieder verlassen. Es gibt weder ein Kulturhaus noch einen Sportverein im Viertel, weder ein Kino noch einen Bürgertreff, weder eine Zweigstelle der Volkshochschule noch eine öffentliche Bücherhalle noch sonst irgendeinen Treffpunkt. Ein wirkliches soziales Miteinander, ein Wir-Gefühl oder eine Identifikation der Bewohner mit „ihrem“ Viertel gibt es nicht. Denn es gibt keinen Ort, an dem das wachsen könnte.

Im Bürgerschafts-Wahlkampf 2008 hat DIE LINKE (OV Alstertal-Walddörfer) dieses Problem aufgegriffen und die Forderung „Ein Bürgerhaus für den Tegelsberg“ mit einem Flugblatt öffentlich gemacht.

Die sogenannte Gentrifizierung - die Verdrängung finanziell nicht übermäßig gut gestellter Menschen aus den beliebten innerstädtischen Vierteln - hat auch den Tegelsberg erreicht. Denn hierher ziehen auch Menschen, die viel lieber in urbanen Vierteln wie Winterhude, Ottensen oder Eimsbüttel wohnen würden oder dort einmal gewohnt haben, sich die jetzt geforderten hohen Mieten aber nicht mehr leisten können.

In fast allen Wahllokalen im Tegelsberg erreichte DIE LINKE bei der letzten Bundestagswahl zweistellige Ergebnisse. Die regelmäßigen Infostände des OV Alstertal-Walddörfer auf dem zentralen Platz sind gut besucht. Allerdings ist es bisher nicht gelungen, eine politische Verankerung in der Alltagskultur zu erreichen, auch wenn der Ortsverband Alstertal/Walddörfer den Tegelsberg als Schwerpunkt seiner lokalen politischen Tätigkeit betrachtet. So haben wir noch keine Veranstaltung direkt im Viertel durchführen können - weil es schlicht keinen geeigneten Raum für so etwas gibt.

In den vergangenen Monaten lag das Augenmerk nicht nur der LINKEN auf dem Gängeviertel, in dem Künstler und Künstlerinnen auf ihre prekäre Situation aufmerksam machten und dafür kämpften, dass Kunst und Kultur in dieser Stadt einen nicht nur ökonomischen Stellenwert bekommen. So sehr der Erhalt des Gängeviertels freut, und so genau wir auch registriert haben, dass es den Gängeviertel-Besetzern eben nicht nur um „billige Ateliers als Alibi einer Stadt, die nur für Besserverdienende da ist“ geht (Zitat aus dem Manifest „Not in our name“), müssen wir fragen: Reicht das?

Die Voraussetzungen für gelebtes soziales Miteinander und kulturelle Teilhabe jenseits des Fernsehers sind in den zentrumsfernen Siedlungen dieser Stadt extrem schlecht. Die Entwicklung dieser Voraussetzungen, der Abbau des Infrastruktur-Gefälles zwischen Zentrum und Peripherie muss Hand in Hand gehen mit dem Widerstand gegen Gentrifizierung. Der Raum in den begehrten lebendigen, zentrumsnahen Vierteln ist knapp – zu knapp für die Nachfrage, die die Mietpreise in exorbitante Höhen treibt. Dafür zu sorgen, dass nicht allein der Geldbeutel darüber entscheidet, wer in St. Georg oder St. Pauli wohnen darf, ist nur ein Schritt, dem ein zweiter folgen muss: nicht-kommerzielle Treffpunkte in den innenstadtfernen Siedlungen schaffen, in denen ein (sub-)urbanes „Wir“ entstehen, das soziale und kulturelle Leben der Schlafsiedlungen wachgeküsst werden kann. Die Defizite kultureller Stadtentwicklung sind in Wohngebieten wie dem Tegelsberg am größten - deshalb sollten wir uns auch darauf konzentrieren. Dieser Aspekt der Stadtentwicklungspolitik hat in der LINKEN bisher nicht ganz den Stellenwert, den er unseres Erachtens haben sollte.

P.S.: Wäre der aktuell leerstehende SAGA-Laden vielleicht ein mögliches Atelier, falls im Gängeviertel nicht mehr genug Platz ist?

Anm. der Redakteurin: Nehmt euch den Laden doch einfach: SAGA besetzen und einen offenen Treff draus machen!

Günter Busse ist Mitglied im Ortsverband Alstertal/Walddörfer

Moorburgtrasse stoppen - Recht auf Stadt!

Von Volker Gajewski

Das Vattenfall-Kohlekraftwerk Moorburg ist das umstrittenste Kraftwerksprojekt in ganz Deutschland. Alle Umfragen zeigen: Eine große Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger lehnt den Bau des Klimakillers ab. Es gab bereits unzählige Protestaktionen, doch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) schaltet auf stur. Auch der Widerstand gegen die Fernwärmetrasse richtet sich direkt gegen das Kraftwerk selbst - und gegen eine Stadtplanung, die die Bedürfnisse der BürgerInnen an Konzerninteressen verrät. Denn für uns Anwohner werden die Auswirkungen des Projekts ganz unmittelbar spürbar.

Die Fakten: Vattenfalls Kraftwerk würde Hamburgs CO₂-Ausstoß um etwa 40 % erhöhen. Das entspricht der doppelten Menge der Verkehrsemissionen in der Stadt, oder auch der gesamten Menge der CO₂-Emissionen Boliviens. Das Kohlekraftwerk hat hohe Signalwirkung für die gesamte Region. Allein in Norddeutschland sind zurzeit 12 neue Kohlemeiler geplant. Kommt Moorburg „durch“, wird die Region zu einem Eldorado für Kohlekraftwerke - gegen jede Vernunft, denn es gibt hier längst die Möglichkeit, genügend Energie aus Wind-, Gezeiten- und Biomasse-Kraftwerken zu erzeugen. Werden jedoch die Kohlekraftwerke realisiert, sind alternative Optionen - auch Offshore-Windparks - vom Tisch. Denn beide Erzeugerquellen zusammen würden mehr Strom produzieren, als durch die Leitungen von Nord nach Süd transportiert werden könnte.

Mit „Lesetagen“ und anderen PR-Aktionen präsentiert sich Vattenfall als der nette Staatskonzern von nebenan. Verlogener geht es nicht. Man erinnere sich an den Störfall im AKW Krümmel: Dort hat der Konzern bis zuletzt vertuscht, verharmlost und gelogen - und hatte dann noch die Stirn, den uralten Transformator, der den Brand verursacht hatte, wieder notdürftig zusammen zu flicken und damit gleich den nächsten Störfall zu produzieren. Das war schon harter Tobak!

Vattenfall ist nachgewiesenermaßen der schmutzigste Stromerzeuger in ganz Deutschland. Hier produziert Vattenfall nur 1,1% seines Stroms aus regenerativen Energien. Ungebremst wird stattdessen Kohle, Kohle, Kohle und noch mal Kohle gemacht - und zwar in doppeltem Wortsinn. Und Hamburgs Umweltbehörde zieht mit.

Die Klimakonferenz in Kopenhagen hat gezeigt, dass die Regierenden den längst überfälligen Systemwechsel in der Energieerzeugung nicht ernsthaft wollen. Warum ist das so? Weil die Politiker in Abhängigkeit zu den großen Energiekonzernen stehen - wo es lang geht, bestimmen Vattenfall, E.ON, RWE und Co. Und die wollen natürlich weiter viel Geld mit Kohlekraftwerken und schrottreifen AKWs verdienen. Da lässt man auch gern ein paar Großspenden an Regierungsparteien springen.

Das Wahlversprechen der GAL war unmissverständlich: „Mit der GAL in der Regierung wird Moorburg nicht gebaut.“ Nach einem halben Jahr in der Regierung hieß es dann: „tut uns leid, wir können Moorburg aus juristischen Gründen nicht stoppen“. Doch juristische Gründe waren es nicht, die die BSU dazu brachte, jedem Vattenfall-Wunsch eilfertig zu entsprechen und die Moorburg-Fernwärmetrasse im „vereinfachten Genehmigungsverfahren“, d. h. ohne jede Anwohnerbeteiligung und ohne Prüfung auf Umweltverträglichkeit durchzuwinken. Sondern fehlender politischer Wille: man ist angekommen auf dem ersehnten Posten, als Senatorin oder Staatsrat, und braucht sich um Wählerauftrag und Glaubwürdigkeit erst mal nicht zu scheren. Zumal man doch den Preis für die „Umwelthauptstadt“ Europas entgegennehmen darf - muss ja keiner wissen, dass die Trophäe bloß für unverbindliche Absichtserklärungen vergeben wird.

Schon heute hungern laut UNO sage und schreibe eine Milliarde Menschen. Und durch den Klimawandel wird diese Katastrophe noch weiter verschärft. Wir wissen doch alle, dass schon heute in direkter Folge des Klimawandels Millionen Menschen ihre Lebensgrundlagen verlieren, auf der Flucht sind, an Hunger sterben. Die Menschen in Bangladesh können sich keine höheren Deiche leisten, die Menschen im Sahel nicht mal eben den Rasensprenger anschmeißen. Wir alle verdrängen das im Alltag. Aber es ist völlig klar: Wenn Vattenfall und Co. weiter machen dürfen wie bisher, ist die Klimakatastrophe schon sehr bald nicht mehr abwendbar - und dann treffen uns ihre Folgen auch hier. Auch in Hamburg wird dann für immer „Land unter“ sein. Es darf kein „weiter so“ geben: die Erkenntnisse über den Klimawandel sind derart alarmierend und eindeutig, dass ein radikaler Systemwechsel, gerade auch weg von Kohlekraftwerken, erfolgen muss! Und zwar hier und jetzt - uns bleibt wirklich keine Zeit!

Die Aktionäre und Manager der Energiemultis interessiert das alles nicht. Trotzdem frage ich mich: Wie erklärt der Vattenfall-Chef Schubach sein Tun und Lassen eigentlich seinem Sohn? Wir stehen auch für die heranwachsende Generation in der Verantwortung - global und direkt hier vor Ort, in unserem Stadtteil. Ich will

unseren Kindern keine zu Schrott gewirtschaftete Welt übergeben. Ich will nicht, auch nicht durch Untätigkeit, dazu beitragen, dass sie den Klimawandel buchstäblich ausbaden müssen.

Deshalb werden wir die Moorburg-Fernwärmetrasse verhindern. Dafür gibt es auch sehr gute Gründe, die mit dem Klimawandel nicht unmittelbar zu tun haben.

Zerstörung von sozialem Grün

Die Trassenführung und das dazugehörige Genehmigungsverfahren sind aus meiner Sicht eine totale Frechheit. Uns sollen hier etliche der wenigen Parks zerstört werden - und zwar so gründlich, dass sie nicht wieder hergestellt werden können. Insgesamt geht es um weit über 600 Bäume, die meisten davon im Altonaer Zentrum. Alle wissen es: Das hier sind „Kleine-Leute-Parks“, die für die AnwohnerInnen oft die wichtigste Naherholungszone darstellen. Doch der reibungslose Autoverkehr hatte in den Betonköpfen der schwarzgrünen Bezirkspolitiker und der BSU Vorrang. Deshalb verwarfen sie die ursprüngliche Trassenplanung, die einen Verlauf unter der Holstenstraße vorsah.

Die Großbaustelle soll laut Vattenfalls Angaben 240 Mio. €kosten und 3 bis 4 Jahre dauern. Ich selber komme vom Bau und bin da bestimmt nicht übersensibel. Aber gerade deshalb kann ich mir anhand der Pläne sehr gut ausmalen, was da auf uns zurollen soll. Niemals hätte sich die BSU getraut, so etwas in Blankenese oder Eppendorf zu genehmigen – schon gar nicht ohne jede Bürgerbeteiligung!

Die Trasse verläuft fast ausschließlich an Sozialbauten entlang. Dafür nimmt Vattenfall sogar bauliche Schwierigkeiten und zusätzliche Kosten in Kauf. Statt eng und aufwendig am Hochhaus Norderreihe 3 entlang - mit teurer Fundamentabfangung des Pfortnerhäuschens zum Wohlers Park, und dann durch die sehr enge und von Sozialbauten geprägte Mumsenstraße - hätte es theoretisch auch durch die Wohlers Allee gehen können. Billiger und kürzer - aber mit dem entscheidenden Nachteil, dass dort viele Bildungsbürger wohnen, die sich das kaum gefallen lassen würden. Und die - vermutlich eine Menge GAL-Wähler darunter - bringen ein anderes Protestpotenzial mit als Sozialmieter.

Die Betroffenen können nicht mal eben ausweichen, wenn Bagger und Baumfällkommandos kommen. Aber sie sollen ja auch demnächst ganz abhauen, wenn es nach den Stadtplanern geht - denn in Altona steht der Bau schnieker Stadthäuser auf dem Programm, und auch die Parks sollen so verändert werden, dass sie den mutmaßlichen Wohlgefühlbedarf von Besserverdienenden bedienen. Alles Gerede von den sogenannten Ersatzpflanzungen ist bewusste Augenwischerei: ein paar 10- bis 15jährige Setzlinge können nicht hunderte alte Bäume ersetzen. Die „Vision“ der Behörde wird im sogenannten Master-Plan Altona beschrieben als „Herrenhäuser-Alleen“: Kleine, mit der Nagelschere gestutzte Rasenmatten mit hier und da einem Bäumchen, alles eingerahmt von Beton - fehlt nur noch das Schild „Betreten verboten - Kinder gehören an die Leine!“

Einstürzende Altbauten

Der Tunnelbau unter St. Pauli ist aus meiner Sicht genauso unverantwortlich. Vattenfall plant drei große Schachtbauten: einen bei Blohm + Voss, einen neben dem Beachclub Strandpauli, in unmittelbarer Nähe der Hafestraßen-Häuser, und den sogenannten Zielschacht an der Louise-Schröder-Straße/Holstenstraße. Nehmen wir den als Beispiel, um die Dimension zu verdeutlichen: Er soll 44 m tief werden und einen Innendurchmesser von 10 m bekommen. Für den Abtransport des Erdreichs allein aus dem Schacht wären rund 500 Fuhren von großen Sattelschleppern notwendig. Das wären Sattelschlepper auf 7 km Länge. Nein, das ist wahrlich kein Kindergeburtstag...

Die anfangs von Vattenfall angedachte „Große Tunnellösung“ sah eine möglichst geradlinige Trassenführung vom Zielschacht in der Louise-Schröder-Straße zur Pumpstation Haferweg vor. Dieser Plan wurde aufgegeben, weil zahlreiche private Grundstücke und Wohnhäuser in großer Tiefe hätten untertunnelt werden müssen. Die erhöhten Kosten, Risiken und lokalen Beeinträchtigungen führten zur „Aufgabe der Überlegungen“ - jedenfalls was Altona betrifft. St.Pauli wird diesen Risiken aber auch in der jetzigen „Lösung“ ganz bewusst ausgesetzt.

Vattenfalls Ingenieure geben offen zu, dass hier eine sogenannten „Setzungsmulde“ möglich ist, also das Absinken des Erdreichs und entsprechende Schäden an Gebäuden. Das kann – wir erinnern uns an das Kölner Stadtarchiv – bis hin zum Einstürzen von Häusern und Häuserzeilen gehen. Betroffen ist ein Streifen von immerhin 108 m Breite in St. Pauli – bebaut mit knapp hundert Häusern, in denen mehr als tausend Menschen wohnen und arbeiten. Umweltstaatsrat Maaß schickte diesbezüglich vor einigen Wochen ein internes Schreiben an Landesarbeitsgruppen der GAL, in dem er die Risiken des Tunnelbaus offen eingesteht. Auf Anfragen der LINKEN an die Behörde, ob denn erneute Bauprüfungen vorgenommen würden, gibt es aber regelmäßig zur Antwort: „Nein, das ist nicht nötig.“ Hat man Worte?!

Moorburg darf nicht ans Netz

Die Moorburgtrasse ist ein für das Kohlekraftwerk Moorburg unverzichtbarer Bestandteil - ohne die Trasse darf Moorburg aus formalen Gründen nicht ans Netz gehen. Vattenfall-Chef Schubach äußert sich in der Presse zwar anders, aber nur, um der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Vattenfalls Anwälte hingegen wurden in ihrer Schrift zur Klage des BUND neulich wieder sehr deutlich: „Nach der Genehmigung ist das Kraftwerk Moorburg als Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage genehmigt“, sie setzt also die Auskopplung von Wärme voraus, und dann weiter: „Ohne die Fernwärmetransportleitung könnte diese Wärme nicht entkoppelt werden,

was nicht der Genehmigung entsprechen würde.“ Die Trasse verhindern heißt also: das Klimakiller-Kraftwerk verhindern!

Vattenfall könnte zwar die Stadt verklagen, um eine Genehmigung des Kraftwerks auch ohne Fernwärme-Auskopplung zu erreichen. Doch dann wäre nach Berechnungen von Experten das KKW Moorburg kaum oder gar nicht mehr rentabel. Das heißt: Vattenfalls Kohlemacherei wäre in jedem Fall gescheitert.

Vattenfall hat den Ehrgeiz, sich als „eigentliche Stadtwerke für Hamburg“ (Schubach) zu positionieren, und dabei ist es für den Konzern wichtig, sich als Fernwärmeversorger alternativlos zu machen. Wer sich gegen Vattenfall entscheiden kann, tut es jetzt schon: Die Hafencity Ost - 6000 Wohnungen, 40.000 Arbeitsstätten - hat neulich bei einer europaweiten Ausschreibung gegen die schmutzige Fernwärme aus Moorburg entschieden. Denn da war sie, die Alternative des französischen Konkurrenten: drei dezentrale Heizkraftwerke, nicht teurer, und eben nahezu CO2-neutral. Da hat Vattenfall wohl ziemlich in die Röhre geguckt.

Aber einzelne private Verbraucher können nicht mal eben den Fernwärmeanbieter wechseln. Wenn Vattenfalls Strategie aufginge, wären viele Haushalte dem Konzern auf Jahrzehnte ausgeliefert, hätten ökologisch vertretbare Anlagen keine Chance auf dem Markt.

Gegen Vattenfall können wir nur gemeinsam gewinnen. Wir wurden mit falschen Wahlversprechen übers Ohr gehauen, wir wurden beim Genehmigungsverfahren nicht gefragt – aber auch das führt nur dazu, dass unsere Ini ständig wächst. Bereits jetzt haben sich über 1000 Leute in der Alarmkette für den Tag X registriert - und es werden täglich mehr!

Wir unterstützen den BUND bei seiner Klage gegen die Trasse, die jetzt in die zweite Instanz geht. Und wir geben die besetzten Bäume nicht raus, wenn die Kettensägen-Kommandos anrücken, was jetzt jeden Tag der Fall sein kann. Von der Oma bis zum Jungautonomen – alle werden kommen, am Tag X und auch danach. Die Planer können sich warm anziehen – eine ruhige Baustelle gibt es mit uns nicht.

Moorburgtrasse stoppen - Recht auf Stadt!!!

Volker Gajewski ist Mitbegründer der Initiative „Moorburgtrasse stoppen!“

SMS-Alarmkette für den Tag X: „go trasse“ an 84343 schicken

kontrovers: LINKE Alternativen

Im Haushalt eines Landes oder einer Stadt bildet sich die gesamte Politik ab. Der Hamburger Haushalt, schon vor Einbruch der Krise in extremer sozialer Schieflage, bietet inzwischen ein komplett desaströses Bild: Halsbrecherische Verschuldung zugunsten der HSH Nordbank, Kostenexplosion bei den von Eliten geschätzten „Leuchtturmprojekten“ wie der Elbphilharmonie, Kürzungen bei den sozialen Diensten. Dabei können Bürgerschaft und Senat nur rund 20 % des Hamburger Haushalts unmittelbar steuern - z. B. durch Landessteuern und Gebühren, Haushaltsumschichtungen, schärferen Steuervollzug oder Kreditaufnahme. Für die LINKE ist dreierlei klar:

- Die entscheidenden Veränderungen, um in den Länderhaushalten zu mehr Einnahmen zu kommen, müssen durch eine andere Steuer- und Finanzpolitik auf Bundesebene erfolgen
- Ohne erhebliche Kreditaufnahmen geht es beim Hamburger Haushalt nicht
- Wir müssen aber auch die kleinen Spielräume vor Ort nutzen, ohne auf eine bundespolitische Wende zu warten.

Jedoch wird innerhalb der Hamburger LINKEN kontrovers diskutiert, ob, wie und auf welcher politischen Ebene (Land oder Bund) die LINKE die Forderung nach einer Erhöhung verschiedener Landessteuern voranbringen soll, um die bisherige Umverteilung von unten nach oben endlich umzukehren. Zwei Positionen dokumentieren wir nachfolgend.

Sanierung der öffentlichen Finanzen - aber wie?

Von Joachim Bischoff und Bernhard Müller

Auch die öffentlichen Finanzen in Hamburg sind in einem desaströsen Zustand. Die Hansestadt hat bis 2014 Steuerausfälle von 6 Mrd. Euro zu verkraften, was in etwa der Hälfte des jährlichen Etats entspricht. Die schwarz-grüne Koalition wird dies über Kredite (Sondervermögen Konjunkturstabilisierungsfonds) finanzieren. Die dafür fälligen Zinsen will der Senat aus dem Betriebshaushalt aufbringen. Hinzu kommen noch Belastungen in Folge der Wirtschaftskrise (Mehrausgaben für Sozialleistungen und Ausgleich der Verluste der öffentlichen Unternehmen), die der Senat an anderer Stelle im Haushalt einsparen will. Das tatsächliche Sparpaket beträgt 1,84 Mrd. Euro.

Die Steuerausfälle sind aber nur die halbe Wahrheit – die tatsächliche Finanzsituation ist noch dramatischer. Sie wird nur durch die seit Jahren gängige Praxis von Schattenhaushalten verdeckt. Bereits Ende 2007 hatten die Sondervermögen und Ausgliederungen (Sondervermögen Hafen und Stadt etc.) aus dem Haushalt ein Volumen von 2,1 Mrd. Euro. Hinzu kommen jetzt das Sondervermögen Konjunkturstabilisierungsfonds (5,7 Mrd. Euro) und Schulbau (4 Mrd. Euro). Ein weiteres Sondervermögen ist für den Universitätsbereich in Planung (ca. 2 Mrd. Euro).

Addiert man diese diversen „Sondervermögen“, kommt man in die Größenordnung von 14-15 Mrd. Mrd. Euro, also deutlich mehr als den ordentlichen jährlichen Haushalt. Der aktuelle Schuldenstand Hamburgs beträgt ca. 25 Mrd. Euro. Zusammen sind das etwa 40 Mrd. Euro. 2008 betrug das Hamburger Bruttoinlandsprodukt 90 Mrd. Euro. 2009 ist es um ca. 5% geschrumpft. Daraus ergibt sich, dass der Schuldenstand Hamburgs in schnellen Schritten auf fast 50% seiner Wirtschaftsleistung anwachsen wird.

Aber auch das ist noch nicht alles, weil dabei noch nicht die Risiken u.a. aus der HSH Nordbank und dem Engagement bei Hapag Lloyd, die in der Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbh (HGV) versteckt sind, berücksichtigt sind. Die 1,5 Mrd. Euro frisches Kapital, die Hamburg 2009 in die HSH gesteckt hat, sind kreditfinanziert. Zudem wurden der Landesbank Bürgschaften in Höhe von 5 Mrd. Euro gegeben, bei denen offen ist, in welchem Umfang sie tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Bei der Bürgerschaftswahl 2008 befand sich Hamburg in einer ganz anderen Situation. Die Stadt verfügte über Rücklagen in Milliardenhöhe und die Steuereinnahmen sprudelten kräftig. Unter diesen Bedingungen wäre es möglich gewesen, unser Sofortprogramm ohne Kreditaufnahmen umzusetzen und auch durch Umschichtungen im Haushalt Hamburg in der mittleren Frist auf einen qualitativ neuen Entwicklungspfad zu bringen.

Die Weltwirtschaftskrise, der schwersten seit den 1930er Jahren, hat seitdem auch in Hamburg die Rahmenbedingungen massiv verändert. Und der Weg aus der Wirtschaftskrise heraus wird sehr steinig und bringt mit Sicherheit weitere Belastungen für den Hamburger (höhere Arbeitslosigkeit, mehr Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, Unterstützungsmaßnahmen für kriselnde Wirtschaftszweige etc.). Wie lange diese Krisenkonstellation dauert ist völlig offen.

Dies zwingt uns auch mit Blick auf die Bürgerschaftswahl 2012 unser Sofort- und Wahlprogramm für ein „Hamburg für alle – sozial, ökologisch und solidarisch“ entsprechend neu zu entwickeln und uns auf die neuen Herausforderungen einzustellen.

Unsere These: Sparen macht politisch und ökonomisch keinen Sinn, verschärft vielmehr noch die wirtschaftlichen Probleme. Was dem Senat vorschwebt, nämlich Sparen beim Personal, Sozialleistungen, Bildung oder Arbeitsmarkt ist deshalb mit uns nicht zu machen. Auch weitere Privatisierungen schließen wir aus. Stattdessen gehören alle Investitionen (vor allem „Leuchtturmprojekte“) auf den Prüfstand, aber auch da nicht, um zu sparen, sondern die Ressourcen zu nutzen für einen sozial-ökologischen Umbau in Richtung einer solidarischen Ökonomie. Nur mit qualitativem Wachstum kommt man aus dem Krisenkarussell heraus.

Die für den Kampf gegen die soziale Spaltung und den Umbau der Hamburger Wirtschaft in Kauf zu nehmende öffentliche Verschuldung ist auf Landesebene allein nicht zu lösen. Dies gilt im übrigen auch für die anderen Stadtstaaten und den Großteil der Städte und Gemeinden. Dafür braucht es drastische Eingriffe in die Verteilungsstrukturen auf Bundesebene, also die Erhöhung von Erbschafts-, Einkommens- und Vermögenssteuer. Dafür fordern wir entsprechende Initiativen des schwarz-grünen Senats im Bundesrat und unterstützen wir entsprechende Anträge der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Selbstverständlich müssen auch auf Landesebene alle Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung überprüft werden, auch wenn sie angesichts der Größenordnung der Finanznot nur den berühmten Tropfen auf den heißen Stein bilden. Gerade für die Freie und Hansestadt Hamburg gilt, dass im Bereich des Steuervollzugs seit langem große Defizite bestehen: Als ersten Schritt zur Verbesserung sollte der Hamburger Senat das Personal der Finanzbehörde deutlich aufstocken. Daneben steht die Forderung aus unserem Wahlprogramm, Grunderwerbs-, Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen.

Das Verlangen der LINKEN nach Erhöhung der Grunderwerbssteuer wurde zum 1.1.2009 vom schwarz-grünen Senat erfüllt. Er hat den entsprechende Satz von 3,5% auf 4,5% erhöht. Davon versprochen sich DIE LINKE wie der Senat 60 Mio. Euro Mehreinnahmen. Laut Steuerschätzung waren es aber 2009 gerade einmal 16 Mio. Euro und 2010 26 Mio. Euro (absolut 2008: 234 Mio. Euro), die mehr in die Stadtkasse flossen.

Unterschiedliche Einschätzungen gibt es in unserer Partei dagegen bei Grund- und Gewerbesteuer, auf die im Folgenden eingegangen werden soll.

Bei der Grundsteuer wird der Besitz von Grundstücken besteuert. Sie brachte den Kommunen 2008 etwa

11 Mrd. Euro, Hamburg 234 Mio. Euro. Das Grundproblem bei dieser Steuer ist, dass sie nicht auf Basis von aktuellen Verkehrswerten, sondern auf Basis der Einheitswerte von 1964 (die wiederum auf denen von 1938 beruhen) berechnet wird. In den neuen Ländern geht es sogar bis 1935 zurück. Dadurch ist der Besitz von Grundstücken und Immobilien in der Bundesrepublik in skandalöser Weise gefördert worden.

Der Untersuchung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zufolge, spiegelt der Einheitswert als Steuerbasis nur noch durchschnittlich 10% bis 18% des tatsächlichen Verkehrswertes von Immobilien wider. Um das an einem Beispiel zu verdeutlichen: Bei einem statt mit 1 Mio. Euro mit 3 Mio. Euro bewerteten Grundstück (und gleichem, von der Gemeinde festgesetzten Hebesatz) ergäbe sich eine Verdreifachung der Grundsteuer (Plus: 37.000 Euro). Wird diese skandalöse Bevorzugung des Grundeigentums durch eine Reform beendet, ergeben sich erheblich finanzielle Spielräume für die Gemeinden.

Die Gemeinden selbst haben nur über den sog. Hebesatz, den sie selbst festlegen, Einfluss auf die Höhe der Grundsteuer. Würde man diesen Hebesatz in Hamburg auf Berliner Niveau (von 540 auf 660) erhöhen, ergäbe sich dadurch im konkreten Beispiel (ein mit 1 Mio. bewertetes Grundstück-) ein Plus von 4.200 Euro.

Das Problem ist allerdings, dass der Eigentümer einer Immobilie grundsätzlich die Grundsteuer vollständig als Betriebskosten im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Miete umlegen darf. Angesichts der dramatischen Wohnraumknappheit in Hamburg gerade in den unteren und mittleren Preissegmenten, würde das grade die MieterInnen treffen, die eh schon einen relativ hohen Anteil ihres Einkommen fürs Wohnen ausgeben, was sozialpolitisch nicht zu verantworten ist. Deswegen sind wir gegen eine Anhebung der Grundsteuer.

Ein weitere Drehen an dieser Stellschraube, ist u.E. keine Perspektive für eine linke Politik. Wir befürworten stattdessen eine völlige Neuordnung der Besteuerung von Immobilien (die auch das Problem der Überwälzung umfassen müsste). Dies wäre auch ein wichtiger Baustein zur Verbesserung der Finanzen und damit der Autonomie der Kommunen. Gerade dieser Tage ist eine entsprechende Initiative im Bundesrat ergriffen worden, weil mittelfristig nur durch eine solche Neuordnung eine Wiedererhebung der Vermögenssteuer vor dem Verfassungsgericht Bestand hätte.

Auch bei der Gewerbesteuer geht es um eine grundsätzliche Neuordnung. Erstens haben alle Bundesregierungen in den letzten 20 Jahren die Gewerbesteuer systematisch abgebaut. 1997 entfiel die Gewerkekapitalsteuer. 2001 senkte Rot-Grün den Steuersatz, zudem wurden Gewinne aus dem Verkauf von Anteilen an andere Unternehmen steuerfrei gestellt. Im Ergebnis kam es zu tiefen Einbrüchen bei den Gewerbesteuereinnahmen. Erst 2006 war wieder das Niveau des Jahres 2000 erreicht. Doch durch die Unternehmenssteuerreform der Großen Koalition kam es bereits 2008 wieder zu Einnahmeausfällen in Höhe von rund 2 Mrd. Euro gegenüber 2007.

Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nun noch weiter eingebrochen. Wenn die Wirtschaft nicht läuft, läuft auch die Gewerbesteuer nicht. In Hamburg fehlen in 2009 gegenüber 2008 (absolut brutto: 1.930 Mio. Euro) 460 Mio. Euro, in 2010 gar 530 Mio. Euro. An diesem deutlich niedrigeren Aufkommen aus der Gewerbesteuer wird sich in den nächsten Jahren nicht viel ändern, es sei denn, man geht von einer deutlichen Erholung der Wirtschaft aus. Sofern besteht der Effekt einer Anhebung der Gewerbesteuer auf das Münchener Niveau bestenfalls in einer Reduktion des Steuerausfalls von 530 Mio. Euro in 2010 um etwa 40 Mio. Euro. Von Mehreinnahmen im Sinne eines zusätzlichen finanzpolitischen Spielraums kann nicht die Rede sein.

Zweitens ist Hamburg wirtschaftlich noch längst nicht aus der Talsohle der Krise heraus. Die dramatischen Einbrüche in Industrie und Hafenwirtschaft, steigende Arbeitslosigkeit und die rekordhohe Zahl der Konkurse machen eine zusätzliche Belastung vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer problematisch.

Wir plädieren stattdessen auch hier für eine grundlegende Reform auf Bundesebene, die auch und vor allem dem Skandal ein Ende bereitet, dass Selbständige (Ärzte, Anwälte etc.) von der Gewerbesteuer nicht erfasst werden. Deshalb fordert unsere Bundespartei die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer, in der Steuerpflicht für Kapitalgesellschaften, gewerbliche Unternehmen und alle selbstständig ausgeübten Tätigkeiten besteht. Ferner geht es um die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage von den Städten und Gemeinden an den Bund und die Länder.

Schlussfolgerung: In Hamburg zielt eine Neuordnung der öffentlichen Finanzen auf eine deutlichen Verbesserung des Steuervollzugs (Steuerprüfer, Steuerfahndung etc.). Zum zweiten müssen die Ausgaben kritisch überprüft und so genannte Leuchtturmprojekte etc. zurecht gestutzt werden. Schließlich hängt eine Konsolidierung der Finanzen an einer wirtschaftspolitischen Konzeption, mit der die Arbeitslosigkeit und soziale Spaltung überwunden wird. Auf Bundesebene gibt es ein überzeugendes Sanierungskonzept, das auch mit der Wiedererhebung der Vermögenssteuer eine deutliche Verbesserung der Länder- und Gemeindefinanzen mit sich bringt.

Dr. Joachim Bischoff, MdHB, ist haushaltspolitischer Sprecher der Bürgerschaftsfraktion, Bernhard Müller ist Landesschatzmeister und Sprecher der LINKEN Altona

Umverteilen von oben nach unten?

Hans-Jürgen Podszuweit

1. Programm

In unserem Wahlprogramm heißt es unmissverständlich:

„Wir verlangen die Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 3,5 Prozent auf das Berliner Niveau von 4,5 Prozent (ca. 60 Millionen Euro jährlich), die Erhöhung der Grundsteuer auf das Bremer Niveau (ca. 23 Millionen Euro jährlich), die Anhebung der Gewerbesteuer auf Münchener Niveau (ca. 67 Mio Euro jährlich). ... Wir werden die Einstellung von 150 zusätzlichen Betriebsprüfern verlangen.“ (S. 63)

2. Hamburg und Bund

Diese Forderungen bewegen sich auf unsrer bundespolitischen Linie: Die Erhöhung der Gewerbesteuer ist eine Gegenforderung zur Gewinnsteuerentlastung durch die Unternehmenssteuerreform, die Erhöhung der Grundsteuer belastet vermögende Grundbesitzer in Analogie zur Vermögenssteuer, die Grunderwerbssteuer korreliert mit unseren Forderungen nach Besteuerung von Spekulationsgewinnen und die Forderung nach mehr Betriebsprüfern steht im Kontext unseres Kampfes gegen die Steuerhinterziehung der Konzerne.

Alle Forderungen zielen auf Mehreinnahmen des Staates und somit gegen die neoliberale Forderung nach Senkung der Staatsquote.

3. Probleme

Probleme sind: Es kann zu Ausweich- und Überwälzungsreaktionen der Besteuerten kommen. Standortverlagerung weg aus HH, Überwälzung auf Mieten, Reduzierung des Volumens an Grundstückkäufen, etc.

4. Zu den Problemen:

Bei der Gewerbesteuer ist die Erhöhung minimal: Die Gewinnsteuerbelastung steigt um nur 0,7 Prozentpunkte. Ferner sollte man versuchen mit den Hamburger Umlandgemeinden zu einer koordinierten Erhöhung zu kommen. Außerdem: Wenn man eine kompensatorische Gegenbewegung gegen die Gewerbesteuersenkung durch die Unternehmenssteuerreform will, indem man auf kommunaler Ebene die Hebesätze erhöht - was wünschenswert wäre - dann muss jemand den Anfang machen, warum nicht Hamburg?

Die gängige Finanzwissenschaft geht von einer Nichtüberwälzung der Grundsteuer auf die Mieten aus. Argumentation: Damit Überwälzung auf die Mieten möglich ist, müsste sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage entsprechend verschieben. Für eine Veränderung der Nachfrage nach Wohnungen aufgrund einer Grundsteuererhöhung ist kein Grund sichtbar. Da der Grund und Boden fix ist, kann es auch zu keiner preissteigernden Angebotsreduktion kommen. D.h.: Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage und damit die Miete bleiben unverändert. Das gilt m. W. für Neuvermietungen, da dort noch relativ freie Preisbildung herrscht. Somit kommt es hier zu keiner Überwälzung. Bei Bestandsmieten sind die Mieten gesetzlich gedeckelt unter dem Preis bei freier Preisbildung, so dass Preiserhöhungen immer ökonomisch durchsetzbar sind. Die gesetzlichen Regelungen sind dabei so gestrickt, dass Grundsteuererhöhung überwälzt werden darf. Da es ökonomisch möglich ist, wird hier überwälzt. Ein Teil der Grundsteuer entfällt nicht auf Wohnflächen, sondern auf Gewerbeflächen. Summa summarum: Es würde wahrscheinlich nur zu einer Teilüberwälzung der Grundsteuer auf die Mieten kommen, was heißt, dass die Grundbesitzer zu erheblichem Teil durch die Steuer belastet werden, also von oben nach unten umverteilt wird.

5. Zwei Paradoxien

a) Die einvernehmliche Kontroverse

Die Steuerforderungen waren seit jeher in unsrer Partei strittig. Merkwürdig nur, dass es zu dem entsprechenden Passus im Wahlprogramm m. W. nicht einen Änderungsantrag gab.

b) Die populäre Unwirksamkeit und die unpopuläre Wirksamkeit

Die Gewerbesteuererhöhungsforderung ist unpopulär in unsrer Partei. Sie passe nicht in die konjunkturelle Landschaft, da sie die Unternehmen belaste, führe ferner zu Abwanderung von Betrieben etc. Die Forderung nach 150 zusätzlichen Betriebsprüfern hingegen ist populär. Merkwürdig: 150 zusätzliche Betriebsprüfer belasten die Hamburger Unternehmen mit ca. 150 Mio. € Aufgrund des vertikalen und horizontalen Finanzausgleichs bleiben davon in HH aber nur ca. 20% (also rund 30 Mio.) Die Gewerbesteuererhöhung belastet die Hamburger Unternehmen mit ca. 60 Mio € Die bleiben aber voll in HH. Also: Bei Gewerbesteuererhöhung: Geringere Belastung der Unternehmen, aber mehr Steuereinnahmen für HH als bei 150 zusätzlichen Betriebsprüfern.

6. Hamburger Steuerforderungen und Fraktion

Der schwarzgrüne Senat hat entsprechend unserer Forderung die Grunderwerbssteuer auf das Berliner Niveau erhöht. Soviel ich weiß, hat unsere Fraktion dem nicht zugestimmt. Von einer Initiative unsrer Fraktion zur Erhöhung der Gewerbe- oder der Grundsteuer hab ich nix gehört. Da das aber in unserem vom Landesparteitag beschlossenen Wahlprogramm steht, widerspricht dieses Verhalten unserer Fraktion der innerparteilichen Demokratie und unserem Wählerauftrag.

7. Argumente der Gegner unserer Steuerforderungen

Soviel ich mitgekriegt hab, argumentieren die Kritiker unserer Hamburger Steuerforderungen nach Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer, sie passten nicht in die konjunkturelle Landschaft und seien nicht vermittelbar. Dazu:

Soll das heißen, dass man in der Krise Unternehmen und Vermögende nicht belasten soll? Eine Mitursache

der Krise ist m. E. dass gerade die Unternehmen und Vermögenden erheblich steuerlich entlastet wurden. Das sollte man schnellstens korrigieren. Auf einer Sitzung der AG Wirtschaft, Haushalt und Finanzen wurde gesagt: Statt dieser Steuererhöhung brauche man Gemeindegewerbesteuer und höhere steuerliche Bewertung des Grundvermögens. Das gibt aber eine ebensolche Mehrbelastung der Unternehmen und Vermögenden. Wo ist der Unterschied? Wo bleibt die Logik? Unterschied ist, dass unsere Forderungen autonom in HH durchsetzbar sind, die anderen nicht. Abgesehen davon schließen sich diese richtigen Forderungen gegenseitig nicht aus.

Nicht vermittelbar? Mir geht es nicht um Stimmen für die LINKE schlechthin. Wenn die LINKE mit populistischer Anpassung an den neoliberalen Mainstream Stimmen gewinnen wollte, so fände ich das daneben. Laut Grundgesetz wirken die Parteien an der politischen Willensbildung mit. D.h.: Es geht darum, dass die LINKE linke Mehrheiten in den Köpfen schafft und nicht das macht, was Lenin m. W. Nachtrabpolitik nannte

8. Grenzen Hamburger Politik

Nimmt man unsere HHer Steuerforderungen zusammen, ergibt sich ein Volumen von jährlich unter 200 Mio. € Mehreinnahmen. In HH klafft aber eine Haushaltslücke von mehr als einer Milliarde. D.h.: Evtl. sind die Hamburger Haushaltsprobleme in HH gar nicht mehr lösbar sondern nur im Bund. Und da sich die Bundessteuerpolitik im Rahmen der internationalen Unternehmenssteuersenkungskonkurrenz bewegt, kann es sein, dass die Probleme nicht mal unterhalb eines sozialistischen Systemwechsels lösbar sind.

Hans-Jürgen Podszuweit arbeitet in der LAG Wirtschaft, Haushalt, Finanzen

1) Die linke Forderung nach Gemeindegewerbesteuer ist der Versuch, die Steuereinnahmen der Kommunen zu verbessern, indem der Kreis der besteuerten Selbständigen erweitert wird durch Einbeziehung auch der Freiberufler (Ärzte, Architekten, etc.) und ferner durch eine weitere Fassung des Gewinnbegriffs, womit die Bemessungsgrundlage, auf die der Steuersatz angewandt wird, vergrößert wird.

2) Grundbesitz wird nach den geltenden Regelungen steuerlich noch immer erheblich unterbewertet. Wird nun der Steuersatz auf dieses unterbewertete Grundvermögen angewendet, so kommt es zu einer deutlich niedrigeren Steuer, als wenn der Grundbesitz zu dem realistischen Verkehrswert steuerlich veranschlagt würde.

E-Mail: debatte@die-linke-hh.de

Mietentwicklung, Mietenspiegel und die SAGA

Joachim Bischoff / Michael Joho

Am 23. November vergangenen Jahres legte Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk den neuen „Mietenspiegel 2009“ vor, und sie dürfte damit eine neue Welle der Mieterhöhungen eingeleitet haben. Erstmals trat in Hamburg 1977 ein Mietenspiegel in Kraft, der seitdem im Zwei-Jahres-Rhythmus „aktualisiert“ wird und heute die städtischen Vergleichsmieten für die rund 520.000 Wohnungen regelt. Die im Mietenspiegel angegebenen Mieten bzw. Mietspannen sind abhängig von Größe, Baujahr und Ausstattung. Darüber hinaus erfolgt eine Einstufung nach der Wohnlage, ursprünglich nach der einfachen, normalen oder guten Wohnlage, seit längerem nur noch nach den letztgenannten beiden Kategorien. In die Berechnung der jeweiligen Mietenfelder fließen alle Mieten ein, die in den jeweils vorausgegangenen vier Jahren neu vereinbart oder erhöht wurden. Der Mietenspiegel 2009 liegt um 3,6 % über seinem Vorläufer zwei Jahre zuvor; der wiederum war gegenüber dem Mietenspiegel 2005 bereits im Durchschnitt um 4,3 % höher ausgefallen. Damit steigen die Mieten seit mehreren Jahren schneller als die Inflationsrate. Es stellt sich deshalb die Frage, inwieweit der Mietenspiegel überhaupt noch seinem ursprünglichen Ziel gerecht wird, allzu drastische Mietpreissprünge zu begrenzen.

Insbesondere bei den MieterInnen der SAGA ist dieses Instrument in die Kritik geraten. Tatsächlich gerierte sich die SAGA in den vergangenen zehn Jahren als Mietpreistreiber. Während nämlich die Durchschnittsmieten für die im Mietenspiegel abgebildete Nettokaltmiete von 5,77 Euro/qm (1997) auf 6,53 Euro/qm (2007), also um 0,76 Euro gestiegen ist, ist der Anstieg bei den SAGA-Durchschnittsmieten deutlich höher ausgefallen, von 3,78 Euro/qm (1997) auf 4,81 Euro/qm (2007), also um 1,03 Euro/qm. Eigentlich sollte die SAGA als öffentliches Wohnungsunternehmen vor allem für den Neubau von günstigen Wohnungen sorgen, doch weder wurden in den letzten Jahren von der SAGA überhaupt Wohnungen in nennenswerter Dimension errichtet (232 zwischen 2007 und 2009!), noch sorgte sie für das Deckeln der Mietpreisentwicklung, insbesondere in

Zeiten des wachsenden Wohnungsmangels. Die SAGA hat vielmehr den Auftrag, möglichst viel Überschuss zu „erwirtschaften“, natürlich auf Kosten ihrer MieterInnen, um noch bis 2011 alljährlich 100 Mio. Euro an die Stadt abzuführen. Für welche Leuchtturmprojekte das Geld nicht zuletzt verbraten wird, kann sich jeder vorstellen. Das führt dazu, dass die SAGA seit Jahren, kaum ist der neue Mietenspiegel auf dem „Markt“, die Mieten flächendeckend anhebt. Kaum war ein Monat vergangen, schickte das städtische Wohnungsunternehmen bereits die Mieterhöhungsverlangen u.a. für die Stadtteile Wilhelmsburg und Altona-Altstadt raus. In der Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion liest sich das dann so: „Bei der Mietenbildung orientieren sich SAGA und GWG an den Mittelwerten der jeweils einschlägigen Rasterfelder des neuen Mietenspiegels“ (Drs. 19/4978). Im Klartext: Statt günstige Mieten zu erhalten, strebt die SAGA mittelfristig die Angleichung an das Mietniveau

in der gesamten Stadt an. Vorstandsvorsitzende der SAGA GWG ist übrigens die amtierende Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk.

Die Entwicklung der Mieten in den vergangenen Jahren korrespondiert in auffälliger Weise mit dem wachsenden Wohnungsmangel in Hamburg. In dem Maße, wie der Wohnungsneubau in den letzten anderthalb Jahrzehnten zurückgegangen ist, von 9750 Wohnungen 1995 auf 3758 Wohnungen im Jahre 2008, bei gleichzeitig wachsender Wohnbevölkerung, ist

das Angebot vor allem von günstigen Wohnungen immer weiter ausgedünnt worden. Dies spüren vorrangig die Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen, Familien, AusländerInnen und Menschen mit Handicaps, zumal der Bestand an Sozialwohnungen sprunghaft abnimmt: Von 167.923 im Jahr 2000 auf 104.053 im Jahr 2009. Der Senat hat sich in der jüngeren Vergangenheit leider immer weiter aus seiner Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum zurückgezogen. Das ist umso absurder, wenn gleichzeitig der Büro- und Gewerbebau nach wie vor boomt, obwohl heute schon rund eine Mio. qm Gewerbeflächen leer ste



hen, rund 10 % aller Büros in Hamburg. Die Stadt hat ihren Teil dazu beigetragen: Auf den verkauften städtischen Liegenschaften ist zwischen 2002 und 2008 mit 508.300 qm Bruttogeschossfläche fast drei Mal so viel Gewerbe- raum entstanden wie Wohnraum (173.800 qm). Angesichts dieses krassen Missverhältnisses verwundert es nicht, dass gerade in den innenstadtnahen, gentrifizierungsgeplagten Vierteln die Mieten explodieren, am stärksten in St. Pauli, wo die Mietpreise von 2005 bis 2008/2009 um 27,7 % ge- stiegen sind. Aber auch Altona-Altstadt (+ 12,2 %), Otten- sen (+ 12,2 %) und St. Georg (+ 11,2 %) werden von der Mieterhöhungswelle überrollt.

Der Mietenspiegel bietet für diese regelmäßige Miet- erhöhungsmaschinerie leider einige Ansatzpunkte. Auch wenn es auf gesetzlicher Grundlage beruhen mag, ist es nicht einsehbar, warum in die Berechnungen der einzelnen Felder im Mietenspiegel lediglich diejenigen Mieten ein- gehen, die in den vorausgegangenen vier Jahren neu ver- einbart oder erhöht worden sind. Ebenso fragwürdig ist die undurchsichtige Einstufung in die beiden Wohnlagen, bei der vor allem die Bodenrichtwerte den Ausschlag geben. Ziehen also Reiche zu, die dort die Miet- und Eigentum- spreise hochtreiben wie in einigen plötzlich „hipp“ gewor- denen Quartieren, kann es zwei Jahre später passieren, dass die angestammten MieterInnen mit geringerem Einkommen das Nachsehen haben, weil sie sich plötzlich in einer „guten Wohnlage“ wiederfinden, was Preissprünge von monatlich 50 bis 100 Euro zur Folge hat.

Die Auseinandersetzungen um Mieten und den Mietenspiegel, die SAGA GWG und den Mangel an günstigem Wohnraum, um völlig unzureichende Mietobergrenzen für Hartz-IV-BezieherInnen und ganz allgemein die Frage, wem die Stadt gehört und für wen sie eigentlich da zu sein hat, wird die Stadtentwicklungsdebatten in den kommen- den Monaten - neben sozialen Problemen, Arbeitslosigkeit und der Streichung öffentlicher Leistungen - zunehmend bestimmen. In dieser Hinsicht sind die Konflikte um das Gängeviertel, das Frappant-Gebäude und das Bernhard- Nocht-Quartier der Auftakt zu einem - hoffentlich - heißen Sommer!

Kein IKEA

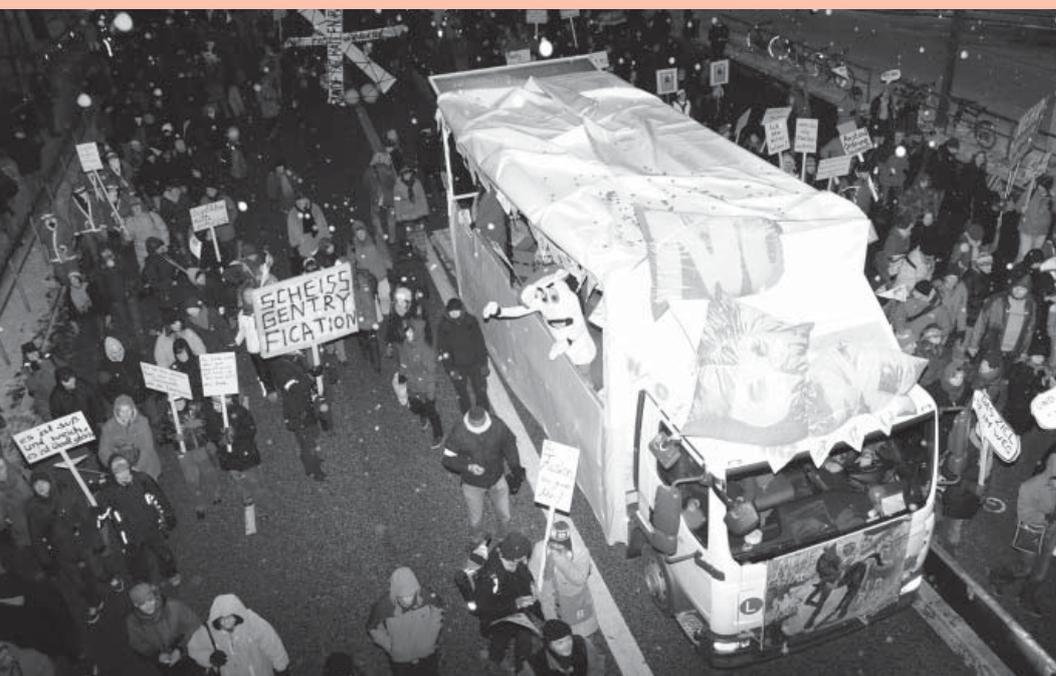
Lena Dammann

Bis zum 19. Januar konnten die Menschen im Bezirk Altona abstimmen, ob sie dafür sind, dass in Altona-Altstadt auf dem Gelände des Frappant Grundstücks in der Gro- ßen Bergstraße ein Ikea-Mö- belhaus gebaut wird und „der Stadtteil dadurch nachhaltig belebt und attraktiver wird“. Der Bürgerentscheid fand gro- ßen Zuspruch: etwa 77 Pro- zent stimmten für Ikea.

Bürgerbegehren instrumentalisiert

Nun könnte man dieses Abstimmungs- ergebnis als demokratische Entschwei- dung der Bürgerinnen und Bürger in Altona akzeptieren und sich in sein blau-gelbes Schicksal fügen. Genau das sollte man allerdings nicht tun, denn eine nähere Betrachtung des Bürgerentscheids zeigt, dass das Ab- stimmungsverfahren alles andere als demokratisch war.

Bereits die Entscheidung des Be- zirksabstimmungsleiters zunächst nur über das Pro-Ikea-Bürgerbegehren ab- stimmen zu lassen anstatt den Bürge- rentscheid gleichzeitig für das Pro- als auch das Contra-Ikea-Bürgerbegehren durchzuführen, ist eine deutliche Be- vorzugung der Pro-Ikea-Initiative. So wurde mit den Wahlunterlagen für den Bürgerentscheid lediglich das Informationsmaterial der Pro-Ikea- Initiative versandt. Menschen, die sich bislang nicht mit den Gründen, die für und gegen eine Ikea-Filiale in der Gro- ßen Bergstraße sprechen, auseinander- gesetzt hatten, wurden einseitig zu- gunsten der Ansiedelung beeinflusst. Auch die tendenziöse Fragestellung ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Vermutlich ist es vielen Altonaerinnen und Altonaern ein Anliegen, die Gro- ße Bergstraße attraktiver zu gestalten und zu beleben. Die Fragestellung des Pro-Ikea-Bürgerbegehrens impliziert, dass dies nur durch die Ansiedelung eines Ikea-Möbelhauses erreicht werden könne. Damit nicht genug: nach erfolgter Abstimmung über den Pro- Ikea-Bürgerentscheid wurde zunächst



in der Großen Bergstraße

versucht, eine Abstimmung der Kein-Ikea-Initiative mit der Begründung zu verhindern, es sei ja bereits über die Frage, ob Ikea nach Altona kommen solle, abgestimmt worden. Ein weiterer Bürgerentscheid zur gleichen Frage sei, insbesondere vor dem Hintergrund der Kosten unsinnig. Um endgültig zu verhindern, dass über den Bürgerentscheid der Kein-Ikea-Initiative abgestimmt wird, hat der Senat am 26.01.2010 das Verfahren zur Ansiedelung von Ikea evoziert, das bedeutet, anstelle des Bezirksamts ist nunmehr der Senat zuständig für das Bauvorhaben.

Städtebauliches Desaster

Die Ansiedelung von Ikea in der Großen Bergstraße ist nicht allein deshalb fragwürdig, weil es kein faires, transparentes Verfahren zur Abstimmung der beiden Bürgerentscheide gegeben hat, sondern weil städtebauliche Gründe gegen ein solches Großvorhaben sprechen.

Nach dem gültigen Bebauungsplan ist das Bauvorhaben von Ikea, so wie beantragt, derzeit offensichtlich nicht genehmigungsfähig. Aus der Bauvoranfrage geht hervor, dass Ikea plant, zehn Geschosse zu bauen. Nach den Festsetzungen des Bebauungsplans sind jedoch nur fünf Vollgeschosse zulässig. Zwar kann unter bestimmten Voraussetzungen von Festsetzungen befreit werden. Eine Befreiung erscheint in diesem Fall rechtlich jedoch sehr zweifelhaft. Die Dimension des beabsichtigten Vorhabens übersteigt das nach Bebauungsplan zulässige Maß um ein Vielfaches. Zu bedenken sind dabei auch die Folgen des Verkehrs insbesondere der Schadstoffemissionen und des Lärms für die Anwohner.

Ein Vorhaben dieser Größe erfordert nach geltendem Baurecht eine neue Bebauungsplanung. Weil es viele widersprüchliche Nutzungswünsche gibt, sind im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens alle unterschiedlichen Interessen und Nutzungswünsche zu ermitteln und miteinander abzuwägen. Das Ergebnis, der Bebauungsplan, soll nach Vorstellung des Gesetzgebers einen Interessenausgleich gewähren

und dafür sorgen, dass die Anwohner in die Planung mit einbezogen werden und nicht an den Bedürfnissen der Leute vorbei geplant wird. Aus diesen Gründen hat die Bezirksfraktion DIE LINKE in Altona beantragt, ein qualifiziertes Bebauungsplanverfahren für den Bereich des Frappant-Geländes einzuleiten, um zu verhindern, dass ein riesiger Gewerbeklotz in der Großen Bergstraße errichtet wird, obwohl das geltende Bauplanungsrecht dies nicht her gibt.

Zu bedenken ist außerdem, dass die Ansiedelung von Ikea alternative Nutzungswünsche und bereits bestehende anderweitige Nutzungskonzepte des Frappant Grundstücks vollständig ignoriert. So sehen Empfehlungen der Planungswerkstatt für das Gebiet der Großen Bergstraße in Altona Altstadt vom 25. Oktober 2003 vor, dass das Frappant Gebäude abgebrochen werden soll und bei einem Neubau die Anzahl der Geschosse gesenkt werden sollen. Den Empfehlungen zufolge soll im Erdgeschoss kleinteiliger Einzelhandel angesiedelt werden sowie ein größerer Fachmarkt auf der Rückseite. Ferner empfiehlt die Planungswerkstatt, anteilig mehr Wohnfläche vorzusehen als heute und Flächen für Kunst und Kultur vorzuhalten. Die zitierten Empfehlungen sind das Ergebnis einer von der AnwohnerInnen-Initiative GroBi (Große Bergstraßen Initiative) per Bürgerbegehren erstrittenen Planungswerkstatt an der sich Bürgerinnen und Bürger, Einzelhändler, Freiberufler VertreterInnen aus der Politik und der Verwaltung beteiligt haben. Auch haben die Künstler, die zwischenzeitlich im Frappant Gebäude untergekommen sind, Nutzungswünsche angemeldet. Alternative Nutzungen und Konzepte haben es jedoch schwer, angesichts der Möglichkeit mit einem Publikums-magneten Altona-Altstadt aufzuwerten. Der große Investor erscheint als Erlöser der maroden Großen Bergstraße und so setzt das Bezirksamt alle Hebel in Bewegung, um Ikea in der Großen Bergstraße anzusiedeln. Doch es hat sich Widerstand formiert und die Auseinandersetzungen um das Recht auf diesen Teil der Stadt werden weitergehen.

Zum Thema

Stadtentwicklung
sind folgende Publikationen der Fraktion bislang erschienen:

Weniger, besser, sicherer & preiswerter fahren!

Eckpunkte einer Verkehrskonzeption für Hamburg

Von Joachim Bischoff/Michael Joho/
Antje Schellner

Mehr, bessere und preiswerte Wohnungen!

Eckpunkte einer sozialen Wohnungspolitik für Hamburg

Von Joachim Bischoff/Michael Joho/
Antje Schellner

ist in einer Kurzfassung auch als Flyer erhältlich



Wem gehören die Quartiere?

Chancen & Grenzen
von Sozialen Erhaltungs- und
Umwandlungsverordnungen

Von Joachim Bischoff/Michael Joho/
Antje Schellner

Sie können die Broschüren und Flyer kostenlos beziehen über:
DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Telefon: 040/42831 - 2250
Telefax: 040/42831 - 2255
info@linksfraktion-hamburg.de
www.linksfraktion-hamburg.de

Illegal in Hamburg

von Özgür Yildiz

Wer eigentlich gar nicht hier sein darf, lebt nicht nur in ständiger Angst davor, entdeckt und abgeschoben zu werden, sondern dem bleibt der Zugang zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen verwehrt. Das hat einschneidende Folgen für Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung, wie die im vergangenen Jahr veröffentlichte Studie zur Situation der in Hamburg lebenden Bürgerinnen und Bürgern ohne Aufenthaltsstatus des Diakonischen Werks, der Nordelbischen Kirche und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di belegt. Das Ergebnis ist erschreckend.

Die Studie liefert erstmals wissenschaftlich fundiertes Zahlenmaterial und zeigt die unmenschlichen Bedingungen auf, unter denen Illegalisierte in Hamburg leben müssen. Das Medienecho war allerdings gering, da Illegalität noch ein weitgehend tabuisiertes Thema ist. Das ist nicht verwunderlich, handelt es sich bei den schätzungsweise 6.000 bis 22.000 Menschen in der Hansestadt doch um Menschen ohne Lobby.

Eines zeigen sowohl die Erfahrungen, die viele ehren- und hauptamtliche Beschäftigte im Bereich Migration und Flucht bereits lange machen: In fast allen Bereichen, von Armut bis Zwangsprostitution, besteht dringender Handlungsbedarf. Vor allem Schlüsselbereiche wie beispielsweise frühkindliche Bildung, die eine halbwegs gesicherte Zukunft ermöglichen könnte, bleiben Menschen ohne Aufenthaltsstatus verwehrt und verhindern somit einen Ausbruch aus dem Teufelskreis andauernder Ausbeutung, Recht- und Schutzlosigkeit.

Bildung: Papierlose Kinder müssen draußen bleiben

„Papierlose“ Kinder haben das Recht bzw. umgekehrt die Pflicht, eine Schule zu besuchen. Das schreibt unter anderem die UN-Kinderrechtskonvention vor, die auch von der Bundesrepublik unterschrieben wurde. Für „illegale“ Kinder allerdings gilt dieses Recht nicht, denn formal existieren sie nicht einmal. Besonders Hamburg hatte hierbei die Hürden für den Besuch einer Schule hoch angesetzt, repressive Instrumente wie das Zentrale Schülerregister (ZSR), auf das unter anderem die Polizei Zugriff hat. Die Folge ist, dass Kinder ohne Aufenthaltsstatus aus Angst vor Entdeckung und Abschiebung ihr Recht auf Bildung nicht wahrnehmen können. Auch die unklare Rechtslage für Schulleitungen und Personal bei Zuwiderhandlung, d.h. Aufnahme betroffener Kinder ohne Nachweis von Ausweis- und Meldepapieren, macht es engagierten Pädagoginnen und Pädagogen nicht leicht, ihrer Pflicht nachzukommen. Durch gesellschaftlichen und politischen Druck haben wir gemeinsam erreicht, dass die Schulsenatorin wenigstens eine Klarstellung zugunsten illegalisierter Kinder herbeigeführt hat. Im Hort- und Kitabereich sind wir noch weit von unserer Forderung für „Bildung für alle“ entfernt.

Gesundheit: Wehe dem, der krank wird

Gesundheit ist ein weiteres Stiefkind des Senates, zumindest wenn es um die Gesundheit Illegalisierter geht. Im Asylwerbergesetz ist eine medizinische Versorgung zwar für

diejenigen geregelt, deren Asylverfahren noch läuft, doch Illegalisierte kommen nicht in den „Genuss“ dieser Minimalversorgung, da sie sich an das Sozialamt wenden müssen, um anfallende Krankenhaus- und Arztkosten erstattet zu bekommen. Das Sozialamt ist aber dazu verpflichtet, Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus der Ausländerbehörde zu melden, weshalb kranke Illegalisierte den Besuch eines Arztes vermeiden, um nicht inhaftiert und abgeschoben zu werden. Dies hat meist erhebliche physische und psychische Folgen für die Betroffenen.

Arbeit: Schuftten unter schlechten Bedingungen

Um wenigstens ein Einkommen zu haben, sind Illegalisierte auf Tätigkeiten in der so genannten „Schattenwirtschaft“ angewiesen. Diese sind aber, was Arbeits- und Vergütungsbedingungen angeht, in der Regel sehr schlecht. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Illegalität werden ausgebeutet, Stundenlöhne zwischen zwei bis vier Euro sind keine Seltenheit. Ganz zu schweigen von den zahlreichen Frauen im Rotlichtmilieu, die Sex gegen Bezahlung anbieten müssen, um über die Runden zu kommen.

DIE LINKE hat in der Bürgerschaft zahlreiche konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation eingereicht, doch sind wir noch weit von Gleichstellung und Partizipation Illegalisierter entfernt. Bei der Erarbeitung nachhaltiger Konzepte zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen ohne Papiere und der Durchführung notwendiger Maßnahmen werden wir weiterhin konsequent dafür kämpfen, den Schwächsten der Gesellschaft endlich ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

„Frühkindliche Bildung für Kinder ohne Aufenthalt ermöglichen“ heißt der aktuelle Antrag der Fraktion, mit dem der Senat aufgefordert wird, Kindern ohne Aufenthaltsstatus im Rahmen des Kita-Gutscheinsystems unter Wahrung ihrer Anonymität den Besuch von Kindertageseinrichtungen (im Krippen-, Elementar- oder Hortbereich) zu ermöglichen und dafür ein Verfahren zu schaffen, welches den Trägern von Kindertageseinrichtungen, Horten und Krippen ermöglicht, ohne Preisgabe der Identität der Kinder, Gutscheine für diese abzurechnen.

Impressum:

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
Mitarbeit: Joachim Bischoff, Michael Joho, Lena Dammann, Özgür Yildiz
Layout: Addi Böttger, V.i.S.d.P: Martin Bialluch
Auflage: 2400 Druck: Print und Copyhaus GmbH
Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg, Tel.: 040/42831-2250, Fax: -2255
Email: info@linksfraktion-hamburg.de, www.linksfraktion-hamburg.de
Sprechzeiten: Mo.-Fr. 10-13 und 14-16 Uhr